

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner  
Ministerpräsident Dr. Markus Söder  
Abg. Katrin Ebner-Steiner  
Abg. Klaus Holetschek  
Abg. Gerd Mannes  
Abg. Katharina Schulze  
Abg. Alexander Hold  
Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels  
Abg. Ramona Storm  
Abg. Florian Streibl  
Erster Vizepräsident Tobias Reiß  
Abg. Martin Böhm  
Abg. Holger Grießhammer  
Abg. Josef Zellmeier  
Abg. Tim Pargent  
Abg. Andreas Jurca  
Abg. Björn Jungbauer  
Abg. Bernhard Pohl  
Abg. Florian von Brunn  
Abg. Claudia Köhler  
Abg. Volkmar Halbleib  
Abg. Michael Hofmann  
Abg. Barbara Becker

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten**  
**"Haushalt des Freistaates Bayern"**

Der Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat das Wort.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle, die hier im Haus oder auch draußen zuschauen! Wir leben in der Tat in unsicheren und turbulenten Zeiten. Es ist ein fundamentaler Umbruch und eine tiefgreifende Zeitenwende, was wir derzeit erleben.

Trotzdem bin ich der festen Überzeugung: Wenn wir gemeinsam versuchen, unser Land nach vorne zu bringen, dann können wir es auch schaffen. Es besteht kein Anlass zu Angst, Panik, Hetze, Hass und Pessimismus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich gibt es in Deutschland Probleme. Unsere Wirtschaft ist in Europa nicht mehr automatisch das Zugpferd, sondern – um im Bild zu bleiben – es lahmt und läuft hinterher. Seit 2019 haben wir kaum Wachstum. Wir sind nach wie vor in der Rezession. Arbeitsplätze werden fast täglich abgebaut, gerade in traditionellen Branchen wie Auto, Stahl, Chemie und auch Maschinenbau.

Die Gründe sind vielfältig. Die hohen Zölle der USA belasten die Wirtschaft. Abhängigkeit und Dominanz von China; zu hohe Energiekosten; zu viel Bürokratie und mancher politischer Fehler in den letzten Jahren. Auch der Krieg in der Ukraine bedroht uns mehr, als die meisten wahrhaben wollen. Dort wird auch unsere Freiheit verteidigt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich hoffe sehr – das ist nicht unser Thema hier im Landtag –, dass die Verhandlungen am Ende zu einem guten Ergebnis führen und es eben kein Diktatfrieden wird, meine Damen und Herren; denn täglich gibt es – da darf sich keiner täuschen – auf EU- und NATO-Gebiet Verletzungen im Luft- und Seeraum mit Drohnen, Flugzeugen, U-Booten. Hinzu kommen jeden Tag Tausende Cyberattacken auf unsere Infrastruktur, aber auch Desinformationskampagnen.

Jeder muss dies erkennen, der für unser Land einsteht, der für dieses Vaterland etwas erreichen will. Umso schlimmer ist es, wenn Politiker in diesen Zeiten auf Partys in Russland posieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ein offenes Wort an die Kolleginnen und Kollegen der AfD: Vielleicht denken Sie nicht alle so darüber. Aber prüfen Sie sich, ob das wirklich der Weg ist, den Sie einschlagen wollen. Raus aus der EU, raus aus der NATO, hin zu Russland? Herr Chrupalla sagte jüngst, Russland sei doch gar keine Bedrohung, vielleicht eher Polen. Was für eine absurde Vorstellung!

Die Wahrheit ist: Sie müssen das klären und beantworten: Sie sind offenkundig das Sprachrohr des Kreml, die Bücklinge Moskaus, die Hofnarren von Putin.

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

Das ist eine Schande für unser Land, meine Damen und Herren. Schämen Sie sich dafür!

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

In diesen Zeiten, die wir erleben und die für unsere Demokratie vielleicht die schwersten seit Jahrzehnten sind, braucht es einen klaren Kurs, den richtigen Kompass, Em-

pathie, aber auch Rückgrat, um Entscheidungen zu treffen und diese durchzusetzen. Man muss Prioritäten setzen. Nur so können wir unser Land durch unsichere Zeiten steuern.

Eines will ich Ihnen sagen: Wenn nicht wir Bayern, wer sonst sollte in Deutschland vorangehen können? Trotz all der Herausforderungen, der Kritik, des häufigen Geschimpfes und Gemeckers von vielen Seiten: Die Bilanz Bayerns ist bis zum heutigen Tag gut, meine Damen und Herren. Wir sind stark und stabil.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man Bayern mit den anderen Bundesländern vergleicht – das ist der Vergleich, den wir machen können; das ist auch der Vergleich der unterschiedlichen Politiken in den Ländern, die Prüfung der Leistungsbilanzen –, dann ist Bayern in Deutschland fast überall vorne.

Bayern hat ein positives Image. Wir sind in der Welt respektiert, geachtet und gemocht. Laptop und Lederhose, Hightech und Heimat, Leistung und Lebensfreude – dieses Motto wird in der ganzen Welt gemocht, meine Damen und Herren. Darauf sind wir ein Stück weit stolz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Wirtschaft hat Herausforderungen. Die Wirtschaft in Bayern ist aber stabiler als anderswo. Unser Bruttoinlandsprodukt ist, pro Kopf gerechnet, die Nummer eins aller Flächenländer in Deutschland und übrigens höher als in Frankreich, Großbritannien oder Japan. Wir sind die siebtgrößte Volkswirtschaft in der Europäischen Union. Acht der zehn stärksten Regionen Deutschlands sind in Bayern. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote – und das seit 15 Jahren.

Wir haben die meisten Industriearbeitsplätze, die meisten Handwerksmeister. Es werden übrigens täglich mehr. Warum? – Weil wir in Deutschland als Erste begonnen

haben, die Meisterprüfung kostenfrei zu machen. Das waren wir, meine Damen und Herren. Das gab es am Anfang so nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nach der Forbes-Liste sind vier der zehn größten Weltkonzerne aus Deutschland in Bayern. Wir sind Platz eins im DAX, im MDAX, im SDAX und im TecDAX. Wir sind Start-up-Land Nummer eins. Unser Tech-Ökosystem spielt global ganz oben mit.

Meine Damen und Herren, dies ist eine ganz starke ökonomische Bilanz. Sie kommt nicht per Zufall, sondern sie kommt daher, dass wir in Bayern seit langer Zeit die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Kern des Erfolges ist unsere Hightech-Strategie. Am Anfang wurden wir dafür belächelt, heute werden wir von vielen bewundert und mittlerweile auch kopiert.

Wir haben mit der TUM und der LMU nicht ohne guten Grund die zwei besten Universitäten in der Europäischen Union. Die Semestereröffnungen, der Start ins Semester sind bei der TU München zum Beispiel fast wie Popkonzerte – mit viel Optimismus und übrigens mit einer großen Anzahl ausländischer Studenten. Das zeigt nichts anderes als: Wer bei uns studiert, sagt, dass er bei uns auch Zukunftshoffnung sieht. Das ist positiv, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir liegen in der Wissenschaft, aber, liebe Frau Stolz, auch in der Schulbildung weit vorne. In allen Bildungsrangings steht Bayern auf Platz eins oder zwei. Wir haben die niedrigste Schulabrecherquote und mit die beste digitale Ausstattung in den Schulen. Die Bildungszufriedenheit ist in Bayern sogar am höchsten – vielleicht nicht bei jedem Funktionär, aber in der ganzen Schulfamilie. Warum ist das eigentlich so? – Weil wir in der Bildungspolitik auf lange Linien und Kontinuität statt auf ständige Experimente set-

zen. Ja, bei uns zählt Leistung. Daher bleiben Noten und Extemporalien. Überall, wo dieser Grundsatz aufgegeben wurde, ist das Bildungsniveau gesunken, zum Beispiel in Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, wir gehen diesen Weg nicht. Wir setzen auf eine starke Bildung unserer Kinder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind ein freies Land. Wir heißen auch Freistaat Bayern. Freiheit ist uns wichtig. Doch Freiheit ohne Sicherheit ist nicht möglich. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsrate, die höchste Aufklärungsquote und die sichersten Großstädte in Deutschland. Die Zeitung "Die Welt" nannte uns kürzlich den "Musterknaben" bei der inneren Sicherheit in Deutschland. An dieser Stelle möchte ich neben der Polizei auch unserem Innenminister Joachim Herrmann ein herzliches Dankeschön aussprechen. Gerade er steht für die innere Sicherheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern gilt: null Toleranz für Verbrechen und keine No-go-Areas.

(Zuruf von der AfD: Ach!)

Uns interessiert weniger die Psyche der Täter, sondern bei uns steht der Schutz der Opfer an erster Stelle.

(Zuruf von der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es bei der Vereidigung junger Polizistinnen und Polizisten immer wieder: Im Zweifel gilt in Bayern, dass das Leben eines Polizisten wichtiger ist als das eines Verbrechers.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch wenn es der eine oder andere bewusst böswillig nicht akzeptieren will, sind wir bei der Begrenzung der illegalen Migration weitergekommen und erfolgreich. Der

Zugang an der Grenze hat sich um rund 60 % reduziert. Die Abschiebungen sind in Bayern um 25 % erhöht worden. Um dies weiter zu steigern, planen wir am Flughafen München die Einrichtung eines eigenen Rückführungsterminals für die Bundespolizei. Schließlich verzeichnen wir dank unserer guten und konsequenten Bezahlkarte den höchsten Stand an freiwilligen Ausreisen seit zehn Jahren. Meine Damen und Herren, andere Bundesländer sollten dem Beispiel Bayern folgen, um dies zu erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Politik in Bayern und auch die Politik in Berlin mit Alexander Dobrindt im Doppelpass funktioniert und ist harmonisch. Dies ist übrigens auch ein Erfolg der Bayerischen Grenzpolizei, was die Bekämpfung der illegalen Migration betrifft. Was wurde im Bayerischen Landtag darüber gestritten, geschimpft und geklagt! Meine Damen und Herren, die Grenzpolizei hat sich bewährt und ist ein echtes Erfolgsmodell. Über 120.000 Fahndungstreffer wurden in den letzten Jahren erzielt. Viele Bundesländer in Deutschland sagen mir: Wir bräuchten auch eine Grenzpolizei. – Ich kann nur eines sagen: Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal Bayerns, und wir danken den Kolleginnen und Kollegen der Grenzpolizei. Wir sind stolz auf ihre Arbeit. Das gibt es nur bei uns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind ein Land der Integration wie kaum ein anderes. Bei uns ist jeder willkommen, der für unser Land einen Beitrag leisten will. Wer unsere Werte akzeptiert und hier arbeiten will, und das gerne noch viel schneller, als es derzeit möglich ist, bekommt alle Freiheiten dazu. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es aber ganz konsequent und klar: Wer keinen Rechtsanspruch hat, wer keine Duldung besitzt, muss wieder zurück, auch nach Syrien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Straftäter müssen zurück, auch nach Afghanistan. Meine Damen und Herren, Straftäter können, egal woher sie kommen, nicht in unserem Land bleiben. Sie haben ihr Recht, hier zu bleiben, verwirkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Bayern ist ein sicheres, aber auch ein soziales Land. Wir haben die niedrigste Armutgefährdung in ganz Deutschland. Wir haben die niedrigste Bürgergeldquote. Nur bei uns gibt es einmalige soziale Leistungen, wie beispielsweise das Landespflegegeld für eine halbe Million Menschen, die liebevoll ihre Angehörigen pflegen. Deswegen setzen wir uns auch sehr konsequent für die Mütterrente ein. Ich ärgere mich jedes Mal, wenn verächtlich und abschätzig darüber geredet wird, das sei irgendein Wahlgeschenk. Dabei geht es um die Lebensleistung von Millionen Frauen in Deutschland. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Lebens- und Familienleistung anerkennen und honorieren wir in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist auch ein Land des Klimaschutzes. Natürlich sorgen wir uns um die Bewahrung der Schöpfung. Der Klimawandel ist doch sichtbar und spürbar. Bayern investiert deshalb jedes Jahr rund eine Milliarde Euro in den Klimaschutz und in Klimaanpassungsmaßnahmen. Auch im neuen Haushaltsentwurf wird am Klimaschutz nicht gespart.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir pflanzen Bäume, bisher schon 30 Millionen. Michaela Kaniber und Hubert Aiawanger, das ist für uns eine große Aufgabe, die wir leisten. Nebenbei bemerkt, weil oft darüber geredet wird: Gerade unsere Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz. Meine Damen und Herren, ich will ich an dieser Stelle sagen: Wir sind unserer Landwirtschaft dankbar für das, was sie für unser Land leistet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir speichern und sichern Wasser. Wir bauen den Hochwasserschutz aus. Unser Umweltminister Thorsten Glauber kümmert sich hoch engagiert darum. Lieber Hubert Aiwanger, bei den erneuerbaren Energien sind wir mit das erfolgreichste Land in ganz Deutschland. Seit 2018 haben wir den Anteil an erneuerbaren Energien mehr als verdoppelt. Beim traditionellen, nationalen Zubau konnten wir im letzten Jahr mehr als ein Fünftel aus Bayern beisteuern. Kein Land hat so viel zum nationalen Zubau beigesteuert wie wir. Ich sage Ihnen das sehr deutlich: Kein anderes Land kann das.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber ich will Ihnen auch deutlich sagen: Ja zum Klimaschutz, aber nicht absolut und nicht als einziges Ziel der Politik. Das gilt für uns, für Deutschland und für ganz Europa. Es braucht die richtige Balance zwischen Klimaschutz, Wirtschaft und Wohlstand. Für manche hat der Klimaschutz eine geradezu pseudoreligiöse Bedeutung bekommen. Wenn wir diesen Weg auch in Europa weitergehen, werden wir zwar nicht das Weltklima retten, aber am Ende Wirtschaft und Demokratie ruiniert haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sagen wir in Bayern: Ja zum Klimaschutz, aber mit Vernunft und mit Verstand.

Wir bleiben auch bei unserem Einsatz für das Auto. Bayern ist Autoland. Die IAA war ein großer Erfolg. Natürlich ist Elektromobilität die Zukunft. Wir haben übrigens die meisten Ladesäulen aller Bundesländer, und bauen diese auch aus. Unsere Automobilhersteller in Bayern, BMW und Audi, sowie die vielen Zulieferer investieren Milliardenbeträge, um sich auf die Zukunft vorzubereiten. Aber es ist eine absolute Illusion zu glauben, dass in Europa 2035 alles elektrisch fahren wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es braucht das Aus vom starren Aus für den Verbrennermotor.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am Ende müssen Ingenieure statt Ideologen über die Zukunft entscheiden. Der Verbrenner – das ist auch mein Gefühl – ist mittlerweile nicht nur mit der technologischen Frage verbunden, sondern ist auch ein Symbol für Freiheit und gegen eine übertrie-

bene, bevormundende Ideologie geworden. Ich will es Ihnen deutlich sagen: Bayern ist Autoland, Bayern soll es auch bleiben. Wir dürfen unsere wichtigste Wirtschaftswertschöpfung nicht anderen Ländern überlassen. Wir müssen uns selbst darum kümmern, und das wollen wir in Bayern tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich, um das Bild von Bayern abzurunden: Mehr als 40 % der Menschen, die über 14 Jahre alt sind, sind in unserem Land im Ehrenamt tätig. Das ist wunderbar. Sie engagieren sich im Sport, in der Kirche, bei Umweltorganisationen, im Sozialen, bei Trachten- und Heimatvereinen und besonders bei den über 3.000 Feuerwehren im ganzen Land. Dies ist einer der Gründe, warum wir einen so hohen Zusammenhalt bei uns in Bayern haben. Auch die Opposition muss anerkennen, dass über 90 % der Menschen einfach gerne in Bayern leben. Wir haben von allen Bundesländern seit 1990 mit über 16 % den größten Zuwachs.

Bayern ist attraktiv wie nie. Bei allen Problemen: Vergleichen wir Bayern mit dem Rest von Deutschland, stellen wir fest: Es geht uns besser. Das ist kein Zufall, das haben wir gemeinsam hier im Hohen Haus mitgestaltet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ist jetzt alles super, gibt es keine Probleme? – Natürlich nicht. Die Welt ist ja nicht perfekt, auch nicht bei uns. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist schwächer geworden. Das Exportland Deutschland fällt zurück, und das trifft uns besonders, weil wir das stärkste Exportland innerhalb der Bundesrepublik sind.

Eines der größten Probleme, das wir haben, eine der größten Standortherausforderungen sind die Energiekosten. Der Bund steuert jetzt um – gut so; Danke übrigens auch an den Regierungspartner dort. Der Industriestrompreis wird eingeführt. Eine Kraftwerksstrategie wird gerade für den Süden entwickelt. Stromsteuer und Netzentgelte sind gesenkt worden. Von den gesenkten Netzentgelten profitiert Bayern übrigens

besonders, weil wir – nur nebenbei – so erfolgreich bei erneuerbaren Energien sind. Jetzt muss als Nächstes noch die Stromsteuer für alle gesenkt werden. Meiner Meinung nach ist die Finanzierung klar: Das völlig übersubventionierte Heizungsgesetz muss geändert und abgeschafft werden; denn die Stromsteuer muss für alle am Ende niedrig sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie uns aber einen ehrlichen Blick darauf werfen: In Wahrheit subventionieren wir die hohen Energiekosten in Deutschland mit staatlichem Geld nach unten. Das ist die Strategie. Unser Problem liegt dagegen in einer teuren Energieerzeugung. Wir müssen sie günstiger machen.

(Martin Böhm (AfD): Ach so?)

Nur mit erneuerbaren Energien allein werden wir den Bedarf nicht bewältigen. Wäre es eine Möglichkeit, in Deutschland nach Gas zu bohren? –

(Zuruf)

Nein, dürfen wir nicht, obwohl es genügend Potenzial gäbe. Lieber kaufen wir teures Frackinggas in den USA zu niedrigen ökologischen Standards. Kernkraft darf man auf keinen Fall nutzen, aber wir beziehen gerne Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien.

(Gerd Mannes (AfD): Wer ist denn ausgestiegen? Auch die CSU!)

All diese Ideologie seit vielen Jahren ist doch in Wahrheit nichts anderes als Selbstbetrug.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Das macht ihr doch mit! – Unruhe)

Wir sollten auch in Deutschland Gas und seltene Erden abbauen und natürlich auch neue smarte Kernreaktoren prüfen, wie sie in Kanada und der Schweiz auf den Weg gebracht werden.

(Johannes Becher (GRÜNE): Teurer geht's nicht!)

Wir müssen für die Kernfusion offen sein. Ich bin sicher, dass jetzt schon wieder Demonstrationen dagegen geplant sind. Ich sage nur: Auch die Kernfusion ist eine riesige Chance für die Welt. Zum Glück sind wir Bayern vorne mit dabei. Das Max-Planck-Institut

(Zuruf bei den GRÜNEN)

– hören Sie zu und lernen – für Plasmaphysik in Garching ist die Benchmark in Deutschland. Deswegen bekennen wir uns dazu: Unser klares Ziel ist, den ersten Demonstrationsreaktor in Bayern zu bauen. Das ist bayerntypisch, das ist bayernlike. Wir wollen das erreichen und Zukunft damit schaffen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es klar: In Bayern hat Wirtschaft Priorität. "Economy first" ist unsere Leitlinie. Ich kämpfe selbst zusammen mit dem Wirtschaftsminister jeden Tag um Investoren und Arbeitsplätze. Der neue Haushalt, den wir heute im Kabinett verabschiedet haben, bietet dafür genau die richtige Grundlage, um diese Strategie fortzusetzen. Es ist die Bayern-Agenda der Zukunft, unser Kursbuch und Landespolitik pur.

Das war übrigens harte Arbeit über Wochen, mit viel Kompetenz versehen, aber vor allem hinter den Kulissen diskutiert. Ich danke allen, die daran beteiligt waren: den Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek und Florian Streibl, den Haushaltssprechern Josef Zellmeier und Bernhard Pohl, allen Kabinettskollegen, den PGFs, die dabei waren, und ganz besonders dem, der das alles mit ausgehandelt hat, der uns an der Stelle begleitet und geführt und am Ende diesen Haushalt zusammen mit uns auf den

Weg gebracht hat: unserem Finanzminister Albert Füracker. Ein herzliches "Vergelts Gott" für seine großartige Arbeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unser Leitfaden für den gesamten Haushalt ist nicht nur die Zusammenstellung eines Zahlenwerks, sondern wir haben eine Philosophie dahinter, die heißt: investieren, konsolidieren, reformieren. Die Basis für alles, die Basis für die Zukunft sind solide Finanzen. Wir setzen genau hier einen Kontrapunkt, ein deutliches Signal in bewegten Zeiten. Noch einmal ganz offiziell: Bayern macht keine Schulden, und das ist ein wichtiges Signal.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern hält am ausgeglichenen Haushalt fest. Wir sind auf Dauer wahrscheinlich das einzige Land in Deutschland, das ohne neue Schulden auskommt. Solide Finanzen sind der Markenkern Bayerns. Das ist jetzt an meine politische Familie gerichtet: Das Stoiber'sche Erbe bleibt auch in diesen schweren Zeiten erhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum ist das denn eigentlich wichtig? Wir hätten auch den leichten Weg gehen können: Wir haben noch diesen oder jenen Wunsch zu erfüllen. Ich kann Ihnen sagen: Zinsen für alte Schulden sind völlig sinnlose Belastungen für die Zukunft. Allein in den letzten beiden Jahren musste zum Beispiel Nordrhein-Westfalen knapp 6 Milliarden Euro an Zinsen für alte Schulden zahlen. Das wäre eine komplette Hightech Agenda. Ich finde, keine Schulden zu machen, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, ist auch ein Signal an die junge Generation in Bayern. Wir dürfen den Jungen nicht einfach immer größere Schuldenberge hinterlassen. Das wäre und ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Vergleich: Die Belastung durch alte Schulden in Bayern liegt bei einem Anteil von rund 4,6 % am BIP. In unserem Nachbarland Baden-Württemberg ist der Anteil mit 8,5 % fast doppelt so hoch, in Nordrhein-Westfalen mit 18,7 % mehr als dreimal höher, und erwartungsgemäß in Berlin mit stattlichen 32,4 % siebenmal so hoch wie in Bayern.

Wissen Sie, was aber das eigentlich Beeindruckende an unserer Leistung ist, wie wir das geschafft haben? – Wir schaffen den ausgeglichenen Haushalt trotz des Länderfinanzausgleichs. Mit dem Länderfinanzausgleich schleppen wir einen riesigen Rucksack mit uns herum. Der Länderfinanzausgleich ist immer ärgerlicher, teuer, unfair und völlig ungerecht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur ganze vier Länder zahlen in Deutschland überhaupt, und Bayern zahlt über 60 % im Alleingang. Im ersten Halbjahr 2025 waren es, wie bislang festgestellt, 6,7 Milliarden Euro. Wir müssen davon ausgehen, dass wir Ende des Jahres bei 11 oder 12 Milliarden Euro landen. Das wären dann übrigens 1,5 Millionen Euro pro Stunde, 25.000 Euro pro Minute und 400 Euro pro Sekunde.

Jetzt kommt häufig das Gegenargument: Die Bayern haben doch auch davon profitiert. Das stimmt. Wir haben seit 1950 insgesamt 3,4 Milliarden Euro bekommen, aber mittlerweile 134 Milliarden Euro bezahlt. Von der Gesamtsumme hätte man 195-mal alle Königsschlösser von Ludwig II., 14-mal die Lufthansa oder 140-mal den FC Bayern kaufen können; andere Fußballvereine in Bayern habe ich nicht ausgerechnet.

(Heiterkeit)

Wenn man die Summe seit 2018, seit meiner Amtsübernahme, nimmt, hätten mit diesem Geld vom Länderfinanzausgleich 81 Elbphilharmonien finanziert werden können. Um es nur auf das letzte halbe Jahr herunterzubrechen: Allein mit diesem Geld hätten wir 144.000 Pflegekräfte oder über 200.000 Polizisten bezahlen können. Letztens

schrieb sogar "Spiegel online", dass dieses System unfair ist. Ich sage es wirklich selten und auch nicht wirklich mit Freude, aber da hat "DER SPIEGEL" recht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In demselben Artikel wurde auch darauf hingewiesen: So sehr man vielleicht aus Berliner Sicht die Bayern nicht so mag oder wenig schätzt, so muss man doch attestieren, dass die Bayern aus der Hilfe, die sie bekommen haben, etwas gemacht haben. Wie ist das denn bei anderen: Waren die zeitweise auch einmal Geber- oder Nehmerland? Länder wie Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz waren in über 70 von 76 Jahren Nehmerländer. Berlin hat seit seinem Beitritt zum LFA 1995 über 94 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten und noch keinen einzigen Cent bezahlt.

Dieser Länderfinanzausgleich geht so nicht. Ich will wirklich keinem vorschreiben, wie er Politik zu machen hat, aber es ist nicht akzeptabel, dass sich andere Bundesländer Dinge leisten können, die wir uns nicht leisten können. Wir werden am Ende vielleicht sogar gezwungen, über Schulden nachzudenken, um den Länderfinanzausgleich zu bezahlen. Das geht auf Dauer nicht. Darum sage ich ein klares Nein zum Länderfinanzausgleich in dieser Form. Wir werden, ob nun klagen oder kündigen, alles unternehmen, das zu ändern. So geht es in Deutschland nicht mehr weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zurück zum Haushalt. – Ausgeglichen, ja, und weiterhin mit einer stabilen Rücklage versehen. Warum machen wir keine Schulden? Warum können wir das? – Erstens, weil die Steuerschätzung zum Glück stabil ist. Zweitens, weil wir auch Sonderinvestitionsmittel des Bundes nutzen können. Dafür ein herzliches Dankeschön. Ich sage aber ausdrücklich: Ich habe das selbst für die Kommunen und die Länder mitverhandelt. Auch wenn das am Anfang umstritten war, glaube ich, dass das der richtige Weg war. Und drittens, weil wir sparen. Meine Damen und Herren, wir sparen und reformieren. Unsere Philosophie lautet: investieren, konsolidieren und reformieren.

Beginnen wir mit dem Investieren: Häufig wird die Debatte über einen ausgeglichenen Haushalt geführt und gefragt: Sparen wir Bayern jetzt kaputt? Das Gegenteil ist der Fall. Wir investieren dort, wo wir glauben, dass es notwendig ist. 17 %, das ist die höchste Investitionsquote aller Flächenländer in Deutschland. Wir haben diese Quote um 2 % gesteigert. Das sind umgerechnet fast 30 Milliarden Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in diesen Zeiten ohne Schulden investiert, leistet einen echten Beitrag zur Nachhaltigkeit. Investitionen auf Pump sind einfach. Investitionen ohne Schulden sind dagegen der richtige finanzielle Weg, den wir in Bayern beschrieben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren in gleicher Weise in die Zukunft und in den Alltag der Menschen. Zukunft, das ist Forschung, Technologie und Hightech. Hightech ist die Chance für Bayern und ein echter Vorteil im globalen Wettbewerb. Wir sind da übrigens in einer ganz langen bayerischen Linie. Strauß und Stoiber haben es genauso gemacht; und wir bauen als Regierung darauf auf. Wir tun das seit 2018 konsequent, aber im Vergleich zu früheren Zeiten um den Faktor 4 erhöht. Die Hightech Agenda ist mit 6 Milliarden Euro das Herzstück. Um das ganz klar zu machen: Das ist die höchste Investition in Hightech und Forschung in der Geschichte des Freistaats Bayern. Kein Bundesland in Deutschland hat je Ähnliches vollbracht wie wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als wir die Hightech Agenda beschlossen haben, hat ein ehemaliger Kollege zu mir gesagt: Markus, das klingt alles ganz gut, aber erstens verstehe ich nichts davon und zweitens, was habe ich davon? Wäre eine Umgehungsstraße bei mir in der Ortschaft nicht wichtiger? – Unabhängig davon, dass er diese Umgehungsstraße wahrscheinlich bekommen hat, möchte ich sagen, dass die Erfolge der Hightech Agenda nicht im ersten Moment sichtbar waren, aber inzwischen sehr deutlich sichtbar sind.

Unser technologisches Ökosystem boomt und blüht auf. Das löst Milliarden an Investitionen aus, übrigens ohne eine Subvention. Das löst außerdem Unternehmensinvestitionen von Global Playern wie Siemens, BMW, Wacker, Airbus, Apple, OpenAI, Google, Telekom oder Nvidia aus. Die "New York Times" schrieb über uns: Bayern ist trendy und cool. – Wie wahr.

Bayern ist besonders erfolgreich in der Start-up-Szene. Wir sind hier erstmals die Nummer eins. Warum sind eigentlich Start-ups wichtig? – Meine Damen und Herren, ich habe von Otto Wiesheu mein wirtschaftspolitisches Koordinatensystem gelernt. Er sagte immer, man soll nicht frisches, neues Geld altem, schlechtem Geld hinterherwerfen. Was meinte er? – Es ist besser, in neue Technik, in neue Produkte und in neue Märkte zu investieren, als alte Unternehmen zu subventionieren. Nur um einen Vergleich der Dimensionen zu ziehen: Das Münchener Software-Unternehmen Celonis hat einen fast doppelt so hohen Marktwert wie das größte deutsche Stahlunternehmen Thyssenkrupp. Deshalb sage ich ganz klar: Wir subventionieren keine Industrien mehr, die nicht mehr funktionieren; aber wir unterstützen Unternehmen, die in Zukunft in der Welt eine Chance haben. Das ist Zukunftsorientierung für unser Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir legen in diesem Doppelhaushalt noch einmal eine Schippe drauf. Wir leisten harte Arbeit für eine Hightech Agenda XXL und wenden eine Milliarde mehr für Wissenschaft und Forschung auf. Wir investieren in alle Hochschulen und erhöhen die Grundfinanzierung, die in anderen Ländern gerade abgebaut wird. Wir entwickeln neue Leuchtturmprojekte in KI, Luft- und Raumfahrt, Defence und BioLife Science. In Künstlicher Intelligenz sind wir unglaublich stark. Wir haben hier den Trend rechtzeitig erkannt und viele neue Professuren geschaffen. Unser neuestes Ziel ist eine EU-Gigafactory in Schweinfurt in Kooperation mit vielen Industriepartnern und dem Leibniz-Rechenzentrum in Garching.

Nur nebenbei: Garching ist mittlerweile der stärkste Forschungsnukleus in Deutschland. Garching ist das Fort Knox des Wissens. Mir gefällt es, dass wir mit Garching und Schweinfurt eine EU-Gigafactory schaffen, die Unterstützung braucht. Meine Damen und Herren, wir wollen in Bayern eine EU-Gigafactory.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Markus Blume, wir powern bei den Supercomputern, wie dem neuen Blue Lion am LRZ. Er wird rund dreißigmal schneller als sein Vorgängermodell sein. Insgesamt haben wir in Bayern schon zehn Supercomputer. Damit sind wir die Nummer eins in Deutschland. Wir haben damit mehr Supercomputer als beispielsweise Großbritannien oder Indien und mehr als Österreich, die Schweiz und Spanien zusammen. Das ist nur eine Vergleichszahl, um zu zeigen, welche Substanz in Bayern vorhanden ist.

Daneben planen wir in Kooperation mit Sachsen ein Chip-Hub. Wir wollen neue phottonische und neuronale Chips entwickeln, ein einzigartiges Projekt in Deutschland. Außerdem setzen wir eine Projektgruppe zur weiteren Ansiedlung von Rechenzentren ein; denn Halbleiter sind das Öl und Rechenzentren die Kornkammern des 21. Jahrhunderts. Ich bin nicht bereit hinzunehmen, dass auf Dauer jede Technologie nur in China oder den USA stattfindet. Wir wollen an dieser Stelle eine eigene, europäische und bayerische Souveränität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren außerdem in die Luft- und Raumfahrt. Heute sieht, glaube ich, jeder ein, dass diese Leitentscheidung, die ich zu Beginn meiner Amtszeit getroffen habe, keine falsche war. Bayern ist mittlerweile der wichtigste Player mit den meisten Luft- und Raumfahrtunternehmen in Deutschland. Über 550 Unternehmen erwirtschaften hier einen Umsatz von rund 12 Milliarden Euro: Airbus, Isar Aerospace, MT Aerospace, Premium Aerotec und viele andere Unternehmen arbeiten am Ariane- und Artemis-Projekt mit. 40 % der Aufträge der ESA gehen an bayerische Unternehmen. Das Mondkontrollzentrum ist nicht nur eine Spinnerei, sondern es wird Realität. Am

Ende wird die europäische Raumfahrt von Bayern aus koordiniert. Meine Damen und Herren, das ist ein echtes Zukunftssignal. Wer kann das bieten? – DLR-, Copernikus-, Galileo- und Airbus-Satelliten, alles findet in Bayern statt. Ich sage Ihnen: Während andere darum kämpfen, überhaupt Industrie zu haben, haben wir Woche für Woche neue Ansiedlungen. Wir stehen geistig und finanziell dahinter, weil wir glauben, dass das die Zukunft für Bayern ist, wie das damals auch bei Strauß und Stoiber der Fall war.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist Verteidigungs- und Defence-Tech-Standort Nummer eins in Deutschland. Vielleicht sind wir hier sogar die Nummer eins in ganz Europa, wie das die "Financial Times London" einschätzt. Dazu gehören traditionelle Unternehmen wie Renk und MBDA, die den Taurus produzieren, Diehl oder KNDS, ehemals Krauss-Maffei, die gerade den Leopard-2-Panzer vorgestellt haben. Hinzu kommen neue Mega-Start-ups bei den Drohnen wie Hensoldt, Helsing oder Quantum Systems. Wir legen auch hier nach.

Wir bieten dem Bund an, die Verteidigungsindustrie Deutschlands mit bayerischen Unternehmen zu stärken. Wir tun aber auch selbst etwas. So schaffen wir zum Beispiel das Defense Lab in Erding. Dort soll in enger Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, der Polizei und der Wirtschaft ein Drohnenabwehrzentrum entstehen. Bayern ist ohnehin Bundeswehrland. Deswegen haben wir ein Bundeswehrgesetz verabschiedet, das bei der Bundeswehr und beim Bundesverteidigungsminister zu großem Lob führte. Wir planen jetzt zusätzlich ein Gesetz für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Darin geht es vor allem um den Abbau von Bürokratie, Genehmigungspflichten sowie um eine erleichterte Kooperation mit den Universitäten.

Allein die letzten Tage zeigen: Wir haben nicht unendlich Zeit, um unsere Verteidigung auf Hochtouren zu fahren. Wir in Bayern sind bereit, einen Beitrag zum Schutz des

Landes zu leisten. Wir sind ein Bundeswehrland, wir sind ein Verteidigungsland, und das bleiben wir auch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

BioLife Science: Auch wenn dieses Thema nicht jedem im Detail eingängig ist, hier geht es um Gesundheit. Wir stehen hier vor vielen Herausforderungen. Bayern ist ein ganz zentraler Standort. Unternehmen wie Roche, Siemens Healthineers oder Daiichi Sankyo investieren bei uns Milliardenbeträge ohne einen Zuschuss. Es gibt unzählige Bio-Start-ups. Warum investieren die bei uns? – Weil wir mit der Grundlagenforschung einzigartige Standards in Deutschland und zum Teil in Europa setzen. Neben einem neuen Max-Planck-Institut für Immunologie in Würzburg und dem Aus- und Neubau der Universitätskliniken, die den Knotenpunkt darstellen, ist das Filetstück das neue Max-Planck-Superzentrum für biologische Intelligenz und Biochemie in Martinsried. Wir stellen 500 Millionen Euro für 2.000 Wissenschaftler und einen großen Bio-Campus zur Verfügung. Wir hoffen, dass daraus weitere Nobelpreisträger hervorgehen. Ich habe allein in meiner Amtszeit zwei erleben dürfen. Meine Damen und Herren, so stelle ich mir Bayern vor, als Land der Wissenschaft und Forschung. Wir schauen auf das Morgen, wir geben jungen Menschen eine Zukunftsperspektive, wir verharren nicht im Gestern. Wir haben keine Angst vor der Zukunft, wir packen sie an, und wir nehmen die Herausforderung der Zukunft an. Das ist Bayern, das ist der Bavarian Way of Life.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

PS: Forschung und Entwicklung finden nicht nur in den Großstädten, sondern auch im ländlichen Raum statt. Das geschieht über unser einzigartiges Netz von HAWs und Technologietransferzentren. Wir haben bisher 52 in Bayern; das hat, glaube ich, niemand sonst in Deutschland. Wir werden im nächsten Doppelhaushalt weitere folgen lassen. Ich sage Ihnen das an der Stelle, weil das echt wichtig ist. Wissenschaft ist in

Bayern kein Privileg der Universitätsstädte oder der Großräume, sondern muss auch im ländlichen Raum stattfinden. Das ist unser Auftrag, dem fühlen wir uns verpflichtet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei Hightech können wir einen Haken machen, würde ich sagen. Das ist gut auf dem Weg.

Sind wir jetzt nur Hightech-Fans? Vergessen wir darüber die Probleme des Alltags?

– Nein, sicher nicht. Wir widmen uns dem, und wir treffen auch Entscheidungen, auch wenn sie schwer sind, zum Beispiel in der Kinderbetreuung. Für uns hat der Ausbau der Kinderbetreuung eine hohe Priorität. Wir geben es offen zu, dass das für die Familien extrem wichtig ist, aber auch ein echter Standortfaktor für unser Land geworden ist. Wir haben seit 2018 – auch das sei einfach mal für alle Debatten der Zukunft erwähnt – über 100.000 Kinderbetreuungsplätze geschaffen. Wir haben im Moment mit 765.000 genehmigten Betreuungsplätzen eine neue Rekordzahl, die höchste, die wir in Bayern je hatten. Liebe Uli Scharf, wir haben übrigens die Ziele unseres Koalitionsvertrages, die wir uns gesetzt haben, bereits übererfüllt. Das wird weitergehen, der Ausbau geht weiter: Für Ganztags, Kita und Kindergarten sind neue Gelder im FAG verankert worden.

Sorge machte uns aber nicht der Ausbau, denn der läuft, sondern der Unterhalt, die sogenannten Betriebskosten. Viele Träger haben uns gewarnt, haben uns besorgt angesprochen: Es bestünde die Gefahr, dass Kitas aufgeben müssten, weil sie nicht mehr finanziell tragfähig sind. Diese Entwicklung ist die letzten ein, zwei Jahre durch Inflation und anderes besonders wuchtig gewesen. Es brauchte und braucht also mehr Geld im System.

Aber wie kann man das organisieren, wenn man gleichzeitig keine Schulden machen will? – Deswegen haben wir schweren Herzens eine Entscheidung getroffen: Uli Scharf, Hubert Aiwanger, meine Wenigkeit und viele andere waren dabei. – Ich danke allen. – Wir haben eine Priorität gesetzt: Betreuungsplatz vor Direktleistung.

Auch wenn ich verstehe, dass das für den Einzelnen nicht schön ist, und mir selbst auch ein bisschen das Herz blutet; denn ich habe das ja damals auf den Weg gebracht: Es nützt alles nichts, und es nützt alles Geld nichts, wenn der Platz fehlt. Die Zukunft muss sein: Alle Kraft in die Betreuung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben dann entschieden, das Familiengeld nicht zu sparen – wie der eine oder andere schreibt –, sondern komplett umzuwandeln und das gesamte Geld in die Betreuung zu geben.

Ich habe übrigens großen Respekt vor den Regierungsfraktionen. Ich bin ihnen dankbar, dass dies bereits in der letzten Woche in einer spannenden, lebhaften Debatte wenige Tage nach der Ankündigung im Parlament umgesetzt wurde.

Das ist übrigens auch mal etwas: Wir in Bayern vertagen nicht immer nur alles endlos, wir sind auch in der Lage, Entscheidungen zu treffen, meine Damen und Herren. Auch das gehört in diesen Zeiten zu einer Großen Koalition.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der SPD)

Man möge mir jetzt nicht böse sein, aber wenn sich heute gerade diejenigen in großer Empörung zum Retter und Verwalter dieses Familiengeldes aufschwingen – das sind nicht die Betroffenen, die haben Verständnis –, wenn politische Kräfte heute hergehen und sagen, es sei eine Unglaublichkeit, dass hier an den Familien gespart wird, dann kann ich nur daran erinnern, dass ich über all die Jahre – auch ganz persönlich und wir als CSU – für dieses Familiengeld diffamiert und kritisiert worden bin. Es wurde als "Herdprämie" bezeichnet. Seien Sie mir bitte nicht böse: Zur Politik gehört auch eine intellektuelle, charakterliche Redlichkeit.

(Lachen bei der AfD, den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen akzeptiere ich diese Heuchelei nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Familiengeld wird also nicht --

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Zitatliste ist so unendlich lang auf dieser Seite. Was da alles gesagt wurde! Sorry, das muss man sich gefallen lassen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

– Nein, das kann übrigens jeder nachschauen – einfach googeln –, was einzelne Politiker dazu gesagt haben.

(Anna Rasehorn (SPD): Da kann man bei Ihnen auch fündig werden!)

Das Familiengeld wird nicht eingespart – ich habe es gesagt –, sondern komplett in das System reinvestiert – nicht einmal, sondern dauerhaft. Das sind bis 2030 über drei Milliarden Euro. Damit steigt der Anteil der staatlichen Förderung der Betriebskosten wie noch nie in Bayern auf bis zu 80 %.

Nur mal zum Vergleich: Ist das nun kritisiert worden? – Im Gegenteil: Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Städtetag, Evangelischer KITA-Verband, Caritas und die Kita-fachkräfte selbst haben es ausdrücklich begrüßt. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist schon ein wichtiges Signal, dass sich die, die Betreuung organisieren, auf uns auf Dauer verlassen können. Das war uns ein wichtiger Ansatz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich jetzt schon bei den Kommunen bin, dann will ich Folgendes ausdrücklich sagen: Investitionen, gerade in den Kommunen, und deren Unterstützung haben für diese Regierungskoalition eine ganz hohe Priorität. Die Kommunen sind finanziell schon seit Monaten unter Druck. Die steigenden Sozialkosten sind eine enorme Belas-

tung für Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden. Es drohten viele nicht genehmigungsfähige Haushalte. Wir haben unzählige Gespräche geführt, jeder Einzelne von uns, ich selbst und natürlich vor allem der Innen- und besonders der Finanzminister. Wir haben diese Gespräche geführt und am Ende eine Lösung gefunden.

Das Ergebnis lässt sich sehen und wird von allen Beteiligten gelobt. Der Finanzausgleich, der vorliegt, den wir heute auch im Kabinett beschlossen haben, ist ein megastarker Beitrag für die Kommunen, ein Rettungsschirm, wie er in den anderen Bundesländern kaum vorstellbar wäre. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind stolz darauf, dass uns das gelungen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am Ende ist das ein Gesamtpaket von 4,7 Milliarden Euro – ein echter Rekord. Dazu gehören ein höherer Verbundsatz, höchste Finanzzuweisungen und eine besondere Hilfe für die Bezirke. Manche haben ja diskutiert, dass die Bezirke einfach sparen sollen. Unsere Bezirke in Bayern leisten wirklich eine wichtige Arbeit. Danke auch für das, was dort in den Bezirken jeweils geleistet wird, meine Damen und Herren. Es kommt viel zu wenig und viel zu selten vor, dass wir uns bei Bezirkstagspräsidenten und Bezirksrätinnen und Bezirksräten bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bezirksumlage wäre massiv gestiegen. Mit unserer Hilfe ist es jetzt so, dass wir mit fast 60 % rund zwei Dritteln einer möglichen Anhebung einer Bezirksumlage übernehmen. Ich kenne kein Bundesland, wo das so geht, meine Damen und Herren. Es ist schon ein gemeinsames Commitment, das wir treffen: Wir haben erst den Finanzausgleich entschieden und dann unseren Haushalt zugemacht. Wir haben also die Priorität für die kommunale Familie gesetzt, weil wir gemeinsam der Überzeugung sind: Ohne starke Kommunen gibt es keinen starken Staat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber das reicht auf Dauer nicht. Es braucht eine Reduzierung der ständig wachsenden Sozialausgaben. Das sagen übrigens auch SPD-Oberbürgermeister und selbst SPD-Ministerpräsidenten – zumindest hinter vorgehaltener Hand.

Deswegen gibt es die Sozialstaatskommission in Berlin, liebe Uli Scharf, bei der du dabei bist. Die Ministerpräsidenten wollen parallel dazu eine eigene Reformagenda entwickeln. Es geht uns nicht um ein Schreddern des Sozialstaates, sondern um eine bessere, ausgewogenere Balance. Das betrifft Eingliederungshilfe, Sozialhilfe und Jugendhilfe, bei der die Kosten insbesondere für unbegleitete Minderjährige explodiert sind. Bei all dem ist es jetzt wichtig, Entscheidungen zu treffen. Das Bürgergeld ist der erste Schritt. Das wird zum Glück abgeschafft. Danke übrigens an die SPD im Bund, die da mitgeht. Ich glaube, die Bayern-SPD war als Erste dagegen.

Ich will nur eines sagen, und das muss jeder verstehen: Anstatt dass wir in Berlin über eine weitere Öffnung der Schuldenbremse reden und noch mehr Schulden machen, um solche gestiegenen Sozialausgaben zu bezahlen, brauchen wir endlich Reformen im Sozialbereich, meine Damen und Herren, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu garantieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren weiter, neben den Kommunen besonders in die Krankenhäuser. Liebe Judith Gerlach, es gibt Extrageld für den Ausbau und die Investition in die Krankenhäuser. Damit erreicht die Krankenhausmilliarde fast 1 Milliarde Euro.

Wir investieren 1 Milliarde zusätzlich in den kommunalen Wohnungsbau, damit vor Ort bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Übrigens, lieber Christian Bernreiter, Danke für deine Arbeit. Wir haben seit 2018 rund 84.000 Wohnungen und Wohnplätze im Rahmen der Wohnbauförderung auf den Weg gebracht. Was immer gesagt wird, in Bayern herrsche Stillstand, ist einfach nicht wahr. Auch die Vorgänger von Christian Bernreiter haben alle ihren Beitrag dazu geleistet, dass der Wohnungsbau vorangeht. Übrigens, die neue Förderung, die wir jetzt einführen, kommt komplett ohne jede staat-

liche Vorgabe und Bürokratie aus. Wir wollen beschleunigen, und deswegen geben wir den Kommunen maximale Freiheit vor Ort.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir planen eine Reform für das staatliche Bauen: Es soll schneller, kostensparender und effizienter sein. Es soll mehr Partnerschaften zum Beispiel beim Bau von Unikliniken geben. Es soll der Grundsatz "Mieten statt Neubau" wie beispielsweise beim Konzertsaal gelten. Am Ende muss das Reformziel immer lauten: Auf Dauer kein Papier, mehr Geschwindigkeit, weniger Vorschriften und mehr Freiheit. Damit wird es vor allem günstiger und effizienter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Investieren, konsolidieren, sparen: Wir sparen im Doppelhaushalt fast 2 Milliarden Euro ein. Wir drücken uns auch nicht um schwere Entscheidungen. Wir sparen – da sage ich: zum Glück – über 800 Millionen Euro an Unterbringungskosten für Migranten. Wir mussten seit meinem Amtsantritt 18 Milliarden Euro an Migrationskosten an die Kommunen zahlen; das macht kein anderes Land.

Wir sparen aber auch beim Staat selbst: Der öffentliche Dienst spielt dabei naturgemäß eine wichtige Rolle; denn er umfasst nun mal 40 % des Etats. Wir verschieben Tarifsteigerungen für sechs Monate. Wir planen ein Stellenmoratorium für das Jahr 2026 und für das Jahr 2027 für Ministerien inklusive der Staatskanzlei. Damit senken wir die Personalquote erstmals seit vielen Jahren wieder auf unter 40 %. Gibt es im Jahr 2027 überhaupt neue Stellen? – Nicht in den Ministerien, nicht in der Staatskanzlei, nur im Kernbereich staatlicher Verwaltung, in der Bildung und Sicherheit.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Neben weiteren Hightech-Professuren brauchen wir 1.500 Lehrerstellen; denn die Schülerzahlen steigen einfach weiter. Das liegt an der Attraktivität Bayerns.

Dazu wird es 400 multiprofessionelle Kräfte wie Kinder- und Heilerziehungspfleger sowie Sozialpädagogen geben, um auch den Kindern, die es nicht so leicht haben, zu helfen und sie zu begleiten. Der Rest geht an Polizei und Justiz zur Drohnenabwehr und für die Cybersicherheit. Ich sage auch den Mitarbeitern in den Justizvollzugsanstalten Danke. Wir danken immer zu Recht der Polizei. Aber lassen Sie uns auch einmal denen danken, die einen der schwersten Jobs haben – in den JVAs. Lieber Georg Eisenreich, ein herzliches Dankeschön an alle, die dort arbeiten und Großes leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir bauen auch Stellen ab: 10.000 bis 2040 und 1.000 bis 2028.

Zur Teilzeit: Wir gönnen wirklich jedem alles, aber es braucht aus einer Gesamtverantwortung heraus auch hier eine Reform. Es macht doch keinen Sinn, dass wir in einigen Bereichen 60 % Teilzeit haben und trotzdem Quereinsteiger suchen müssen. Verzeihen Sie mir: Der Staat muss wieder schlanker und effizienter werden, auch bei uns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem, mein Dank an alle Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Wir stehen zum Berufsbeamtenum. Wir sorgen im Vergleich zu anderen Bundesländern für deutlich bessere Arbeitsbedingungen. So wird es keine Mehrarbeit geben, keine Einschränkung bei der Altersteilzeit oder der Beihilfe. Stellenhebungen sind für besonders Engagierte auch dabei. Ich finde, die Balance stimmt an der Stelle. Wir sparen übrigens nicht nur beim öffentlichen Dienst, sondern auch 5 % der sächlichen Kosten in den Ministerien und der Staatskanzlei, zum Beispiel bei Anzeigen, Empfängen und der Öffentlichkeitsarbeit usw. Meine Damen und Herren, das ist schon ein Einschnitt.

Ich sage Ihnen eines: Investieren, konsolidieren und reformieren. Ich habe bereits verschiedene Bereiche angesprochen, die wir reformieren werden. Aber im Mittelpunkt

– wir denken hier in größerem Stil – stehen der Staatsauf- und der Bürokratieabbau. Die Bürokratie war früher eine unserer Stärken in Deutschland. Heute aber haben wir das Gefühl, dass sie Freiheit erstickt und die Wirtschaft demotiviert. Wir haben zum Bürokratieabbau in Bayern über 700 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht: Baurecht, Dienstrecht, Vergaberecht, Förderrecht, Brandschutz, Umweltrecht, Statistik, Berichtspflichten und und und. Wir sind mittlerweile Blaupause für den Bund geworden; vieles wird übernommen. Mein ganz besonderer Dank gilt dabei Walter Nussel und Florian Herrmann. Die beiden sind das Dream-Team und der Schrecken einer jeden Bürokratie. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hoffen alle auf neue Impulse von der Gruppe in der Enquete-Kommission von Steffen Vogel. Wir setzen zusätzlich eine Kommission Staatsreform in Bayern ein. Die Leitung hat Florian Herrmann, und Walter Nussel ist dabei. Bis Ende 2026 soll sie Vorschläge zur Staatsreform erarbeiten. Dabei gibt es keine Denkverbote und keine Tabus. Mehr Subsidiarität? – Ernsthaft. Pilotregionen, Experimentierklauseln, digitale Dividenden – Herr Mehring –, ein reduziertes Kontrollwesen, der Abbau von Doppel- und Dreifachstrukturen, einfachere Synergien zwischen Fachämtern, Regierungen und Ministerien und vielleicht sogar Schwerpunktregierungen. Wir wollen auch über neue Formen der kommunalen Zusammenarbeit nachdenken. Ich bin echt gespannt, wie das Ergebnis sein wird. Ich möchte Ihnen etwas sagen, weil manche sich fragen, ob das alles sein muss: Vertagen, vertagen, vertagen ist eine deutsche Untugend geworden. Entscheiden, entscheiden, entscheiden ist unser bayerischer Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist das gesamte Paket. Das ist unser Bayernpaket: ein ausgeglichener Haushalt, Rekordinvestitionen und Reformen. So kann eine Regierung und so können Parlamentsmehrheiten handeln. Das ist unsere Antwort auf unsichere Zeiten. Nicht alles

gefällt jedem, aber die Gesamtschlüsse, glaube ich, stimmt. Es war gutes Teamwork. Ich sage noch einmal Danke an den Koalitionspartner. Ich finde, wir als Koalition haben uns in all den Krisenjahren seit 2018 gut bewährt. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unsere gute gemeinsame Regierungsarbeit auch in Zukunft fortsetzen werden. Herzlichen Dank an alle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben seit 2018 gemeinsam 323 Ministerratssitzungen durchgeführt, im Parlament fast 200 Gesetze beschlossen und mehr als 18.000 Anfragen des Landtags beantwortet.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben uns allein in der Staatskanzlei um über 220.000 Bürgeranliegen gekümmert. Wir steuern das Land mit Umsicht durch diese Herausforderung. Haben die Bürger jetzt weiter Anlass zur Sorge, oder ist alles weg? – Nein, natürlich nicht. Wir können nicht alles bestimmen, was von außen auf uns zukommt. Aber wir stellen uns auf die Herausforderungen ein. Wir schieben nichts weg, wir ducken uns nicht. Wir versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu reagieren. Für jeden Einzelnen muss klar sein: Von nichts kommt nichts, und von nichts läuft auch selbst nichts. Wir müssen uns anstrengen, um aus der Krise zu kommen.

Zum Schluss will ich sagen, warum ich optimistisch bin: Wir haben so viel Gutes in Bayern, so viele Top-Talente. Die junge Generation macht mir jeden Tag neuen Mut. Wir haben tolle Unternehmen in Industrie, Handwerk und Mittelstand. Wir haben großartige Forscher und Wissenschaftler. Wir sind hochgeachtet und respektiert in der Welt. Wenn Sie als Abgeordnete unterwegs sind im Ausland, dann spüren Sie doch, dass Bayern einen legendären Ruf hat. Ich habe in meiner Amtszeit mittlerweile 44 Staatschefs getroffen. Glauben Sie mir, jeder freut sich, wenn Bayern kommt. Wir sind populär wegen der harten Standortfaktoren, aber auch – das gebe ich zu – wegen der weichen Standortfaktoren. Zum Beispiel wegen bayerischem Bier oder des

Oktoberfests – das kennt übrigens jeder in der Welt. Zur Wiesn – nur einmal nebenbei bemerkt – kommen mehr Besucher als 12 von 16 Bundesländern Einwohner haben.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Auch das ist eben Bayern: Feiern und feste arbeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss: Es gibt im Bayerischen Fernsehen eine bedeutende Sendung, nämlich den "Sonntags-Stammtisch". Dort wird man zum Schluss gefragt, was einen in der Woche geärgert oder gefreut hat. Ich will einmal zum Letzteren kommen. Was mich in letzter Zeit besonders freudig gestimmt hat, war die Entscheidung für Olympia. Viele haben sich dafür eingesetzt: aus dem Landtag, dem Sport, der Wirtschaft und der Stadt München. Auch ich selber habe es getan. Manche Journalisten haben geschrieben, dass das ein Risiko für Söder sei; denn wenn es schiefgehe, dann habe er verloren.

Ich war überzeugt davon, dass das wichtig ist. Dieses Ergebnis der Münchnerinnen und Münchner mit einer Zweidrittelmehrheit zeigt doch eines: Wir müssen nicht immer Angst haben.

(Martin Wagle (CSU): Richtig!)

Man kann auch mit guten Argumenten überzeugen. Nicht immer gewinnen Nein-Sager und Nörgler. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann auch mit Optimismus etwas erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für mich wie für alle hier im Raum sollte es immer die gleiche Herausforderung sein: Es muss für uns die höchste Ehre und Freude sein, in diesem Land zu arbeiten, dem bayerischen Volk mit 100 % Einsatz bis an die Grenzen unserer körperlichen

Möglichkeiten rund um die Uhr zu dienen. Für mich gilt das in Bayern, aber auch in Berlin, wo es allein in dieser Woche wieder um wichtige Weichenstellungen geht.

Meine Damen und Herren, meine Motivation ist immer Bayern. Wissen Sie, was das Schöne ist? – Ich weiß nicht, ob es Ihnen auch so geht: Wenn man morgens aufwacht und merkt, dass man im Freistaat lebt, dann geht es einem einfach gut; denn hier ist die Welt in Ordnung, hier ist es schöner, sicherer und freier als woanders. Ich kann Ihnen sagen: Dafür lohnt es sich, zu arbeiten, zu kämpfen und sich zu engagieren, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir in Deutschland und auch in Bayern sollten wieder anfangen, auch gegenüber Bedrohungen von außen zusammenzuhalten, uns nicht ständig im Klein-Klein verhaken und nicht immer ein Haar in der Suppe suchen und darauf die größte Kraft verwenden. Wir sollten erkennen, wie gut es uns im Vergleich mit allen anderen geht; dann werden wir all das meistern, was vor uns liegt. Ich habe keine Angst davor; aber ein bisschen anstrengen müssen wir uns. Alte Rituale helfen uns wenig weiter. Die Demokratie muss zeigen, dass sie zu kompetenten Diskussionen, zu Sachlichkeit fähig ist, nicht mit Streit, Geschrei und Desinformation.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir wollen ein Signal für ein starkes Bayern, für ein modernes Bayern, für ein sicheres und soziales Bayern setzen. Ich bin froh und dankbar, dass ich für unser Land arbeiten darf. Wir sollten das alle sein. Lassen Sie uns zusammenarbeiten. Auf geht's! Gott schütze dieses wundervolle Land! – Herzliches Dankeschön!

(Standing Ovations bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Ministerpräsident, vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache, die sich wegen der längeren Redezeit des Ministerpräsidenten ebenfalls verlängert; wir hatten 150 Minuten vereinbart. Die Redezeit der jeweiligen Fraktionen

erhöht sich nun: Die CSU erhält zusätzlich fünf Minuten, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die GRÜNEN erhalten je zwei Minuten und die SPD erhält eine Minute. Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt steht, aber schwarze Null? – Nein! Ihr Haushalt ist eher ein Schwarzes Loch. In diesem Schwarzen Loch aus Schulden und künftigem Schuldendienst verschwinden alle gut gemeinten politischen Maßnahmen, vor allem aber die Wahrheit. Aber dafür sind ja wir zuständig.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Man muss es halt verstehen!)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie gerade den Bürgern erklärt haben, das wäre ein Haushalt ohne Neuverschuldung; dann sieht die Wirklichkeit leider ganz anders aus. So sehen wir einen bayerischen Haushalt ohne Neuverschuldung, wie wir ihn im Grunde auch begrüßen. Der vermeintlich ausgeglichene Haushalt kommt nur durch erhebliche Rücklagenentnahmen und noch erheblichere Bundesmittel zustande. Das sind Milliarden aus den Sonderschulden des Bundes, die Sie sich selbst als Teil der Schuldenregierung des Täuschungskanzlers Merz zugewiesen haben. Mit anderen Worten, um hier und heute von einer "Schwarzen Null" reden zu können, haben Sie die bayerischen Ersparnisse und die Einkommen künftiger Generationen schon jetzt verprasst. Es bestätigt sich jedes Jahr aufs Neue, was wir schon immer sagen: Sie geben Geld aus, was Sie nicht haben, für Projekte, die niemand braucht.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Forderung lautet daher: Unser Geld für unsere Leute.

Sie stürzen nicht nur die bayerischen, sondern auch die Bundesbürger in die Schuldenfalle, und diese Bundesschulden belasten die bayerischen Bürger über

Gemeinschaftssteuern, wie etwa die Einkommensteuer, trotzdem. Die angekündigte Schuldentilgung bleibt bei Weitem hinter Ihren Versprechen zurück. Sie wollten 500 Millionen Euro pro Jahr tilgen. Momentan sind es gerade mal 50 Millionen Euro. Damit wird es noch fast zwanzig Jahre dauern, allein um Ihre selbstverschuldeten Corona-Schulden zu begleichen. Das von Horst Seehofer und Ihnen selbst 2015 ausgerufene Ziel "Bayern schuldenfrei bis 2030" wird dann wohl demnächst in den Sammelband "Söders Märchenstunde" aufgenommen. Ihre Lösung lautet heute: "Bayern klimaneutral 2045".

Jeder weiß, dass sich Markus Söder vorwiegend für Bundespolitik interessiert. Eine wirklich neue Politik für unser Land wird aber mit niemandem möglich sein, der sich mit dem rot-grünen Linksblock eingebrandmauert hat. Die historische Schuld der massiv gebrochenen Wahlversprechen haben CDU und CSU gemeinsam zu tragen. Und der Bruch von Versprechen scheint mittlerweile die Kernkompetenz der CSU zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Sie brechen in diesem Haushalt mit Ihrem Versprechen, das Kinderstartgeld einzuführen. Auch Ihre weiteren Kürzungen beim Familien- und Krippengeld betreffen vor allem einkommensschwächere Familien, die von Ihrem Wortbruch eiskalt erwischt wurden. Viele hatten die versprochenen Zahlungen ab dem nächsten Jahr fest eingeplant. Sie steigern die Kinderarmut und engen den Spielraum der Familien ein, über die Betreuung ihrer Kinder selbst zu entscheiden. Sie sagen, das Familiengeld, das Krippengeld oder das Kinderstartgeld seien nicht finanzierbar. Das ist eine glasklare Wählertäuschung. Die nötigen 800 Millionen Euro wären problemlos einzusparen. Das haben wir bereits mehrfach nachgewiesen und haben Ihnen auch schon konkrete Vorschläge in den vergangenen Haushalten vorgelegt: Bei den freiwilligen Integrationsleistungen für Migranten könnten 550 Millionen Euro gekürzt werden, bei der Energiewende 146 Millionen Euro, bei der Fraktionsreserve 90 Millionen Euro, bei der Förderung von Klimabussen 29 Millionen Euro und beim Entwicklungshilfeprogramm 12 Millionen Euro. Warum der bayerische Steuerzahler zudem für freiwillige

Rechtsberatung für Asylbewerber in Höhe von 500.000 Euro oder eine bayerische Außenvertretung in Addis Abeba in ähnlicher Höhe finanzieren muss, das bleibt wohl das Geheimnis dieser Staatsregierung.

Es ist auch offensichtlich: Die Söder-Regierung will die Lufthoheit über die Kinderbetten erlangen, ganz nach dem Vorbild Ihrer linken Genossen. Einer solchen Politik werden wir als AfD-Fraktion niemals zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen, dass Eltern auch weiterhin selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder erziehen, und sie durch höhere steuerliche Freibeträge direkt entlasten, sodass sie gar nicht erst auf staatliche Almosen angewiesen sind. Bayerische Familien wissen selbst gut genug, wofür sie ihr Geld ausgeben und verbrauchen wollen. Doch der Ministerpräsident spart lieber bei bayerischen Familien als bei illegalen Migranten.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Thomas Huber (CSU), Tanja Schorer-Dremel (CSU) und der Staatsministerin Michaela Kaniber)

Sie zeigen mit Ihrem Haushalt einmal mehr, dass das "S" in der CSU nur noch eine Worthülse ist. An dieser CSU ist mittlerweile nichts mehr sozial. Das bekommen leider mit voller Wucht auch unsere bayerischen Kommunen zu spüren. Jahrelang wurde die kommunale Infrastruktur kaputtgespart, auch deswegen, um damit Klimaschutz und illegale Zuwanderung zu finanzieren. Zwar bekommen die Kommunen jetzt wieder etwas mehr Geld, bis die Milliarden Euro des bayerischen Anteils an den Sonderschulden des Bundes aufgebraucht sind, aber gleichzeitig geht die Asylfinanzierung in weit höherem Maße weiter.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Die Union ist an der Regierung in Berlin. Sie könnten das alles eindampfen. Sie tun es nicht, weil Sie es nicht wollen. Im Doppelhaushalt 2026/2027 stehen nun 5 Milliarden Euro für Investitionen aus dem Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen

von Ländern und Kommunen bereit; aber gleichzeitig gibt der Freistaat wieder 5,3 Milliarden Euro für Asyl und Integration aus. Im Zeitraum 2015 bis 2025 wurden bereits rund 24 Milliarden Euro für illegale Einwanderung aus dem Staatshaushalt ausgegeben.

(Widerspruch bei der CSU)

Wie kann es sein, dass wir immer noch so viel pro Jahr zahlen, wenn die Asylwende doch angeblich vollzogen ist und es vermehrt zu Abschiebungen kommt?

Das angekündigte Moratorium bei der Anzahl der Staatsbediensteten und die zusätzlichen 400 Stellen für Polizei und Justiz, die begrüßen wir; aber in Bayern wurden von 2011 bis 2024 über 164.000 Stellen im öffentlichen Dienst aufgebaut und damit die Bürokratisierung massiv gesteigert. Das ist fast die Stärke der ganzen Bundeswehr. Der Freistaat ist heute der größte Arbeitgeber in Bayern. Angesichts dessen ist der angekündigte Abbau von 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2040 ein Tropfen auf den heißen Stein. Der argentinische Präsident Milei befreit die Wirtschaft mit der Kettensäge, und Sie nehmen die Nagelschere.

Was ist mit den Kosten, die den Kommunen mit dem Bürgergeld aufgelastet werden, insbesondere die Kosten für die Unterbringung? – Da mittlerweile mehr ukrainische Männer nach Bayern und Deutschland fliehen, ist auch hier in Zukunft von mehr Ausgaben auszugehen. Ebenso wird der Wohnungsmarkt dadurch beansprucht. Diese Ausgaben hätten niemals entstehen dürfen. Unser Geh-Hoam-Plan ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der AfD)

Die kommunale Finanzlage in Bayern ist katastrophal. Letztes Jahr verzeichneten die Kommunen einen negativen Finanzierungssaldo von minus 5,4 Milliarden Euro. Dieser Negativrekord ist das Ergebnis eines strukturellen Problems, das Sie als Regierungspartei im Bund und Land maßgeblich mitverursacht haben. Wir fordern, dass

alle verbindlichen Asylkosten der Kommunen verpflichtend durch den Bund gedeckt werden müssen. Diese Mittel aus dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz müssen auch wesentlich erhöht werden, und jede Kommune soll selbst darüber entscheiden können, ob sie Asylbewerber aufnehmen will oder nicht.

Um den Zusammenbruch der bayerischen Wirtschaft zu stoppen, den Sie mit Ihrer selbstmörderischen Energiepolitik mitzuverantworten haben, fordern wir schon seit Jahren unter anderem die Schaffung von Modellregionen, in denen Unternehmen von erdrückenden bürokratischen Vorschriften und Anforderungen, Dokumentations- und Meldepflichten befreit sind und andere Vergünstigungen erhalten. Wie schön, dass auch Sie diese Position von uns übernommen haben.

Nicht so schön ist dagegen, dass Sie kaum etwas davon umsetzen werden; denn genau das ist das System Söder: Seit Jahren schreiben Sie bei uns ab, kopieren unsere Forderungen, um die Menschen zu beruhigen, um ihnen Schlafsand in die Augen zu streuen, und setzen dann am Ende fast nichts davon um. Damit täuschen Sie die Bürger einmal mehr, wie Täuschungskanzler Merz. Sie hängen Ihr Fähnchen in den Wind; aber wir, Herr Ministerpräsident, wir sind der Wind.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen sofort das Bayerische Klimaschutzgesetz und den Solardachzwang abschaffen und den bayerischen Wassercents streichen. Der Länderfinanzausgleich muss endlich nachhaltig auf den Prüfstand und reformiert werden. Lieferkettengesetz, Bundesklimaschutz-, Energieeffizienz-, Hinweisgeberschutz-, Gebäudeenergiegesetz und andere Gesetze müssen auf Bundesebene abgeschafft werden. Auf EU-Ebene müssen Verbrennerverbot, EU-Taxonomie und sämtliche Richtlinien und Berichtspflichten abgeschafft und kleine und mittlere Unternehmen von der Datenschutz-Grundverordnung befreit werden.

Und natürlich müssen sämtliche Klimaschutzmaßnahmen beendet werden. Sie haben es vielleicht noch nicht vernommen, aber die Klimareligion, die ist vorbei, der Klimareli-

gion sind ihre Jünger verloren gegangen. Nach BlackRock, dem ehemaligen Arbeitgeber von Kanzler Merz, hat nun auch der vormalige Klimaprophet Bill Gates das sinkende Schiff verlassen. Nach den USA haben bei der Klimakonferenz in Brasilien auch die Vereinten Nationen ihre Klimaziele von Paris aufgegeben. Die BRICS haben diesen Selbstzerstörungskurs nie ernsthaft mitgemacht. Nirgendwo in der Welt herrscht noch Klimakrise, nur in Deutschland kann man damit noch Milliarden kassieren, die einem der Staat aus der Steuerkasse zuschaufelt.

Wir müssen endlich die Wirtschaft stärken. Sie stärken lieber die Windkraftindustrie, die der Wirtschaft massiv schadet. Sie fördern eine Energiewende, die Billionen kostet. Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen brechen selbstverschuldet ein. Unternehmen verlassen mittlerweile fluchtartig das Land. Wir sagen: Die Unternehmensteuern und die Energiekosten müssen massiv runter. Nur so kommt Kapital ins Land zurück und damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Aber Ihnen fällt nichts Besseres ein, als bei den Familien die 3.000 Euro einzusparen. Großzügig finanzieren Sie weiter die Asylindustrie. In Deggendorf laufen die Asylforderer mit den neuesten Sneakers herum, während sich die einfache bayerische Rentnerin oft selbst ein Stück Butter nicht mehr leisten kann.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich werde so lange mit der AfD kämpfen, bis unsere Rentner hier in Bayern nicht mehr Flaschen sammeln müssen; denn das ist eine Schande für Bayern, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der AfD)

Sie bekämpfen uns doch nur, um abzulenken. Sie haben aber nun erkennen müssen, dass Ihre Nazi-Keule nicht funktioniert. Deswegen packen Sie jetzt die haltlose und lächerliche Putin-Keule aus, die auch ins Leere schlägt. Sie wissen doch genau, dass wir uns vorbehaltlos zu der westlichen Verteidigungsarchitektur bekennen;

(Widerspruch und Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Westsibirien vielleicht!)

aber eine gute wirtschaftliche Beziehung zu Russland steht dem in keiner Weise entgegen. Die Menschen im Land wachen auf, und sie erkennen die Wahrheit über die AfD.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hoffentlich!)

Tun Sie es auch!

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie argumentieren aus der Perspektive von Nowosibirsk!)

Sie sagten vorhin, Bayern sei Verteidigungsland, wir sollten unseren Beitrag leisten. Leisten Sie bitte Ihren diplomatischen Beitrag bezüglich Friedensbemühungen zwischen den Kriegsparteien in der Ukraine. Strauß hätte das längst getan. Als Kriegsteilnehmer hatte er mehr Weitsicht als mancher heutige Staatsmann.

(Unruhe – Zuruf von der CSU: Sie haben keine Ahnung von Strauß!)

Es sind schon 650.000 junge Männer auf beiden Seiten gefallen. Dieses Sterben muss endlich beendet werden.

(Beifall bei der AfD – Unruhe – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Dann tun Sie etwas dafür!)

Unsere Bundeswehr verteidigt, wenn, dann unser Land. Und eines muss klar sein: Unsere Jungs werden nicht in einem Krieg verheizt, der uns überhaupt nichts angeht.

(Beifall bei der AfD)

Sie schreiben auf X, wir würden Worte verwenden, die an Weimar erinnern. Ich möchte Worte verwenden, um Sie an Weimer zu erinnern.

(Widerspruch bei der CSU)

Der Verlag von Staatsminister Wolfram Weimer verkaufte beim Ludwig-Erhard-Gipfel Premiumvernetzung in entspannter Atmosphäre am Tegernsee mit Regierungsmitgliedern für bis zu 80.000 Euro. Für die Ausgabe im April angekündigt sind unter anderem die Bundesminister Reiche, Rainer, Bär und Frei, allesamt Union, sowie – man höre und staune – Ministerpräsident Söder und unsere Landtagspräsidentin Ilse Aigner.

(Widerspruch bei der CSU)

Ist das, meine Damen und Herren, das Demokratieverständnis der CSU? – Staatsfilz, Korruption und Vorteilsnahme sind wahrlich kein Novum für die Union;

(Widerspruch bei der CSU)

aber das ist selbst für hartgesottene Amigos eine neue Dimension. Vielleicht ist ja die CSU das neue Schwarze Loch der deutschen Politik. – Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion Herr Kollege Klaus Holetschek.

(Beifall bei der CSU)

**Klaus Holetschek (CSU):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn du meinst, es geht nicht schlimmer, schafft's die AfD doch immer.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich habe mir lange überlegt, ob es sich lohnt, zu dem Wortbeitrag Ihrer Fraktionsvorsitzenden etwas zu sagen; aber wer so schwadroniert, wer so lamentiert, wer so fabuliert, wer sich so weit von der Wahrheit entfernt,

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

der weiß, warum man nie mit ihm zusammenarbeiten, nie mit ihm koalieren und nie mit ihm kooperieren kann, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wissen Sie: Wer Patriotismus predigt und mit Putin paktiert,

(Widerspruch bei der AfD)

der weiß, aus welchem Holz die AfD geschnitten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir werden Sie in jeder Auseinandersetzung stellen können,

(Lachen bei der AfD)

weil wir aus der Mitte des Parlaments heraus die Themen setzen, weil wir handlungsfähig sind und weil wir Sie hier eigentlich nicht brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir können dieses Land in Ordnung bringen, wir können die Politik richtig machen.

(Zuruf)

Das hat der Ministerpräsident heute gezeigt. Aber --

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe vor Kurzem gelesen, wie Sie hier in dem Hohen Haus Veranstaltungen durchführen und wie irgendein Referent, den Sie aus Österreich eingeladen haben,

gegen den Direktor des Bayerischen Landtags pöbelt. Das zeigt doch, dass Sie gar keinen Anstand haben. Entschuldigen Sie sich doch einmal!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Es ist doch alles so durchschaubar und eigentlich nur noch peinlich. Eigentlich sind Sie für unser Land peinlich, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich kann es nicht anders sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will mich beim Ministerpräsidenten und bei der Staatsregierung zunächst einmal bedanken, weil ich glaube, dass wir heute erlebt haben, was es heißt, ein Land in diesen Zeiten durch schwieriges Fahrwasser zu führen. In Zeiten, in denen wir merken, dass sich die Welt fundamental ändert, können wir froh sein, dass wir hier stabil sind und den Menschen auch eine stabile und gute Botschaft verkünden können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieser Haushalt ist eine gute, stabile Botschaft. In schwierigen Zeiten keine Schulden zu machen, ist tatsächlich einmalig. Ich glaube, diese Stabilität wissen die Menschen draußen auch zu schätzen. Jetzt seien wir einmal ehrlich: Die Damen und Herren von der Presse, die heute da oben sitzen, hatten wahrscheinlich in ihren Artikeln schon geschrieben, dass wir uns vom Stoiber'schen Erbe abwenden, dass wir Schulden machen müssen. Es war zu spüren, dass die Debatte sich auf das Thema Schulden konzentriert. Deswegen ist es gut, dass wir es in einem gemeinsamen Kraftakt geschafft haben, keine Schulden zu machen und doch viel Geld zu investieren und

auch in unserem Bereich zu reformieren und zu konsolidieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Investitionsquote liegt bei 17 % und die Personalquote inzwischen wieder unter 40 %. Das sind zwei Kernbotschaften. Wir investieren in die Zukunft. Mit Innovation stärken wir die Wirtschaft, und die Wirtschaft ist auch der Kern des Sozialstaats. Ohne Mittelstand, ohne Handwerk, ohne familiengeführte Unternehmen würde dieses Land nicht funktionieren; die brauchen Innovation, die brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, die brauchen die Wissenschaft an ihrer Seite, damit sie am Ende des Tages Steuern zahlen können, die dann wieder dazu dienen, dass wir uns den Sozialstaat leisten können. Deswegen ist die Botschaft richtig, dass wir in die Wirtschaft und in die Rahmenbedingungen investieren und an dieser Stelle niemanden alleinlassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich finde es auch richtig, dass wir Entscheidungen treffen. Der Staat muss zeigen, dass er handlungsfähig ist. Dieser Tage erleben wir doch, dass das Vertrauen in die Politik bei den Menschen nicht in einem Übermaß vorhanden ist, dass sie sich fragen: Kann der Staat handeln? Kann er die richtigen Weichen stellen?

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Kann er unsere Alltagsprobleme lösen? – Das sind doch die Fragen, die draußen gestellt werden. Wir handeln, und wir entscheiden.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Natürlich ist nicht jede Entscheidung einfach. Natürlich fällt nicht jede Entscheidung so aus, dass alle jubilieren; aber es ist wichtig, dass wir abwägen, und das haben wir getan, auch beim Kinderstartgeld. Da haben wir uns überlegt: Was müssen wir jetzt tun? – Wir müssen einen Haushalt haben, der stabil ist, investieren, aber auch die

Weichen für eine gute und richtige Betreuung stellen. Diese Entscheidung tragen wir jetzt auch, die kommunizieren wir auch und die verantworten wir auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man muss in schwierigen Zeiten dann auch einmal argumentieren, warum wir das gemacht haben. Natürlich muss man das erklären, und natürlich muss man mit den Menschen draußen im Dialog bleiben, die fragen: Warum muss denn das jetzt sein? – Das ist doch selbstverständlich. Es ist doch auch legitim, dass die Menschen draußen fragen: Hättet ihr das nicht doch anders machen können? – Aber nein. Du musst jetzt sagen: Es war an der Zeit, dass wir das jetzt tun mussten. – Wir werden auch bei anderen Themen diese Erklärungen weiter abgeben müssen.

Wir sprechen über ein Gehörlosengeld, von dem wir im Koalitionsvertrag geschrieben haben, dass wir "im Lauf der Legislaturperiode [...] den Einstieg in ein Bayerisches Gehörlosengeld an[streben]." Jetzt haben wir uns entschieden, dass es im Moment aus bestimmten Gründen nicht geht. Deswegen verabschieden wir uns doch nicht vom Sozialstaat, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Das "S" in unserer Partei ist ein Gütesiegel, und das wird es auch in Zukunft bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist nämlich notwendig, dass wir den Menschen auch da eine Botschaft vermitteln. Es darf nicht kälter werden in der Republik. Der Sozialstaat – der Ministerpräsident hat es gesagt – darf nicht "geschreddert" werden. – Nein, der Sozialstaat muss wieder auf den Kern zurückgeführt werden, und der Kern besteht darin, sich von der Lieferando-Mentalität – der Bürger bestellt, und der Staat zahlt alles – zu entfernen. Der Kern

besteht darin, den Menschen zu helfen, die der Hilfe bedürfen. Das müssen wir auch weiterhin tun, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dafür stehen wir als CSU auch ein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Moment ist es nicht einfach. Denken Sie an die Pflege, denken Sie an die Herausforderungen im Gesundheitswesen und an viele andere Fragen. Es ist nicht einfach. Es gibt auch keine einfachen Antworten auf diese Fragen. Trotzdem dürfen die Menschen erwarten, dass wir den pflegenden Angehörigen eine Botschaft geben, und die muss auch aus Berlin kommen.

Ich sage Ihnen ehrlich: Jeden Tag einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, was man abschaffen oder was man nicht tun sollte, hilft niemandem. Da muss jetzt einmal ein ganzheitliches Konzept zu den essenziellen Fragen, die die Menschen bewegen, vorgelegt werden. Das sind Alltagssorgen, die draußen am Frühstückstisch diskutiert werden. Das ist die Kinderbetreuung, aber auch die Pflegefrage, der Termin beim Arzt, das Krankenhaus, diese angeblich kleinen Themen, bei denen wir jetzt schauen müssen, dass wir den Politikwechsel, den wir in der Migration geschafft haben, auch dort hinbekommen, weil wir für die Menschen und nahe bei den Menschen Politik machen. Wir brennen dafür, dass es den Menschen besser geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dazu gehört natürlich auch, dass wir – und das tun wir in Bayern – dieses Land modernisieren. Diese vier Modernisierungs- und Beschleunigungsgesetze sind etwas ganz Wichtiges, weil wir nicht wieder nur darüber geredet haben, sondern weil wir es angepackt haben.

Es ist gesagt worden: Walter Nussel ist jeden Tag bei den Menschen draußen mit Praxischecks unterwegs und macht wirklich gute Aktionen; aber es ist so viel zu tun,

Walter, dass man dich wahrscheinlich mehrfach klonen müsste, damit es noch besser läuft.

Ich nenne auch Steffen Vogel, der mit der Enquete-Kommission in diesem Bereich unglaublich anschiebt, und natürlich auch Florian Herrmann, der nie lockerlässt und der sich auch keiner Idee verschließt. Wenn du mit Menschen redest, dann nützt es keinem etwas, wenn dir irgendjemand sagt, was nicht geht. Die DNA, die wir haben müssen, ist, den Menschen zu sagen, wie es geht und wie wir Dinge möglich machen, damit das Leben einfacher und unkomplizierter wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will ehrlicherweise auch keine Briefe aus irgendwelchen Behörden bekommen, wie es mir unlängst einmal passiert ist, die mir auf fünf Seiten erklären, warum etwas nicht funktioniert und als Höhepunkt – ich war einmal Bürgerbeauftragter wie Michael Hofmann und wie der Kollege Fackler – steht im Schlusssatz drin: Und im Übrigen sind wir auch nicht zuständig. – Das kann man schon machen, liebe Freunde; aber das wird den Menschen draußen nicht helfen.

Die Botschaft muss sein: Wir lösen dein Problem, wir setzen uns ein, jeden Tag, 24/7 dienen wir dem Land. – Das ist die Botschaft.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es auch so wichtig, mit der Modernisierung weiterzumachen. Wir dürfen nicht aufhören. Im Moment merken wir, dass sich die Welt verändert. Krisen sind da: Die Ukraine, der Krieg, der Druck, der draußen herrscht, Ängste, Sorgen, ja, auch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Das sind auf der einen Seite riesige Themen, die vieles bewegen werden. Auf der anderen Seite stehen jedoch Menschen, die vor diesen Entwicklungen Ängste haben. Institutionen haben keinen Wirkmechanismus mehr und können keine Orientierung geben. Morgen werden wir mit Kardinal Marx in unserer Fraktion über das Thema Kirchen als Orientierung sprechen. Klassische

Medien verlieren an bestimmten Punkten ihre Orientierungswerte. Deshalb ist es wichtig, aus den aktuellen Prozessen auch die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ziel einer Staatsmodernisierung muss sein, dass der Staat handlungsfähig ist und im Kern die Probleme der Menschen löst in einer Struktur, die einfach, durchschaubar, transparent und kommunikativ ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss das Ziel sein. Daran müssen wir auch in der Zukunft arbeiten.

Aus diesem Grund kann ich nur zusammenfassend sagen: Heute haben wir erlebt, dass wir in Bayern besser dastehen als viele andere Bereiche. Das sollten wir auch mal sagen. Es ist gut, dass wir heute dargestellt haben, wie Bayern in Deutschland und in Europa dasteht. Das kann sich schon sehen lassen. Lassen Sie uns das nach draußen kommunizieren. Mit Jammern alleine werden wir die Stimmung im Land nicht drehen. Wir brauchen eine gute Grundstimmung, damit die Menschen auch Zuversicht haben und positiv denken. Deshalb sollte man auch sagen, was gut läuft. Gleichzeitig sollten wir nicht aufhören, besser zu werden. Das ist doch die Botschaft. Wir stehen jetzt an einem Punkt mit einem guten Haushalt, hohen Investitionen, Innovation, Hightech und Zukunft. Wir haben aber auch den Sozialstaat im Auge. Jetzt geht es weiter. Die nächsten Jahre werden herausfordernd sein. Ich bin dankbar für alle, die an diesem Projekt mitarbeiten. Auch den engagierten Beamtinnen und Beamten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst will ich ein Dankeschön sagen für das, was sie jeden Tag leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke den vielen Ehrenamtlichen, die diesem Land ein Gesicht geben und nicht fragen: Was kann der Staat für mich tun? Stattdessen fragen sie: Wie kann ich mich einbringen? Das ist die Zukunftsgarantie für junge Menschen, die bei uns in der Fraktion entwickelt worden ist. Die Botschaften des Bayernjahres, des Gemeinwohls und des Engagements müssen wir draußen auch sichtbar machen und immer wieder darstellen.

An dieser Stelle passiert so viel. Draußen sind so viele stille Helden unterwegs, die sich tagtäglich einsetzen. Vielleicht nehmen wir sie gar nicht wahr. Sie packen einfach zu, helfen und setzen sich ein. Ich finde, das macht unser Land so großartig: die Menschen. Es gibt so viele tolle Menschen in diesem Land. Wir in der Politik haben die Verantwortung, diesen Menschen die richtigen Rahmenbedingungen zu geben, damit sie sich entfalten und entwickeln können und auch Spaß daran haben, sich weiter für dieses großartige Land einzusetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen werden wir nicht lockerlassen und uns auch mit aller Vehemenz dafür einsetzen.

Ich lade die Opposition ein, konstruktiv und nicht destruktiv mitzuarbeiten. Herr Kollege Grießhammer, ich habe mich heute gewundert, dass die SPD über eine Presseerklärung gefragt hat, warum der Ministerpräsident überhaupt eine Regierungserklärung abgibt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unsäglich!)

Das habe ich nicht ganz verstanden. Vielleicht erklären Sie es uns nachher. Ich finde es wichtig, dass der Ministerpräsident das tut und diese Punkte einmal zusammenfügt und erklärt. Leider ist Herr Kollege Schuberl heute nicht da. An dieser Stelle möchte ich heute mal ein Wort sagen. Wie dort gepostet und was von dort in der Öffentlichkeit dargestellt wird, hat mit Respekt vor dem Amt des Ministerpräsidenten nichts zu tun, aber schon gar nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß, es ist nicht immer einfach, das alles zu sehen. Ich muss das einfach ansprechen, weil mich das, ehrlich gesagt, aufregt. Wenn wir von Respekt im Umgang miteinander, zumindest der demokratischen Kräfte, reden, muss solches abgestellt werden. Das sage ich auch ganz deutlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen dieses Land gemeinsam gestalten. Zur Demokratie gehören eine starke Regierung und ein starker Ministerpräsident mit einer starken Staatsregierung aus Frauen und Männern, die dieses Land nach vorne bringen. Dazu gehören die Fraktionen, die gemeinsam guten Willens sind. An dieser Stelle will ich auch Florian Streibl danken, weil wir gemeinsam versuchen, vieles zusammenzuführen. Wir sind stabil in den Entscheidungen, die wir gemeinsam treffen. Wir wollen das, weil wir wissen, dass jetzt eine besondere Zeit ist. Es ist eine besondere Zeit, in der man auch besonders versuchen muss, Dinge gemeinsam miteinander nach vorne zu bringen. Das tun wir in einer großen Verantwortung, die wir für dieses Land spüren, damit Bayern stark, sozial und gerecht bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Gerd Manne das Wort.

**Gerd Manne (AfD):** Herr Holetschek, Sie haben von Wahrheit geredet. Jetzt sage ich Ihnen meine Sicht der Dinge. Ihre Rede ist völlig misslungen, und die Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsidenten Söder auch.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Ich sage Ihnen, warum. Sie sind vergleichbar mit Energie Cottbus, nicht mit Bayern München. Sie führen die dritte Liga, nicht die erste an, was die Wachstumsdynamik im internationalen Vergleich betrifft.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Plopp, plopp! – Michael Hofmann (CSU): Ein Goldfisch kann es besser!)

Sie haben das Land heruntergewirtschaftet – gescheiterte Energiewende, völlige Überbürokratisierung. Im Grunde genommen haben Sie auch die Sozialsysteme mit

der illegalen Migration ruiniert. Das wurde heute nicht angesprochen. Deswegen muss ich das jetzt ansprechen. Die Unternehmen stehen alle mit dem Rücken zur Wand. Jetzt frage ich Sie: Wann wollen Sie endlich die Probleme, die im Land wirklich dringend sind, anpacken? Ich habe nur Sonntagsreden gehört. Wann wollen Sie diese Probleme endlich anpacken?

**Klaus Holetschek (CSU):** Herr Kollege, ich weiß nicht, was Sie gehört haben und wo Sie die letzte Stunde waren.

(Gerd Mannes (AfD): Nur schönreden!)

– Ich habe Ihnen zugehört. Sie haben schon wieder reingeplärrt. Es ist immer dasselbe. Das muss man sagen. Ein bisschen Stil und Anstand gehören auch dazu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich die Rahmendaten an. Mit unseren Investitionen sorgen wir dafür, dass der Mittelstand, das Handwerk, Aufträge erhält. Wir versuchen, die Rahmenbedingungen in der Entbürokratisierung – –

(Widerspruch bei der AfD)

– Wenn Sie es nicht hören wollen, warum fragen Sie mich dann eigentlich?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kollegin Katharina Schulze.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Söder, ehrlich gesagt wundere ich mich, dass Sie nach dieser Rede noch auf Ihrem Stuhl sitzen und nicht von Engeln begleitet aus dem Saal schweben.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Wenn man Ihrer Lobeudelei so zuhört, könnte man fast meinen, der neue Heiland heißt Markus und Weihnachten ist vier Wochen früher. Dieses Mal gibt es keine Geschenke, sondern nur Durchhalteparolen und Kürzungen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Und Sie sind der Grinch!)

Von Ihnen habe ich jetzt viel "ich habe" und "ich will" gehört. Ich habe jedoch wenig darüber gehört, was Sie denn konkret verändern möchten. Wo sind Ihre Ideen und Ihre Visionen? Wo wollen Sie dieses Land hinführen?

(Widerspruch bei der CSU)

Sie haben eine Stunde geredet, merken aber nicht, was draußen im Land eigentlich los ist. Sie spüren nicht, wie viele Menschen gerade mit steigenden Preisen, mit Unsicherheit und mit dem Wunsch nach Verlässlichkeit kämpfen. Ein Beispiel ist die abrupte Streichung des Kinderstartgelds. Das ist ein Beispiel, woran man sieht, wie Sie Familien in einer schwierigen Lage im Regen stehen lassen. Erst als großes PR-Spektakel verkündet und dann einfach nur gestrichen!

(Michael Hofmann (CSU): Sie waren eine große Befürworterin des Ganzen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dann möchte ich Ihnen sagen, Herr Söder: Ich habe mich gestern mit einigen Initiatoren der Petition getroffen. Die haben mir von Familien berichtet, die mit diesem Geld gerechnet haben für Anschaffungen für ihre Kinder, für die Aufteilung ihrer Elternzeit, für die Kitakosten.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Sie sind scheinheilig!)

Diese Menschen, diese Familien wurden von der CSU allein- und im Stich gelassen. Das muss man so klar und deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Oberscheinheilig, Frau Kollegin!)

Ich finde es auch schade, dass Sie sie nicht persönlich getroffen haben. Heute wollten sie Ihnen die Petition übergeben. Ich finde, ein Ministerpräsident muss sich der Kritik auch mal direkt stellen. Das gehört eigentlich zur Größe in diesem Amt dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Immerhin haben über 200.000 Menschen in der Petition ganz klar gesagt: So geht man nicht mit Familien um. – Natürlich stehen wir als GRÜNE an deren Seite, weil wir für Verlässlichkeit stehen.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): PR-Arbeit macht ihr! Euch geht es um PR, nichts anderes! Scheinheilig bis dort hinaus!)

Wir möchten eine Übergangslösung, die einkommensabhängig gestaffelt ist, sodass die, die mit dem Geld geplant haben, dieses Geld auch noch bekommen. Genau dafür haben wir uns immer eingesetzt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Immer kritisiert! Immer dagegen gewesen! – Weitere Zurufe von der CSU)

Unterstützung für Familien muss einkommensabhängig finanziert werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Selbstverständlich braucht es mehr Geld im System. Aber die Streichung des Kinderstartgeldes schafft keinen einzigen neuen Kitaplatz, schafft auch keine neue Erzieherin! Sie stopfen damit nur die Lücken, die in diesem System sind. Wir bräuchten mehr Geld für die frühkindliche Bildung. Genau dafür stehen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich gebe Ihnen noch ein anderes Beispiel dafür, dass Sie nicht merken, was eigentlich in diesem Land gerade los ist: Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen günstigen Strom. Häuslebauer sind wütend, dass sie ihre neue Solaranlage nicht ans Netz anschließen können, weil Sie die Netze immer noch nicht gescheit ausgebaut haben. Dann kommen Sie mit den smarten Atomreaktoren daher, die teuer sind, noch nicht funktionieren und wo wir trotzdem die Atommüllproblematik haben.

Deswegen, Herr Söder, will ich Sie mal eine Sache fragen: Was haben die erneuerbaren Energien Ihnen denn getan? Warum können Sie sich nicht hierinstellen und sagen, ich möchte Bayern zum Vorreiter machen, ich baue noch schneller aus, ich sorge für die Leitungen, installiere Speicher, ich möchte uns zum Vorreiter machen? – Nein, Sie hängen an der Atomkraft, als wäre das das letzte Pferd, auf dem man reiten kann. Dabei wissen wir doch längst, dass die Bürgerinnen und Bürger die erneuerbaren Energien wollen, dass es funktioniert und dass wir diesen Pfad weitergehen müssen für bezahlbaren Strom und für den Klimaschutz! So einfach ist es!

(Beifall bei den GRÜNEN)

An einer anderen Stelle merken Sie auch nicht, was in diesem Land los ist. Sehr viele Menschen in der Automobilindustrie und bei den Zulieferbetrieben haben Sorge um ihren Arbeitsplatz.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Weil Sie die Automobilindustrie kaputt gemacht haben!)

Dann sagen Sie – Zitat –: Der Verbrenner ist das Symbol der Freiheit. – Das ist Ihr Zitat! Da schnackelt es doch bei einigen eindeutig, und sie fragen sich: Was macht dieser Ministerpräsident,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

wenn selbst der Audi-Chef sagt: Dieses Hü und Hott macht keinen Sinn. – Sie verunsichern mit diesen Aussagen die Kundinnen und Kunden. Sie helfen dadurch eben

nicht, dass die Technologie nach vorne geht, und vor allem liefern Sie uns dem aus, dass China in diesem Bereich weiter führend ist. Wenn man möchte, dass das Auto der Zukunft in Bayern gebaut wird, dann muss man auf Elektromobilität setzen und da die Weichen stellen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn!)

um nicht wieder zurückfallen. Da stellen Sie die Weichen falsch!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Blödsinn! – Weitere Zurufe von der CSU)

Dann habe ich mich kurz gefreut, weil Sie die Wichtigkeit von Klimaschutz erwähnt haben. Aber gleichzeitig verschieben Sie die Klimaneutralität nach hinten. Wenn das jemand hört, merkt doch jeder: Das kann man nicht mehr ernst nehmen. – Das muss man auch mal so klar und deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und, Herr Söder, Sie haben in Ihrer Rede wieder oft gesagt, wie toll Bayern ist. Das stimmt, ich lebe hier auch sehr gerne. Gleichzeitig haben Sie wieder diesen Vergleich mit anderen Bundesländern gemacht, dort sei es viel schlechter, zum Beispiel bei dem Thema Armut. Da möchte ich Ihnen mal zurufen: Die alleinerziehende Mutter, das armutsgefährdete Kind kann sich davon nichts kaufen, wenn Sie sagen, in anderen Bundesländern würde es ihnen noch schlechter gehen!

(Michael Hofmann (CSU): Bei uns sind es weniger!)

Es würde dann etwas nützen, wenn Sie zum Beispiel endlich mal ein kostenfreies Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler bereitstellen, damit kein Kind mit knurrendem Magen in der Schule sitzen muss!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Ihnen geht es bei uns besser als anderswo! Das ist unser Maßstab! – Weitere Zurufe von der CSU)

Das wären konkrete Maßnahmen gegen die Armut in unserem Land.

Das ist auch das, was ich mir heute von dieser Regierungserklärung eigentlich gewünscht hätte: eine Idee, wo es hingehen soll. Ich habe da eine ganz klare Haltung. Ich persönlich glaube: Verzicht ist nicht die Lösung. Wir brauchen viel mehr davon, was gut ist, und zwar, was gut ist für alle Menschen. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, wir brauchen ein Mehr an intakter Natur, wir brauchen mehr Kinderbetreuungsplätze, wir brauchen mehr gute Lebensmittel, eine starke Gesundheitsversorgung und erneuerbare Energien im Überfluss, weil all das für den Alltag der meisten Menschen wichtig ist!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das schaffen Sie überall dort, wo Sie schon regieren, in den anderen Bundesländern? Respekt!)

All das, Kolleginnen und Kollegen, sollte nicht knapp und teuer sein, sondern reichlich und bezahlbar.

Schauen wir uns nur mal den Bereich Wohnen an: Sie verkaufen weiter staatliche Grundstücke und Gebäude an die Höchstbietenden, statt günstige Wohnungen daraus zu machen. Dann wundern Sie sich, dass die Mieten steigen. Oder Ihre viel gelobte BayernHeim, die nicht mal die selbstgesteckten Ziele an bezahlbarem Wohnraum erreicht. Das, was Sie machen, ist doch keine Wohnungspolitik – das ist ein Verwalten des Status quo. Aber Sie zeigen nicht, dass Sie es wirklich ernst meinen und das Thema Mietproblematik und teurer Wohnraum angehen wollen. Da braucht es stärkere Investitionen von Ihrer Seite, mehr staatlichen Wohnungsbau anstatt weniger. Von Ihnen haben wir heute dazu nichts gehört!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dieses "Mehr", das für alle gut ist, ist doch in der heutigen Zeit auch deswegen so wichtig, weil viele Menschen Ängste haben und weil wir Demokratiefeinde auch in diesem Parlament haben, die uns erzählen wollen, dass unser Staat nicht

mehr funktioniert. Wir brauchen doch deswegen eine Bayerische Staatsregierung, die zusammenführt, einen Ministerpräsidenten, der Mut macht und aufzeigt, wo es mit diesem Land hingehen könnte,

(Thomas Huber (CSU): Hat er doch heute gemacht!)

und einen, der verlässlich in seiner Politik ist!

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Warum schreien Sie denn dauernd so?)

Das ist doch entscheidend, und das ist etwas, was wir brauchen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin – Johannes Becher (GRÜNE): Das sind ja nur Zwischenrufe von euch! In einer Tour Zwischenrufe, Wahnsinn!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Wenn jetzt alle etwas ruhiger sind, dann verstehen wir auch die Rednerin!

(Anhaltende Unruhe)

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Ich persönlich finde es ehrlich gesagt schade, dass Deutschland nicht mehr so viel über den Erfindungsreichtum aus Bayern spricht, sondern mehr über die Instagram-Posts eines Ministerpräsidenten. Das ist ein Image und ein Bild, von dem ich denke, dass der Ministerpräsident es nicht weiter so aufrechterhalten sollte. Bayern, das Land der Ideen, ist degradiert zum Land der Wurstfotos. So geht Zukunft auch nicht, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für eine Sache bin ich Ihnen dankbar: Ich bin dankbar für Ihre klaren Worte gegen die Demokratiefeinde – auch hier in diesem Parlament.

(Zuruf von der AfD: Wo denn?)

Gleichzeitig, Herr Söder, möchte ich Ihnen zurufen: Seit Ihrem Amtsantritt haben sich die Werte der AfD verdoppelt.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wahnsinn! Und Sie sind unschuldig daran?)

Es reicht also nicht, nur verbal zu formulieren, dass man das nicht möchte, sondern wir alle müssen dagegen arbeiten. Deswegen kann ich Sie nur noch mal ermuntern: Lassen Sie uns zusammen die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens auf den Weg bringen. Wenn unser Rechtsstaat angegriffen wird, dann müssen wir Zähne zeigen! Das steht in unserer Verfassung, das steht im Grundgesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum nutzen wir diese Option nicht? Da sind wir GRÜNE auf jeden Fall mit dabei.

Auch beim Thema Haushalt haben wir GRÜNE einen klaren Ansatz.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Mehr Schulden!)

Das Geld muss in Grundversorgung und in Innovation fließen, nicht in Prestige und PR. Ja, das Geld ist knapper geworden, auch in Bayern. Deswegen braucht Bayern klare Prioritäten für die kommenden Jahre und nicht nur für die nächste Pressemitteilung.

Für uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt das konkret: Wir brauchen mehr Investitionen in Kinder und Bildung; denn das nächste Wirtschaftswunder beginnt in der Kita. Wer in diesem Bereich spart, der verschiebt die Zukunft aufs Morgen. Es gibt viele Optionen, wie wir Familien, Kinder und Jugendliche stärken können. Wir können zum Beispiel dafür sorgen, dass es ein kostenloses Mittagessen in den Schulen gibt, dass es ein Deutschlandticket für alle Jugendlichen gibt, damit man nicht mehr auf das Mama-Taxi angewiesen ist, dass wir das Elterngeld erhöhen, wenn sich die Eltern die Betreuung partnerschaftlich aufteilen, dass es ein Recht auf Vorschule gibt, damit

die Jüngsten den bestmöglichen Start ins Leben haben. Das sind alles Dinge, die man machen kann, um diesem Land, um den Kleinsten dort zu zeigen: Ihr müsst nicht nur die Lasten tragen, sondern wir investieren in euch. Darauf setzen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite wichtige Punkt ist, den Umwelt- und den Klimaschutz ernst zu nehmen. Ein Haushalt ohne echten Umwelt- und Klimaschutz ist ein Haushalt gegen Bayerns Zukunft. Jeder Euro, der hier fehlt, jeder Euro, der hier nicht investiert wird, bedeutet einen Rückschritt für unsere Lebensqualität. Ein ganz konkretes Beispiel könnte doch Folgendes sein: Klimaschutz muss Geld zurück in die Taschen der Menschen bringen. Deswegen braucht es endlich das soziale Klimageld – direkt, einfach und gerecht. Warum machen wir denn so etwas nicht in Bayern?

(Petra Guttenberger (CSU): Warum schreien Sie eigentlich so?)

Warum geben wir denn nicht den Menschen, die sich klimafreundlich bewegen, auch etwas Finanzielles zurück? Dadurch würden wir eine Win-win-Situation schaffen. Da könnte Bayern vorangehen. Das wäre doch mal eine Idee, eine Zukunftsvision für dieses Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das andere Thema betrifft das saubere Heizen. Sie führen weiterhin Ihren Kampf gegen die Wärmepumpe, obwohl in Bayern die meisten Wärmepumpen eingebaut werden, obwohl die Menschen in Bayern wissen, dass es nicht sinnvoll ist, sich in den Keller eine Kostenfalle einzubauen. Und jetzt sagen Sie, dass diese Förderung gestrichen werden soll, statt den Heizungsumtausch weiterhin sozial gestaffelt zu fördern? Angesichts dessen frage ich mich: Wohin sind Sie eigentlich unterwegs? Wollen Sie jetzt Klimaschutz? Dann müssen Sie in diesen investieren. Wenn Sie ihn nicht wollen,

dann gehen Sie Ihren Weg gern weiter. Das bringt uns aber als Gesellschaft nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als GRÜNE wollen wir Innovation und Wirtschaft fördern. Wir wollen nachhaltige Investitionen statt kurzfristige Prestigeprojekte; denn wir wissen: So sichern wir Arbeitsplätze, Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Uns ist es wichtig, den Fokus mehr auf die Förderung von Green Start-ups zu richten. Dadurch würde sich für sie die Möglichkeit verbessern, an Kapital zu kommen. Unser Ziel muss doch sein: Das nächste Green-Tech-Unicorn kommt aus Bayern! Das wäre mal eine Vision, das wäre mal eine Idee. Dort sollte es hingehen!

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Kein Beifall!)

Der vierte Punkt ist natürlich, die Kommunen zu sichern. An dieser Stelle möchte ich Sie loben: Wir GRÜNE freuen uns sehr, dass Sie unserem Vorschlag der Kommunalmilliarde gefolgt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Seit Monaten, ja seit Jahren tragen wir dieses Thema vor uns her, weil wir wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kommune am einfachsten erkennen, ob der Staat funktioniert.

Unsere Kommunen stehen mit dem Rücken an der Wand – mit dem Rücken. Deshalb ist es gut, dass sie mehr Geld bekommen. Und es ist gut, dass das, was wir gefordert haben, nämlich mindestens zwei Drittel des Sondervermögens des Bundes den Kommunen zugutekommen zu lassen, umgesetzt wird. Das finden wir richtig, das finden wir gut, und dafür gibt es auch einen Applaus von uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig kennen wir ja Ihre Haushaltsrituale: heute verteilen, morgen zurückziehen. Deswegen können Sie sich ganz sicher sein: Wir GRÜNEN werden ganz genau hinschauen, dass die Kommunen ihr Geld bekommen – und vor allem, dass es im Anschluss nicht rückabgewickelt wird.

(Lachen bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Als ob die Kommunen einmal ihr Geld nicht bekommen hätten!)

– Ich weiß, warum Sie lachen: weil Sie sich ertappt fühlen.

(Lachen der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Sie merken ja selbst, dass Sie eine Haushaltspolitik machen, die sich an Stimmungslagen orientiert. Sie pendeln immer zwischen den Extremen: Erst hören wir, wir seien das sparsamste Land. Dann sind wir wieder das Land mit den höchsten Ausgaben.

(Michael Hofmann (CSU): Das hat so kein Mensch gesagt! Es geht um Investitionen!)

Wissen Sie, wohin dies geführt hat? – Dass wir hier Planlosigkeit und einen Investitionsstau haben. Sie sind stolz auf die Schuldenfreiheit? – Das hat dazu geführt, dass wir marode Brücken, geschlossene Schwimmbäder und Schulen, in die es hineinregnet, haben.

Gleichzeitig sagen Sie, Herr Söder, Sie seien stolz, daran mitgewirkt zu haben, dass der Bund Schulden macht. Daran erkennt man doch: Irgendwie passt das, was Sie an verschiedenen Stellen sagen, nicht zusammen.

Wir GRÜNEN sagen klar: Schulden nur dann, wenn diese Mittel investiert werden! Wir müssen jetzt investieren, damit auch die nachfolgenden Generationen hier noch gut leben können. Das ist unser Mantra.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wahrscheinlich gab es schon lange keine Bayerische Staatsregierung mehr, die in einer so unruhigen Welt dazu verdammt war, das Richtige zu tun. Ich weiß, dass das nicht einfach ist. Und Sie wissen, dass wir immer bereit sind, inhaltlich mit Ihnen zusammenzuarbeiten, wenn es fachlich passt.

Vor allem haben Sie bei der Verteidigung der Demokratie mit uns immer einen Partner an der Seite. Wir würden uns aber freuen, wenn von Ihnen mehr als verbale Aufgeschlossenheit käme. Wir sollten ein wirkliches Miteinander finden und gemeinsam an Themen arbeiten. Die Welt und unsere Gesellschaft haben das nötiger denn je.

In meinen Augen müssen wir in der heutigen Zeit zwei Dinge tun: verteidigen, was gut ist – und das ist einiges in diesem Land –, und erneuern, was besser werden muss; auch da gibt es einiges zu tun. Dafür braucht es in Bayern Mut, Klarheit und Verantwortungsgefühl. Ich bin davon überzeugt, wir können das in Bayern besser. Und vor allem müssen wir es in Bayern besser machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen drei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt vom Kollegen Alexander Hold.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Liebe Kollegin, irgendwann haben Sie doch noch die Kurve bekommen und über einen verantwortungsvollen Haushalt gesprochen. Sie haben richtig gesagt – einen richtigen Satz habe ich dann doch gefunden –, dass es vor allem um Investitionen gehe. Investitionen sind aber das Gegenteil von konsumtiven Ausgaben. Letztere sind zum Beispiel Ausgaben für Essen oder Ähnliches.

Damit sind wir beim Schulmittagessen. Sie verdienen ja nicht wirklich schlecht; das wissen wir alle. Der Vater Ihrer Kinder verdient, glaube ich, auch nicht besonders schlecht. Sind Sie wirklich der Meinung, dass Ihre Kinder, wenn sie in die Schule kommen, täglich ein kostenloses Schulmittagessen brauchen? Und kommen Sie mir jetzt nicht mit dem Hinweis auf Investitionen in Bildung. Ehrlich gesagt, wenn mit der

Gießkanne solche Leistungen auch an Besserverdiener verteilt werden, erhöht das nicht die Bildungschancen. Sind Sie der Meinung, dass Ihre Kinder, wenn sie mal in die Schule kommen, ein kostenloses Schulmittagessen brauchen?

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Claudia Köhler (GRÜNE):  
Sieben Jahre Familiengeld!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Frau Kollegin Schulze.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Ich bin auf jeden Fall dafür, dass wir in den Schulen Kindern und Jugendlichen wieder die Wichtigkeit von gutem Essen nahebringen und dass sie auch kochen können

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Nicht ausweichen!)

– nein, ich weiche nicht aus; ich möchte es nur herleiten; lieber Herr Hold, vielleicht hören Sie mir kurz zu –, weil das in Zukunft ebenfalls eine Schlüsselqualifikation sein wird.

Ich möchte auch, dass unsere Landwirtinnen und Landwirte einen sicheren Absatzmarkt haben. Wenn wir eine klare Quote haben, dass von den Schulen soundso viele Biolebensmittel abgenommen werden, dann haben wir ein Win-win: Es profitieren nicht nur die Kinder in der Schule, sondern auch die Landwirtinnen und Landwirte.

Und selbstverständlich sind wir GRÜNEN gesprächsbereit, wenn Sie Interesse daran haben, mit uns gemeinsam unseren Gesetzentwurf besser zu machen. Man könnte sich eine Komponente im Sinne einer einkommensabhängigen Staffelung überlegen – so, wie wir es in vielen anderen Bereichen regelmäßig machen; das zeigen auch unsere Anträge. Wir sagen: Starke Schultern müssen mehr tragen, und schwache müssen mehr unterstützt werden! – Das ist unsere Philosophie.

Aber eines ist klar: Es darf nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Kinder gehören in den Fokus, und dafür muss auch Geld in die Hand genommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Kristan von Waldenfels.

**Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU):** Frau Kollegin, in der Begründung Ihres Änderungsantrags zum Doppelhaushaltsgesetzentwurf 2017/2018, Drucksache 17/14286, auf dem Sie selbst als Miteinbringerin benannt werden, heißt es:

"Das Betreuungsgeld ist [...] das Gegenteil einer zeitgemäßen und modernen Familienpolitik."

Und weiter: Wir brauchen "ein bedarfsdeckendes Angebot" an öffentlich geförderten Betreuungsplätzen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das war das Familiengeld! Das war ja etwas ganz anderes! Thema verfehlt!)

Haben Sie Ihre Meinung jetzt nur geändert, um dieser Regierungskoalition widersprechen zu können?

(Claudia Köhler (GRÜNE): Optionales Familiengeld! Thema verfehlt!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Frau Kollegin.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Nur ganz kurz: Sie reden über das Familiengeld, ich rede über das Kinderstartgeld.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben immer schon gesagt: Wir müssen in die Betreuungsstruktur investieren. Und vor allem kann man so nicht mit Familien umgehen. Es geht um Verlässlichkeit und um Planbarkeit. Wir haben jetzt das Jahr 2025 und nicht das Jahr 2017.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist für viele Menschen mit unterem oder mittlerem Einkommen finanziell keine leichte Situation.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jetzt, sechs Wochen, bevor die Familien zum ersten Mal das Geld überwiesen bekommen hätten, streichen Sie es. Ich finde einfach, so geht man mit Familien nicht um.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wissen Sie echt, wovon Sie reden?)

Deswegen gab es von uns den Vorschlag, eine Übergangsregelung zu treffen. Sie haben es vielleicht mitbekommen; uns geht es um eine Übergangsregelung. Auch wir sind natürlich der Meinung, dass in die Infrastruktur investiert werden muss. Dennoch darf man Familien nicht im Regen stehen lassen, wenn man etwas anderes versprochen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die dritte Zwischenbemerkung kommt von Kollegin Ramona Storm.

**Ramona Storm (AfD):** Sie haben sich ja vorhin so geäußert, dass es am besten sei, die AfD zu verbieten. Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, warum die Zustimmung zu uns immer höher wird und die zu Ihnen immer weniger, woran das wohl liegen mag? Wir könnten Ihnen das genau erklären.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte, Frau Kollegin Schulze.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Ja, es würde mich sehr interessieren, wie viel finanzielle Unterstützung Sie von anderen Staaten bekommen,

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD: Ah!)

wie Sie die digitalen Medien dazu nutzen, um Ihren Hass und Ihre Hetze in die Breite der Gesellschaft zu tragen. Ich kann nur ganz klar sagen: Die AfD möchte Chaos und Krawall stiften. Sie haben kein Interesse daran, unsere Demokratie weiterzuentwickeln.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie sind eine Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Deswegen ist es die Pflicht jeder Demokratin und jedes Demokraten, sich hier unterzuhaken, unsere Institutionen zu stärken und zu investieren – in die Sicherheitsbehörden, in die Prävention, in die Stärkung unseres Zusammenlebens. Vor allem ist eine gute Politik zu machen, die die Probleme, die es dort draußen gibt, löst. Das ist unsere Aufgabe, aber nicht, auf die Rattenfänger der Demokratiefeinde hereinzufallen. Dafür stehen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt hoffe ich, dass wir wieder etwas ruhiger werden, damit man die Redner auch verstehen kann. Jetzt hat der Kollege Florian Streibl das Wort für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Dann versuche ich, wieder etwas Ruhe hereinzu bringen. Aber eines muss ich schon sagen, liebe Katharina Schulze: Du zeigst da ein Bild von Bayern, bei dem einfach nur schwarzgemalt wird. Ich frage mich dann, warum es in den sieben Bundesländern, in denen die GRÜNEN mitregieren, schlechter als in Bayern ist. Warum ist es so, wenn es dort, wie Sie immer sagen, so toll ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Wünsch-dir-was wird aufgezeigt, ohne zu sagen, wie man es finanzieren will. Man muss Geld erst erwirtschaften, wenn man es ausgeben will. Den Sozialstaat muss man sich auch leisten können. Dafür ist eine funktionierende, starke Wirtschaft notwendig. Die haben wir Gott sei Dank in Bayern dank unserer Staatsregierung, die daran arbeitet und bei der Energie einer der Grundpfeiler der Wirtschaft ist.

Ich möchte an dieser Stelle der Staatsregierung danken, ganz besonders auch Ihnen, Herr Ministerpräsident. Es ehrt mich, wenn Sie auf meinem Stuhl Platz nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Allgemeine Heiterkeit)

Wir können ja beizeiten einmal tauschen.

(Allgemeine Heiterkeit – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Versuchen Sie es!)

– Jetzt wäre frei.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Versuchen Sie es! Einfach versuchen!)

Bei aller Wertschätzung, es zeigt, wie gut wir zusammenarbeiten. Diese Bayernkoalition ist eine gute Wahl. Nachdem ich jetzt die Rede von dir, liebe Katharina Schulze, gehört habe, kann ich mir nicht so richtig vorstellen, wie das mit dir und Klaus Holetschek funktionieren sollte.

Wir packen an, wir machen Bayern, und das in einer schweren und herausfordernden Zeit. Die Zeiten sind nicht leicht. Wir alle spüren es Tag für Tag: Wir leben in einer Zeit des Wandels, einer Zeit der Brüche, einer Zeit, in der alte Gewissheiten nicht mehr bestehen. Die Welt scheint sich schneller zu drehen, Konflikte rücken immer näher. Viele Menschen auch bei uns im Land fragen sich: Wie geht es weiter mit uns? Wie geht es weiter mit unserem Land, mit unserem Freistaat?

Genau in solchen Momenten ist es wichtig, dass wir uns erinnern, wer wir sind und was uns stark macht. Bayern ist ein Land, das schon immer aus seiner Tradition und Geschichte Kraft geschöpft hat und das zugleich nie stehen geblieben ist. Wir

sind das Land der Erfinder, der Tüftler, der Landwirte, der Unternehmer, der Ehrenamtlichen und der Familienmenschen. Wir sind Menschen, die anpacken, wenn es darauf ankommt, und die zusammenhalten, wenn es schwierig wird.

Meine Damen und Herren, Bayern, das sind wir alle, alle, die daran mitarbeiten, dass dieses Land stark und gut wird. An sie richte ich meinen Dank. Machen wir weiter so!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sind als Bayern nicht irgendeine ferne Behörde, ein gesichtsloser Staatsapparat, sondern Menschen, die in Schulen, Rathäusern, Krankenhäusern, Polizeistationen, Landratsämtern, Ministerien und auch in der Staatskanzlei Verantwortung übernehmen. Meine Damen und Herren, ein Staat, der funktioniert, ist kein Selbstläufer. Er ist der Ausdruck gemeinsamer Werte: Gerechtigkeit, Solidarität, Mut und Ehrlichkeit. Er ist ein Staat, der auf einem Menschenbild fußt, das Freiheit garantiert und die Würde jedes Einzelnen schützt. Wir müssen uns immer wieder daran ausrichten und unseren Kompass neu justieren, damit wir diese Werte immer wieder erkennen.

Lieber Klaus, es ist schön, wenn du morgen den Kardinal in deiner Fraktion zu Besuch hast. Wir waren letzte Woche in Rom und haben mit zwei Kardinälen geredet. Wir richten uns also alle hier ganz gut aus.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Es nützt ja nur nichts! – Klaus Holetschek (CSU): Habt ihr gebeichtet?)

– Nein, wir haben gebetet, auch für die Staatsregierung gebetet, dass man da ab und zu einmal ein Stoßgebet nach oben schickt. – Wir dürfen und können stolz auf das sein, was Bayern ausmacht. Leben und leben lassen macht Bayern aus. Das ist unser Grundkonsens.

Ja, wir stehen vor großen Herausforderungen: dem Klimawandel, der digitalen Transformation, der Frage nach bezahlbarem Wohnen und nach Sicherheit, natürlich nicht

zuletzt vor einer nach wie vor angespannten Wirtschaftslage, dem demografischen Wandel. Aber Bayern hat schon oft gezeigt: Wir können Wandel gestalten, mit Fleiß und mit Herzblut. Wir waren nie ein Land, das den Kopf hängen lässt. Wir sind ein Land, das anpackt und die Kraft hat, immer wieder neue Wege in die Zukunft zu gehen. Genau das bilden wir in unserem aktuellen bayerischen Doppelhaushalt ab, meine Damen und Herren.

Unsere Vorstellung ist klar: ein Bayern, das in Bildung investiert, nicht nur in Beton, sondern in Köpfe und Herzen; ein Bayern, das Innovation zulässt, Forschung fördert und Mut zur Veränderung macht; ein Bayern, das im Alltag, im Beruf, im sozialen Zusammenhalt Sicherheit bietet; ein Bayern, das klimaneutral wird, ohne seine Wirtschaftskraft zu verlieren; ein Bayern, das modern ist, aber seine Wurzeln kennt und weiß, dass diese Wurzeln uns Kraft geben. Wir wollen einen Freistaat, der Tradition und Fortschritt miteinander verbindet, in dem Heimat nicht Rückschritt heißt, sondern in dem Heimat eine Richtung gibt; ein Bayern, das digital denkt und menschlich handelt, in dem Handwerk genauso Zukunft hat wie Hightech, in dem Kinder aus jeder Familie die besten Chancen haben, egal, ob sie in München oder in Würzburg aufwachsen oder von einem kleinen Dorf kommen, ein Bayern, in dem wir nicht Angst vor der Zukunft haben, sondern diese Zukunft mutig gestalten. Dafür steht unsere Bayernkoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN.

Dafür steht dieser Doppelhaushalt, meine Damen und Herren. Hier an dieser Stelle Danke an alle, die an diesem Doppelhaushalt mitgewirkt haben: an den Ministerpräsidenten, an Hubert Aiwanger, aber auch an dich, Klaus – wir waren dabei –, und an die haushaltspolitischen Sprecher Bernhard Pohl und Josef Zellmeier. Ein Dankeschön auch an den Finanzminister, der zwar immer herausfordernd ist, aber in guten Gesprächen bringen wir alles gut auf den Weg und finden Einigungen. Es ist eine große Kraft dieser Koalition, dass wir in schwierigen Zeiten einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können und uns in vielen Gesprächen immer mehr annähern. Das zeigt, dass wir eine starke Koalition für ein starkes Land sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber wir dürfen bei alledem nicht vergessen: Dieses Bekenntnis für die Zukunft, dieser Spirit muss auch draußen bei den Menschen und den Unternehmen ankommen. Wir brauchen mehr Mut und mehr Zuversicht. Dafür brauchen wir auch ein modernes, neues Staatsverständnis nach innen und nach außen. Auch auf diesen Weg machen wir uns. Die Menschen müssen wieder erleben, dass der Staat nicht lähmt, sondern etwas ermöglicht; er fördert und bevormundet nicht; vor allem vertraut er und misstraut nicht. Wir brauchen so viel Staat wie nötig, aber so wenig wie möglich, meine Damen und Herren.

Wir können und müssen den Menschen in unserem Land wieder mehr zutrauen. Dazu gehört auch, dass wir eine neue Fehlerkultur brauchen. Mut und Leistungsbereitschaft müssen sich auszahlen. Ein moderner Staat und eine moderne Gesellschaft müssen Fehler zulassen und aus ihnen lernen. Wer Angst vor Fehlern hat, trifft keine Entscheidung mehr, und wer keine Entscheidung mehr trifft, bewegt sich nicht. Das ist der allergrößte Fehler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir müssen wieder lernen, nicht nur Ergebnisse zu zählen, sondern Mut zu Neuem zu fassen, Neues zu tun, wieder zu handeln und nicht zu blockieren. Dies gilt für die Verwaltung genauso wie für Unternehmen und Gemeinderäte. Ein Haushalt muss – egal ob auf Bundes- oder auf Länderebene – immer in Generationen und nicht nur in Legislaturperioden gedacht werden. Das ist zumindest unser Anspruch als Regierungsfraktionen, als Stimme der Kommunen hier im Landtag, hier, wo wir alle Stimme der Menschen sind.

Als Staatsregierung müssen wir auf aktuelle Herausforderungen reagieren und Dinge nachjustieren. Ein moderner Staat muss nicht nur immer mehr Geld ausgeben, er muss vor allem klüger investieren und besser koordinieren.

Ja, wir müssen leider auch sparen. Ja, wir müssen Prioritäten setzen. Für uns als Bayernkoalition ist eine große Priorität, nicht zuzulassen, dass der Jugend die Zukunft verbaut wird und ihr Schulden mitgegeben werden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass es dann nicht nur gute und frohe Botschaften gibt. Es sind aber die richtigen und die ehrlichen Botschaften, wenn man sagt, man muss auch einmal sparen. Man kann nicht immer nur aus dem Füllhorn nehmen. Einiges, was in besseren wirtschaftlichen Zeiten ging, geht nun halt nicht mehr. Wir müssen uns deswegen wieder anstrengen und die Wirtschaft voranbringen.

Glauben Sie mir: Uns sind diese Entscheidungen, die wir als Koalition getroffen haben, nicht leichtgefallen. Aber das heißt eben auch, Verantwortung zu übernehmen und Verantwortung zu tragen.

Natürlich kann von uns niemand im Detail voraussehen, was die Zukunft bringt. Wenn wir aber das Wagnis der Öffentlichkeit eingehen, so können wir alles dafür tun, dass wir die Zukunft für uns und für Bayern gestalten können. Wenn wir vertrauen anstatt Zweifel zu säen, dann bleibt Bayern, was es immer war: ein Land des Mutes, der Tatkraft und der Zuversicht.

Wir können auf dieses Land mit Recht stolz sein. Wir können stolz darauf sein, dass wir an diesem Land mitgestalten und mitbauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Wort noch an all jene, die keinen Mut und keine Zuversicht haben, die alles negativ sehen und meinen, das Haar in der Suppe gefunden zu haben, obwohl sie einen Festtagsbraten vor sich stehen haben; an jene, die lieber spalten als Brücken bauen. Ich sage zu Ihnen: Bitte haben Sie den Mut und die Kraft, wieder das Positive zu sehen. Legen Sie die asozialen Medien weg, und Sie werden erkennen, dass die Sonne wieder heller scheint!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie sich nicht von Angst, Misstrauen, Neid und Missgunst vergiften; denn dann verwandeln Sie und wir die Welt und unser Bayern in eine Wüste.

Realität ist aber, dass wir hier in Bayern nach wie vor in einer Oase leben, die dank der Menschen hier im Freistaat geschaffen wurde. Wir verteidigen sie am besten, indem wir den Mut haben, diesen Ort als gigantische historische Errungenschaft zu erkennen; indem wir den Mut haben, diesen Ort weiter zu stärken und in die Zukunft zu führen; indem wir aber auch allen, die aufrichtig, ehrlich und fleißig am Ausbau und am Erhalt unseres Landes mitarbeiten, in Bayern eine Heimat bieten. Das sind jene, die das Gestern und Morgen im Heute positiv verbinden und damit Baumeister eines Ortes der Einigkeit, des Rechts und vor allem der Freiheit werden. – Danke, meine Damen und Herren, Gott mit uns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Böhm.

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Streibl, Sie haben in Ihrer Rede vollkommen zu Recht den demografischen Wandel angesprochen. Demografischer Wandel ist kein Phänomen, das über Nacht auftritt, sondern ist über Dekaden zu beobachten. Demografischer Wandel führt dazu, dass zu wenig junge Beitragszahler da sind und die Regierung unter dem Kanzler der zweiten Wahl die Legislaturperiode wahrscheinlich nicht überleben wird.

Was hat Sie als FREIE WÄHLER hier in Bayern dazu bewogen, das Kinderstartgeld ausfallen zu lassen, die einmal gefassten Beschlüsse zu revidieren und sich gegen Kinder und gegen bayerische Familien auszusprechen? Was waren dafür die Gründe?

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Die Gründe dafür sind, dass man einen Euro nur einmal ausgeben kann und dass wir verantwortlich wirtschaften. Wir sind der Meinung, das Geld ist besser in die Struktur investiert, als es mit der Gießkanne zu verteilen.

Allein Ihre Frage zeigt, dass die AfD für dieses Land wirtschaftlich untragbar ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD –  
Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner für die SPD-Fraktion: Fraktionsvorsitzender Holger Grießhammer. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

**Holger Grießhammer (SPD):** Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Herr Ministerpräsident, Sie haben heute – zwei Wochen vor der eigentlichen Haushaltsdebatte und bevor der Entwurf des neuen Doppelhaushalts für 2026/2027 dem Parlament überhaupt vorliegt – eine Regierungserklärung zur Haushaltspolitik gehalten. Das ist mehr als ungewöhnlich, und es wirft Fragen auf.

Geht es wirklich um eine große politische Perspektive für Bayern? Oder geht es darum, die misslungene Kommunikation der Eckpunkte zum Doppelhaushalt 2026/2027 nachträglich zu korrigieren? Wollen Sie beruhigen, nachdem Sie Familien und Beamtinnen und Beamte vor den Kopf gestoßen haben?

Diese Rede zur Haushaltspolitik war nicht nur an sich ungewöhnlich. Der Ministerpräsident hat darüber hinaus bereits in der vergangenen Woche einen bemerkenswerten Gedanken geäußert: Ein ausgeglichener Haushalt sei ein Beitrag gegen Radikale, die schwarze Null ein Bollwerk gegen Extremismus.

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie mir einen historischen Hinweis: Ein Blick zurück zum Anfang der 1930er-Jahre zeigt, dass rigorose Haushaltspolitik kein Mittel gegen Nazis ist, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Völliger Blödsinn, wirklich völliger Blödsinn!)

Was Menschen wirklich überzeugt und Vertrauen in die Demokratie stärkt, ist nicht die schwarze Null als Selbstzweck. Es ist handlungsfähige Politik, die gestaltet, investiert, Probleme löst und nicht schafft. Es ist eine Politik, die zeigt: Der Staat ist für die Menschen da.

Bayern hat die finanziellen Möglichkeiten dazu in einem Maße wie kaum ein anderes Land in Deutschland. Das ist heute schon öfter angesprochen worden. Schauen wir uns doch die Fakten an: Bayern stehen über zwölf Jahre verteilt 15,7 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes zur Verfügung. Die Steuerschätzung für 2025 ist positiv; es gibt mehr Steuereinnahmen als im Staatshaushalt ausgewiesen. Für 2026/2027 ist die Steuerschätzung mit gegenüber der Finanzplanung zusätzlichen 1,5 und 1,8 Milliarden Euro ebenfalls positiv. Für Bayern besteht die Möglichkeit zur strukturellen Nettokreditaufnahme. Jährlich wären über 2 Milliarden Euro möglich. In der Rücklage liegt immer noch ein Milliardenbetrag.

Mit anderen Worten: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage ist nicht, ob Bayern gestalten kann, die Frage ist: Warum tut diese Staatsregierung es nicht?

Die zentrale Botschaft muss lauten: Bayern investiert. Bayern gestaltet. Bayern kann. Staatsregierung und Regierungsfraktion müssen nur wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt weitere Möglichkeiten: Streichen Sie die Fraktionsreserve der Regierungsfraktionen von 100 Millionen Euro pro Haushaltsjahr. Schaffen Sie 1.000 zusätzliche Stellen in der Steuerverwaltung; denn wenn alle fair ihre Steuern zahlen, dann kommt genug Geld in den Staatshaushalt. Dafür sorgen Betriebsprüferinnen, Steuerfahnder und Kontrolleure. Sie holen das Geld herein, das uns heute fehlt. Das ist gerechter, als bei Familien oder beim öffentlichen Dienst zu sparen. Besonders absurd wird es bei der Schuldentilgung. Die Staatsregierung plant, jährlich 50 Millionen Euro zu tilgen, bei einem Schuldenstand von 37 Milliarden Euro. Rechnen Sie selbst nach: Bei diesem Tempo wäre Bayern in 740 Jahren schuldenfrei, im Jahr 2766.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Das ist keine ernsthafte Haushaltspolitik, das ist reine Symbolpolitik.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Ihr wollt doch noch mehr Schulden machen! Das ist ja lächerlich! – Volkmar Halbleib (SPD): Die Rechnung stimmt!)

Aber diese Staatsregierung hat sich für diesen Weg entschieden, und sie hat damit ohne Not landespolitische Konflikte vom Zaun gebrochen. Es ist ein Haushalt gegen Beamtinnen und Beamte. Die Anpassung der Besoldung wird um sechs Monate verschoben. Das ist ein klarer Vertrauensbruch gegenüber jenen, die jeden Tag für unser demokratisches Gemeinwesen arbeiten.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was ist mit den Stellen, die aufgebaut werden?)

Familien- und Antragsteilzeit werden eingeschränkt, und parallel planen Sie den Abbau von 10.000 Stellen bis 2040.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wie viele bauen wir jetzt auf?)

Schon jetzt sollen 1.000 Stellen bis 2028 gestrichen werden.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wie viele bauen wir auf?)

Der Ministerpräsident ist gerade draußen.

(Zuruf von der CSU: Da ist er doch!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie sollten die bayerische Geschichte im Blick haben. Edmund Stoiber, Ihr politischer Mentor, glaubte nach dem Gewinn der Zweidrittelmehrheit im Bayerischen Landtag 2003, er könne mit massiven Einschnitten, auch bei der Beamtenschaft, den Staatshaushalt entlasten. Ich möchte das Stichwort 42-Stunden-Woche nennen. Im Jahr 2007 wurde er von Ihnen, von der eigenen Partei,

damals angeführt von Beckstein und Huber, vom Hof gejagt. Herr Ministerpräsident, Sie müssen diesen Fehler nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch ein Haushalt gegen unsere Familien. Das angekündigte Kinderstartgeld ist gestrichen worden, noch vor seiner Einführung. Das Krippengeld und das Familiengeld für ab 2025 geborene Kinder wird sogar eingestellt. Die damit verbundene Einsparung von Stellen im Ressort Soziales ist offensichtlich ein Teil Ihres geplanten Stellenabbaus. Diese Streichungen treffen ausgerechnet diejenigen, die jeden Euro fest eingeplant haben: junge Eltern, Alleinerziehende und Familien der arbeitenden Mitte. Die CSU und die FREIEN WÄHLER stopfen mit dem Geld der Eltern Löcher in der Kitafinanzierung, statt die Kitas endlich so auszustatten, wie es längst überfällig ist. Die Gebühren bleiben hoch, die Unterstützung fällt weg. Das ist das Gegenteil einer fairen Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion sagt klar: Die Kitas brauchen mehr Mittel, und zwar aus dem Staatshaushalt und nicht aus den Taschen der Familien; denn für uns sind die Direktzahlungen an die Eltern und eine auskömmliche Kitafinanzierung keine Gegenpole, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund investiert mit dem Sondervermögen,

(Martin Böhm (AfD): Sonderschulden!)

und Bayern spart. Das ist ungewöhnlich. Die SPD-Fraktion steht für eine umfassende landespolitische Gestaltung. Die neue Möglichkeit der Schuldenaufnahme kann gezielt für den Freistaat und die Kommunen genutzt werden; nicht konsumtiv, sondern für Investitionen in Infrastruktur, Transformation der Wirtschaft, Sicherung des Automobil-

standortes sowie regionale und sektorale Strukturpolitik. Ich frage mich nach dieser Debatte: Wie fühlen sich wohl unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heute? Wann waren sie zuletzt in der Situation, keine neuen Schulden aufzunehmen? – Es wird immer wieder die junge Generation angeführt. Ich sage: Schulden ohne Not zu machen, muss nicht sein,

(Michael Hofmann (CSU): Ihr wollt es trotzdem!)

aber wir dürfen unseren nachfolgenden Generationen auch keine marode Infrastruktur hinterlassen; denn davon kann sie sich auch nichts kaufen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die von uns geforderte jährliche Kommunalmilliarden aus dem Sondervermögen des Bundes muss über die gesamte Laufzeit von zwölf Jahren in jedem Jahr sichergestellt werden. Mit Ihren 60 bis 70 % erreichen wir sie nicht. Eine Verbundquote von 15 % am allgemeinen Steuerverbund bedeutet für die Kommunen eine strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen und stärkt insbesondere die Schlüsselzuweisungen, die sehr begehrte sind, weil sie nicht zweckgebunden, sondern frei verfügbar sind. Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie. Wir müssen sie dauerhaft stärken.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ein ganz bitteres Beispiel aus meiner Heimat, meinem Landkreis, nennen. Herr Ministerpräsident, ein Blick nach Bad Alexandersbad zeigt, dass die Gemeinde ab 01.12.2025 kein Geld mehr von den Banken erhält. Seit über fünf Jahren wird mit den Ministerien diskutiert und daran herumgedoktert. Es ging nichts vorwärts. Ich bitte Sie, machen Sie diesen Ort zur Chefsache. Schaffen Sie hier Abhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern außerdem die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für unsere Beamtinnen und Beamten. Der Staat verlässt sich auf seine Bediensteten. Die Bediensteten müssen sich im Gegenzug auch auf den Staat verlassen können.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir möchten eine verantwortungsvolle Familienpolitik. Kein Familiengeld, kein Kripengeld, kein Kinderstartgeld – so geht man mit Familien nicht um.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie führen auch immer wieder den Länderfinanzausgleich an. Wir können uns erinnern, dass Sie den Länderfinanzausgleich in diesem Hohen Haus gefeiert haben, weil Sie ihn selbst mitverhandelt haben.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Genau! – Michael Hofmann (CSU): Seitdem ist die Zeit stehen geblieben, und es hat sich nichts verändert, oder wie? Mein Gott, echt! Das glauben die Leute draußen nie im Leben, was Sie da erzählen!)

Legen Sie Ihre Vorschläge vor, dann werden wir diese konstruktiv prüfen.

Meine Damen, meine Herren, Herr Ministerpräsident, erlauben Sie mir noch eine Anmerkung. Im Januar 2018, als Sie noch Finanzminister waren, forderten Sie selbst die Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr wart damals dagegen!)

Sie sagten, was man in dieser Phase nicht umsetzen könne, werde wohl auch danach nicht mehr kommen. Es gehe immer ums Amt, um das Land und die Menschen und nicht um die Person. Das war im Januar 2018. Sie gaben sich quasi selbst zehn Jahre Zeit. Das Jahr 2028 naht. Vielleicht erklärt das, warum diese Regierungserklärung heute so wirkt wie der Versuch, noch einmal die Kurve zu kriegen, und das Bemühen, die selbst gelegten Brände zu löschen. Eigentlich wissen Sie doch ganz genau: Mit der Stoiber'schen Sparpolitik wird man scheitern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir haben die Kommunalwahlen am 8. März fest im Blick. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern werden dann ihre kommunale Vertretung wählen, rund 39.500 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in 2.056 Gemeinden, in 71 Landkreisen und 25 kreisfreien Städten. Die Kommunalwahlen rücken unsere Städte, Gemeinden und Landkreise zu Recht in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit; denn auch vor Ort entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Wenn wir gemeinsam Extremismus bekämpfen wollen, müssen wir Gestaltungskraft und Handlungsfähigkeit für die Menschen in diesem Land zeigen. Die schwarze Null als Selbstzweck ist dafür nicht das geeignete Instrument.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir noch ein dringendes Wort zum Schluss: Der Rücktritt des Dingolfinger Bürgermeisters erschüttert uns alle. Drohungen, Anfeindungen, ein brennender Dienstwagen – so etwas darf es in Bayern nicht geben!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben keinen Personenschutz. Sie sind der erste Ansprechpartner vor Ort. Wenn wir zulassen, dass sie bedroht werden, beschädigen wir die Demokratie selbst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hier tragen wir demokratischen Fraktionen gemeinsam Verantwortung. Dieser gemeinsame Verantwortung müssen wir gerecht werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Kurzer Hinweis, Herr Böhm: Die AfD-Fraktion hatte bereits drei Zwischenbemerkungen; damit ist keine weitere zugelassen.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Redner ist Kollege Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Haushalts, der heute im Kabinett beraten wurde, ist eine wahre Meisterleistung unseres Finanzministers Albert Füracker.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Lieber Albert, du hast die Quadratur des Kreises geschafft: einerseits einen ausgeglichenen Haushalt, wie wir ihn seit 2006, also seit fast zwanzig Jahren haben, wenn man die Corona-Zeit ausnimmt. Damit sind wir in Deutschland vermutlich das einzige von 16 Bundesländern. Andererseits haben wir die höchste Investitionsquote in Westdeutschland: 17 % hatten wir schon sehr lange nicht mehr. Es ist der beste kommunale Finanzausgleich, den wir jemals hatten, mit einem hohen Anteil am Sondervermögen für die Kommunen, pauschal aber auch Verstärkung von Förderprogrammen.

Das alles zeigt, dass wir in schwierigsten Zeiten die richtigen Wege gehen. Wir belasten die junge Generation nicht mit Schulden und Zinslasten. Schauen Sie sich einmal an, wie die anderen Bundesländer, die in der Vergangenheit viele Schulden gemacht haben, bei der Zinslast dastehen. Schauen Sie sich auch die Zinslast des Bundes an: über 30 Milliarden Euro jährlich. Das sind 6 % vom Haushalt; das wird natürlich mit dem Sondervermögen noch ansteigen.

Das bedeutet auch, dass dieses Geld nicht für anderes ausgegeben werden kann. Wir in Bayern haben das nicht. Trotz des Nachteils des Länderfinanzausgleichs, der uns jedes Jahr 10 Milliarden Euro kostet, schaffen wir es, den Haushalt auszugleichen und in die Zukunft zu investieren.

Wir treffen dazu auch mutige Entscheidungen. Die Entscheidung zum Kinderstartgeld, früher Familiengeld, war schwierig, nicht schön, aber notwendig. Das heißt, wir sind handlungsfähig in jeder Hinsicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Umstände sind nicht die besten. Denken Sie an die internationalen Krisen wie den Ukrainekrieg, an den Nahen Osten, an die Zollpolitik der USA oder an die selbst geschaffene Bürokratie, an der wir nicht ganz unbeteiligt sind. Wir bauen sie jetzt ab, aber auch der Bund und die Europäische Union haben hier noch viel vor sich, bürokratische Schranken zu senken, damit unsere Wirtschaft wieder agieren kann, damit sie international wieder wettbewerbsfähig wird. Das alles ist entscheidend und wichtig.

Unter diesen Voraussetzungen so einen Haushalt aufzustellen, ist wirklich hervorragend. Natürlich hat uns die Oktobersteuerschätzung geholfen. 1,5 Milliarden Euro nächstes Jahr mehr, 1,8 Milliarden Euro mehr übernächstes Jahr sind zusammen 3,3 Milliarden Euro. Das strukturelle Defizit war aber deutlich höher. Wir haben – Gott sei Dank – noch eine Rücklage, aus der wir entnehmen können. Erst vor Kurzem hat die Kollegin Köhler gesagt, der Ministerpräsident säße auf dem Geldsack und würde die Kommunen verhungern lassen. Dazu kann man nur sagen: Wo wären wir denn jetzt, wenn wir diese Rücklagen nicht hätten, die wir dringend brauchen?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu kommt ein konsequenter Haushaltsvollzug. Bayern ist dafür bekannt, dass wir das Geld nicht unnötig ausgeben, sondern ganz genau hinschauen, dass der Finanzminister genau hinschaut, dass die Fachminister hinschauen, das Geld wirklich dort einsetzen, wo es notwendig ist, und Reste wieder in die Rücklage geführt werden, sodass wir hoffentlich auch künftig wieder Rücklagen haben werden.

Ein Haushalt ohne Schulden und Nachhaltigkeit für die nächsten Generationen sind die DNA der CSU. Ich bin dankbar, dass wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner der FREIEN WÄHLER diese DNA aufrechterhalten; denn damit zeigen wir, dass wir in die Zukunft investieren, ohne die zukünftigen Generationen zu belasten. Nachhaltigkeit, vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, gilt nicht nur ökologisch, sondern auch finanziell; denn das eine hängt mit dem anderen ganz eng zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Entscheidung, Haushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen, ist im Jahr 2000 gefallen. Seit 2006 setzen wir das um. Dadurch stellen wir die Handlungsfähigkeit Bayerns sicher. Geringe Zinslasten bedeuten eben Spielräume, wie vorher bereits gesagt. Ein exzellentes Rating internationaler Agenturen bedeutet, dass wir von den Geldgebern als hoch kreditwürdig eingestuft werden und damit niedrige Zinsen zahlen. Auch das ist eine wesentliche Voraussetzung. Das sollten wir nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Gesamtvolumen ist beeindruckend: 168 Milliarden Euro für zwei Jahre, davon rund 29 Milliarden Euro Investitionen, 60 Milliarden Euro für Bildung und Forschung – auch ein Riesenwert: ein Drittel des Haushaltes –, eine Hightech Agenda mit einer Milliarde Euro, eine Milliarde Euro zusätzlich für den kommunalen Wohnungsbau, wir investieren in den Bevölkerungsschutz, in die Drohnenabwehr und in vieles andere, was für unser Land ganz entscheidend ist. Das ist der Markenkern: Zukunft schaffen und gleichzeitig Haushalte sicher aufstellen.

Lieber Kollege von der SPD, lieber Fraktionsvorsitzender, es gibt den Spruch von Franz Josef Strauß: Eher legt der Hund einen Wurstvorrat an,

(Zuruf: Mein Gott!)

als dass Sozialdemokraten mit Geld umgehen können. Das kennen Sie alle. Das hat man wieder gesehen. Einerseits beklagen Sie, dass wir zu langsam Schulden abbauen, und gleichzeitig fordern Sie Ausgaben ohne Ende, wie es auch die Kollegin Schulze getan hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist reine Symbolpolitik! – Michael Hofmann (CSU): 6,3 Milliarden Euro sind reine Symbolpolitik? Respekt!)

– Kollege Halbleib, den ich an sich sehr schätze, versucht nun nachzuweisen, dass die SPD mit Geld umgehen kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Den Haushalt hätten wir ohne die 7 Milliarden Euro vom Bund gar nicht aufstellen können!)

Das ist ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt, könnte man sagen. Es ist tatsächlich so: Die SPD kann nicht mit Geld umgehen, und die GRÜNEN können es leider auch nicht; das möchte ich an der Stelle sagen. Auch da kamen nur Forderungen, Forderungen, Forderungen und keine realistischen Gegenfinanzierungen. Das war übrigens, Kollegin Schulze, mehr eine Propagandarede als ein vernünftiger Beitrag. Das ging ja wie bei einem Maschinengewehr. Wenn man dem folgen wollte, müsste man wahrscheinlich jeden Tag eine Milliarde Euro zusätzlich ausgeben, so schnell wurden die Ausgaben von Ihnen abgefeuert.

Jetzt kommen wir zum Sondervermögen. Sie wissen alle: Sondervermögen sind eigentlich Sonderschulden. Da sollten wir auch nicht drum herumreden, das wissen wir. Darum ist aber auch entscheidend, dass dieses Sondervermögen sinnvoll eingesetzt wird, dass es Mehrwert schafft, dass es Wirtschaftskraft schafft, dass es damit auch wieder mehr Steuereinnahmen schafft. Mehr Wirtschaftskraft bedeutet mehr Steuereinnahmen. Das ist der entscheidende Punkt: das Geld richtig einzusetzen.

Das tun wir hier in Bayern. Das Sondervermögen fließt in echte Investitionen. Es ist nicht so, wie es manche andere Länder oder auch der Bund versuchen, damit Dinge zu ersetzen. Nein, es geht wirklich in die Infrastruktur – egal ob das die Straße ist oder viele andere Dinge sind wie die Bildungsinfrastruktur, Artikel 10 FAG nenne ich hier nur, da tun wir so vieles –, oder wenn wir die Unikliniken in ihren Vorhaben und die Hochschulen unterstützen.

Das sind wesentliche Aufgaben, die wir mit dem Sondervermögen bewältigen. Da sind wir, glaube ich, wirklich ein Vorbild in ganz Deutschland, wenn wir das Geld so einsetzen, wie es gedacht war; denn nur dann ist ein Sondervermögen gleich Sonder-

schulden verantwortbar: wenn es dazu beiträgt, die Finanzkraft über eine stärkere Wirtschaft zu stärken und wieder dorthin zu führen, wo sie sein soll, damit wir mit den Einnahmen die Ausgaben bestreiten können. Wenn uns das nicht gelänge, wäre das Ganze falsch investiert, aber das tun wir in Bayern natürlich nicht.

Der Kommunalanteil am Sondervermögen ist auch beachtlich. Wir haben einen Korridor zwischen 60 % und 70 % festgelegt. 3,9 Milliarden Euro sind bereits im Jahr 2026 abrufbar, und im Jahr 2027 weitere 1,1 Milliarden Euro, sodass viele Dinge, die bei den Kommunen in den Schubladen liegen und nicht gebaut werden konnten, weil das Geld auch dort knapp ist, jetzt vorangetrieben werden können.

Die Kommunen erhalten überhaupt mit knapp 13 Milliarden Euro einen Finanzausgleich, wie er noch nie war. Ich sage aber auch dazu: Das ist nicht deshalb so, weil wir zu viel Geld oder die Kommunen so viele schöne Projekte hätten, sondern weil auch die Kommunen das Problem haben, dass die Aufgaben und die Ausgaben gestiegen sind, und weil wir den Kommunen helfen wollen, diese Probleme zu bewältigen. Die reinen Landesleistungen steigen um fast 900 Millionen Euro, das ist wirklich gewaltig. Sehen wir uns allein die Mittel der Bezirke für die Pflege und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen an: Auch dort steigen die Kosten stark. Zwei Drittel dieses Aufwuchses übernimmt der Freistaat Bayern, die Bezirke müssen nur ein Drittel umlegen. Das ist eine hervorragende Leistung.

Wir verwenden das Sondervermögen für Investitionen in unsere Krankenhäuser. Die Gesundheit ist ein zentrales Thema. Auch dort ist das Geld bestens aufgehoben.

Wir erhöhen die Finanzierungsanteile im Artikel 10 FAG für Kindertagesstätten und Schulen um 10 %. Außerdem investieren wir in die Bereiche Wasser und Abwasser, alles Themen, die für die Grundversorgung der Bevölkerung wichtig sind. Dort ist das Geld richtig aufgehoben. Wir zeigen damit, dass wir das Sondervermögen zielorientiert einsetzen.

Natürlich wollen wir neben den Investitionen auch konsolidieren und reformieren. Wir wissen, wenn wir uns nicht auf die neuen Zeiten einstellen und manche überkommene Zöpfe nicht abschneiden, werden wir nicht zukunftsfähig sein. Deshalb wollen wir dazu beitragen, dass der Staat bei sich selbst spart, indem wir die Budgets der Ministerien absenken und indem wir bereit sind, den schwierigen Weg zu gehen, bei der Übertragung des Tarifs auf unsere Beamten ein halbes Jahr zu schieben. Das bringt uns wesentliche Gewinne für den Haushalt und ist meines Erachtens vertretbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn wir nicht bereit und in der Lage sind, beim größten Kostenblock, dem Personal, ganz kleine Einschnitte zu machen, werden wir in Zukunft nicht bestehen. Auch Sie wissen: Wir haben eine Personalfülle wie noch nie. Das hängt natürlich mit den gestiegenen Aufgaben zusammen. Wir müssen deshalb daran arbeiten, die Aufgabenfülle zu reduzieren, damit wir beim Personal einsparen können. Wir haben uns als Zielmarke die Zahl 10.000 gesetzt. Ich halte das für richtig; denn wir können nicht dauernd Personal aufbauen. Auf Dauer kann das kein Haushalt dieser Welt aushalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Stellenmoratorium ist richtig, damit wir keine Aufwächse bekommen. Nur so können wir zeigen, dass wir bereit sind, an uns selbst, an den staatlichen Einrichtungen und Institutionen zu sparen. Unser Staat ist personell so gut aufgestellt, dass dieses Moratorium möglich sein muss.

Die Migrationsbegrenzung ist ein wesentlicher Faktor. Dazu hört man von der einen Seite zu viel, von der anderen Seite gar nichts. Es sei ganz deutlich gesagt: Auch das bringt uns wesentliche Ersparnisse. Die Migration ist ein wesentlicher Kostenfaktor im Haushalt, nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern. Die Zahlen gehen jetzt deutlich zurück, weil Alexander Dobrindt in Berlin exzellente Arbeit leistet. Das bringt uns Ersparnisse. Unser Innenminister Joachim Herrmann, der in seiner Arbeit ebenfalls spitze ist, ist bereits dabei, die Unterbringungskapazitäten zu überprüfen und Objekte abzumieten, die nicht mehr notwendig sind. Das wird uns für die Zukunft Spielräume bringen.

Wir müssen deshalb an allen Stellen reformieren und konsolidieren, wo das notwendig ist. Wir dürfen keine Denkverbote haben. Wir müssen auch bereit sein, unangenehme Themen anzugehen; denn nur mit Schönwetterpolitik, wie das manche in diesem Hause glauben, werden wir nicht zum Ziel kommen. Deshalb danke ich allen in den beiden Regierungsfraktionen, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Herr Kollege Bernhard Pohl sitzt hier vorne – für das gute Miteinander und dafür, dass wir diesen schwierigen Weg gemeinsam gehen. Wir sind nicht immer in unserer Meinung deckungsgleich, aber wir kommen zu guten Ergebnissen, weil wir gemeinsam an einem Strang ziehen und weil uns die Menschen in Bayern wichtig sind. Bayern ist nicht nur ein Land mit großer Tradition, sondern auch mit großer Zukunft, weil wir für unsere Menschen die entsprechende Politik machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Tim Pargent vor.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Herr Kollege Zellmeier, Sie stellen heute das Thema Schuldenfreiheit ganz vorn in die erste Reihe. Ich stelle fest, dass Sie die 7 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes gern und ausgiebig nutzen. Auch das sind Schulden, auch Schulden der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Ich stelle fest, Sie könnten diesen Doppelhaushalt mit dieser schwarzen Null gar nicht mehr aufstellen, wenn Sie diese 7 Milliarden Euro nicht nutzen würden.

Deshalb halte ich das, was Sie hier mit dieser schwarzen Null machen, für eine Schaufensteraktion, die nur nach der grandiosen 180-Grad-Wende möglich war, die die Union wenige Tage nach der Bundestagswahl vorgenommen hat und bei der wir sie unterstützt haben. Das ist nur Schaufensterpolitik, hat aber mit der Realität, in der Sie die Bundesmilliarden nutzen, nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Kollege Pargent, tatsächlich ist es so, dass uns das Sondervermögen hilft. Das ist keine Frage. Wir hätten nicht 17 % Investitionen, wenn wir das Sondervermögen nicht hätten. Das ist zutreffend. Ich habe vorhin ausgeführt: Das sind Schulden, und sie sind nur dann richtig, wenn sie für etwas investiert werden, was wiederum Zukunft, was Steuerkraft und Wirtschaftskraft schafft.

Das Geld ist deshalb bei uns in Bayern sehr gut aufgehoben; denn wir in Bayern sorgen dafür, dass dieses Geld für Investitionen verwendet wird. Wir hätten eine deutlich niedrigere Investitionsquote, wenn wir eine schwarze Null ohne Sondervermögen angestrebt hätten. Das ist zutreffend. Wir setzen aber dieses Geld zielorientiert dort ein, wo es der Bund haben wollte. Herr Kollege Pargent, sehen wir einmal in die anderen Länder, vor allem in die rot-grün-regierten Länder, ob dieses Geld dort auch so vernünftig eingesetzt wird, wie das in Bayern der Fall ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Andreas Jurca für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Jurca (AfD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werter Herr Ministerpräsident, am Beginn erlauben Sie mir, Ihnen eine kleine Spalte zum Thema Russland zurückzugeben. Zwischen Ihnen und unserer AfD-Fraktion gibt es einen großen Unterschied.

(Kerstin Schreyer (CSU): Gott sei Dank!)

Ich sage Ihnen gleich, was dieser Unterschied ist. Im Gegensatz zum Herrn Ministerpräsidenten haben wir uns niemals mit Wladimir Putin ablichten lassen. Sie sollten deshalb etwas tiefer stapeln, wenn es darum geht, ob hier jemand Kontaktschuld hat.

(Beifall bei der AfD)

Herr Kollege Holetschek hat seine Rede mit einem sehr lustigen Spruch zur AfD begonnen. Ich habe auch eine lustige Anekdote zur CSU. Nehmen Sie das bitte sportlich: Es war an einem unserer Stammtische. Wir haben uns darüber unterhalten, ob wir irgendwann in der Zukunft mit der CSU zusammenarbeiten müssen, können oder sollten. Da hat einer reingeschrien: Die CSU mit ihrer Politik gehört so nicht zu Bayern. Diese Diskussion wurde dann von einem Parteimitglied mit einem Spruch beendet: Die CSU gehört zu Bayern wie die Mafia zu Sizilien. Damit war die ganze Diskussion beendet.

(Heiterkeit bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Niveau wieder in der Tiefgarage! Mit dem Haushalt hat das auch nichts zu tun, aber das ist egal!)

– Sie haben das Niveau gesetzt. – Meine Damen und Herren, nehmen Sie das sportlich; wir haben Ihre Bemerkung auch sportlich genommen.

Werter Herr Vizepräsident, wertes Präsidium, werte Kollegen, wir debattieren heute nicht über den Entwurf eines Doppelhaushalts; denn einen solchen hat die Staatsregierung trotz klarer Fristvorgaben bis heute nicht in den Landtag eingebracht. Uns liegen hier Eckpunkte, politische Ankündigungen und ein Kabinettsbeschluss vor, aber eben kein Haushalt. Allein das ist schon ein Problem für die parlamentarische Kontrolle. Die Regierung behauptet, sie stelle den soliden Haushalt der Zukunft vor. Dazu muss ich klar sagen: Man kann nicht Zukunft solide gestalten, wenn das Parlament nicht einmal den Entwurf rechtzeitig erhält. Bayern verdient geordnete Verfahren. Wir wollen keine Pressekonferenzen anstelle parlamentarischer Arbeit.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Sehen Sie sich einmal an, wer die meisten Schriftlichen Anfragen eingebracht hat. Sehen Sie sich einmal an, welche Oppositionspartei als einzige Partei einen Gegenfinanzierungsplan vorgelegt hat. Sie von den GRÜNEN haben es noch nicht einmal

hinbekommen, für Ihre Forderungen einen Gegenfinanzierungsvorschlag zu machen. Wir können alle unsere Forderungen finanzieren. So viel zum Thema solider Haushalt.

(Beifall bei der AfD)

Der Doppelhaushalt soll ein Gesamtvolumen von etwa 168 Milliarden Euro umfassen. Die Staatsregierung röhmt sich damit, dass sie keine neuen Schulden mache. Aber die Wahrheit lautet: Dieser Haushalt ist nur möglich, weil der Bund über seine enormen Verschuldungsprogramme das System am Laufen hält. Wir erwähnen das immer wieder, weil Sie den Bürgern mit dieser schwarzen Null etwas vormachen; denn die bayerischen Bürger sind auch deutsche Steuerzahler, die diese Schulden über Jahre hinweg abzahlen werden. Ob sie diese Schulden an das Land oder den Bund zahlen, ist dabei nebensächlich. Die persönlichen Einnahmen der Bürgerinnen und Bürger werden weniger.

(Michael Hofmann (CSU): Nicht einmal das stimmt!)

Die Investitionsquote wird mit rund 17 % angegeben, also etwa 28,6 Milliarden Euro für zwei Jahre. Und dann gibt es da noch das Bundessondervermögen. Bayern kann daraus insgesamt 15,7 Milliarden Euro abrufen. Im Doppelhaushalt sind davon bereits 7 Milliarden Euro fest eingeplant, 5 Milliarden Euro für kommunale Maßnahmen und 2 Milliarden Euro für staatliche Infrastruktur wie Hochschulen, Polizeiausstattung und Straßenausbau. Mit anderen Worten: Der Bund verschuldet sich, damit die Kommunen endlich die Investitionen bekommen, die ihnen seit Jahren verwehrt wurden, und dann wird hier von kraftvollen Investitionen gesprochen. Das ist politisches Marketing, keine solide Haushaltsführung.

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Wer so spricht, hat keine Ahnung!)

Das Gleiche gilt beim kommunalen Finanzausgleich: Ja, er steigt 2026 auf 12,8 Milliarden Euro, aber gleichzeitig werden Leistungen an Familien gestrichen. Das Kinder-

startgeld kommt nicht, das Krippengeld wird gestrichen, das Familiengeld entfällt für alle ab 2025 Geborenen.

Meine Damen und Herren, das ist eine falsche Prioritätensetzung. Wir gehören zu einem der ältesten Länder der Welt, also altersdurchschnittsmäßig. Das ist eigentlich genau der Punkt, wo wir investieren müssten. Da müssten wir an ganz anderen Stellen streichen; die haben wir als AfD bereits vorgelegt. Sie lehnen das immer wieder ab. Ich komme jetzt auch noch mal dazu: und zwar müssen Sie den Rotstift beim Themenfeld Asyl, Zuwanderung und Integration ansetzen. Hier haben wir weiterhin 5,3 Milliarden Euro im Doppelhaushalt veranschlagt, also rund 2,6 Milliarden Euro pro Jahr. Ich möchte daran erinnern, dass das im Nachtragshaushalt immer wieder erhöht wurde, weil das Geld nicht gereicht hat.

Jetzt muss man eine Frage ganz offen stellen: Wie kann es sein, dass wir weiterhin jedes Jahr Milliarden für Asyl und Integration ausgeben, wenn die Staatsregierung gleichzeitig behauptet, die Asylwende sei längst vollzogen? – Das ist ja offensichtlich nicht der Fall. Wenn die Unterbringungskosten laut Staatsregierung sogar sinken sollen – um minus 281 Millionen Euro im Jahr 2026 und um minus 145 Millionen Euro im Jahr 2027 –, dann stellt sich doch gerade die Frage, warum wir trotzdem konstant über 2,5 Milliarden Euro jährlich zahlen. Die Antwort ist einfach: Das System funktioniert nicht. Die Verfahren dauern zu lange, und die Abschiebungen sind zu wenig gegenüber neu gestellten Asylanträgen. Die Bundespolitik schafft es nicht, den Zustrom zu begrenzen. Allein dieses Jahr wurden bis Oktober wieder über 140.000 Asylanträge in Deutschland gestellt. Die Staatsregierung übernimmt diese Politik im Prinzip. Sie kritisiert sie hier nur rhetorisch, um es öffentlich anders aussehen zu lassen. Aber faktisch machen Sie genau das, was die Bundesebene macht.

Für den öffentlichen Dienst plant die Staatsregierung ein Stellenmoratorium im Jahr 2026. Aber gleichzeitig wurden in den letzten zehn Jahren über 160.000 neue Stellen im gesamten öffentlichen Dienst in Bayern aufgebaut: von circa 612.000 im

Jahr 2011 auf 776.000 im Jahr 2024. Sie sagen jetzt, dass Sie den Staat verschlanken. Na ja, angesichts dieser Zahlen sieht es nicht danach aus.

Ja, es gibt Lichtblicke, die gibt es tatsächlich: 400 zusätzliche Stellen für Polizei und Justiz im Jahr 2027, das begrüßt die AfD. Aber verglichen mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen, verglichen mit der realen Belastungslage und verglichen mit den enormen Ausgaben für Asyl sind diese Maßnahmen minimal.

Jetzt komme ich zum Kern: Die Staatsregierung setzt im Doppelhaushalt völlig falsche Schwerpunkte: Sie kürzt bei Familien, sie spart bei eigenen Aufgaben, sie stützt sich massiv auf Bundesmittel, aber beim größten Einzelblock, der die Bevölkerung dauerhaft belastet, beim Asyl- und Integrationskomplex, fährt sie keinen klaren Kurs der Begrenzung. Seit 2015 hat Bayern über 24 Milliarden Euro für illegale Einwanderung ausgegeben, und im Doppelhaushalt sollen es wieder jährlich über 2,6 Milliarden sein.

Meine Damen und Herren, wenn wir einen Haushalt für die Zukunft wollen, dann brauchen wir drei Dinge:

Erstens, Zahlenklarheit und ein fristgerecht vorgelegtes Haushaltswerk.

Zweitens, eine Politik, die Familien stärkt, nicht schwächt und ihnen echte Wahlfreiheit lässt, statt sie in staatliche Betreuung zu drängen; denn nichts anderes tut das. Sie sagen, Sie stecken das Geld in die Kitas, in die ganzen Versorgungsgeschichten. Aber am Ende des Tages müssen wir auch dem Bürger die Freiheit lassen – ohne dass er finanziell schlechter gestellt ist –, zu entscheiden, ob er seine Kinder daheim erziehen möchte oder nicht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Jeder Euro, der nicht in Asylfolgekosten fließt, steht für Bildung, Infrastruktur, Sicherheit, Wohnungsbau, Digitalisierung und – nicht zu vergessen – für steuerliche Entlastung des Bürgers zur Verfügung.

Jetzt komme ich zum Schluss, zu dem, was mir bei den ganzen Dankesbekundungen gegenüber der Polizei, der Feuerwehr usw., die das auch verdient haben, gefehlt hat. Mir hat ein großer Dank an diejenigen gefehlt, die hier alles finanzieren, die auch die Beamten finanzieren: an die bayerischen Steuerzahler, an die Unternehmer, die die Jobs bereitstellen, die dann wiederum von unseren Bürgern angenommen werden, die dann wiederum Steuern zahlen. Dafür mein großer Dank! Für sie müssen wir endlich mal fulminante Entlastung schaffen. Also, vielen Dank an die bayerischen Bürger! Gott schütze Bayern!

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Björn Jungbauer, CSU-Fraktion, hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Björn Jungbauer (CSU):** Hier in der Mitte, Herr Jurca, nicht rechts außen. Ja.

(Lachen bei der AfD – Andreas Jurca (AfD): Alles gut!)

Hier in der Mitte.

Sie waren ja als Wahlbeobachter in Russland, wenn ich das richtig vernommen habe. Sie wurden dafür auch vom AfD-Bundesvorstand gerügt. Jetzt haben Sie gerade gesagt, dass es von Ihnen keine Bilder mit Putin gibt. Nun würde mich mal interessieren: Wollte er sich mit Ihnen nicht fotografieren lassen? – Das ist die eine Frage.

Wie sehen Sie denn die Gefahr, die von Russland für uns, für unsere Freiheit, für unsere Demokratie ausgeht? Sehen Sie es hier nach dem Richtungsstreit, der in der AfD entbrannt ist, als richtig an zu sagen, wir fahren nicht mehr nach Russland? Oder sehen Sie es wirklich so an – und da würde mich Ihre Antwort wirklich interessieren –, dass Russland eben eine große Bedrohung für uns alle ist und es für uns wichtiger wäre, dass wir nicht Geld für unsere Verteidigung ausgeben müssten – da schlage ich jetzt den Konnex, den Sie gerade geschlagen haben –, sondern dass wir es für

Dinge ausgeben könnten, die uns am Ende des Tages wirklich etwas bringen, und nicht dafür, dass wir unsere Freiheit und Demokratie verteidigen müssen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Andreas Jurca (AfD):** Werter Herr Kollege, erst mal Danke für die scharfe, aber sachliche Frage.

Zur Thematik Russland: Meine Position war immer: Solange wir nicht im Krieg mit einem Land sind – aber auch selbst wenn –, sollten wir immer alle Kanäle zur Diskussion offenlassen, wenn es Einladungen gibt, auch wenn sie nur symbolischer Natur sind; denn ich bezweifle, dass Putin die AfD braucht, um Wahlen zu gewinnen. Das ist jetzt ein bisschen hoch gegriffen. Aber es geht um die symbolische Bedeutung, dass da immer noch Leute sind, mit denen man reden kann.

Letztendlich sehe ich die Gefahr für Deutschland von russischer Seite aus nur gegeben, wenn unsere Bundesregierung weiter diesen Konflikt befeuert. Da sehe ich die Gefahr.

Was die Thematik innerhalb der AfD betrifft, werden wir die genau dort besprechen, wo sie hingehört: auf dem Bundesparteitag. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN ist ein Garant für Stabilität und schafft Vertrauen. Der Haushalt, den der Finanzminister in Kürze vorlegen wird, besteht aus drei wesentlichen Komponenten: erstens einem Haushalt ohne Neuverschuldung. Zweitens huldigt er dem Grundsatz "Leistung statt Umverteilung". Drittens sorgt er für Resilienz nach innen wie nach außen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deswegen gilt mein Dank all denjenigen, die in den letzten Wochen und Monaten daran gearbeitet haben: an erster Stelle natürlich dem Ministerpräsidenten – er ist unser Teamchef –, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, dem Finanzminister Albert Füracker und meinem Kollegen, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, den Fraktionsvorsitzenden und, wie gesagt, allen im Kabinett und in den Fraktionen, die an diesem Gesamtwerk mitgearbeitet haben. Deswegen gibt es, auch wenn man unbequeme Wahrheiten verkünden muss, kein Schwarzer-Peter-Spiel bei uns. Die Entscheidungen, die diese Koalition trifft, sind Entscheidungen aller Abgeordneten, aller Mitglieder der Staatsregierung. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich darf mit dem ersten Punkt beginnen, dem Haushalt ohne Neuverschuldung.

(Widerspruch des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) – Claudia Köhler (GRÜNE): Sieben Milliarden Euro Schulden!)

In einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Turbulenzen, die sicherlich auch weltwirtschaftlich geprägt sind, aber zum großen Teil von einer Ampel-Regierung stammen, die ein Schiff geradezu abenteuerlich durch die Weltmeere gelenkt hat; sicher in schwerem Wasser, das stimmt. Aber so zu navigieren, ist wohl im Nachkriegsdeutschland beispiellos. Die Konsequenzen müssen wir jetzt tragen, müssen wir jetzt ausbaden.

Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, Sie haben ja recht, dass ein Haushalt ohne Neuverschuldung nur dadurch zustande gekommen ist, dass wir uns an dem Sondervermögen bedient haben. Wir haben aber das Sondervermögen faktisch eins zu eins an die Kommunen weitergeleitet, an die Kommunen, die mit Belastungen der Ampel-Regierung, aber auch der Vorgängerre-

gierungen – das muss man deutlich sagen – kämpfen müssen. Die Ganztagesbetreuung, aber auch das Bundesteilhabegesetz sind schwere Bürden für die Kommunen, die wir jetzt als Landesgesetzgeber ausgleichen müssen. Wir geben von den 7 Milliarden, die wir aus dem Sondervermögen entnehmen, 5 Milliarden direkt an die Kommunen, und wir haben allein im Jahr 2026 eine Erhöhung um 846 Millionen mit den Kommunen im kommunalen Finanzausgleich vereinbart. Wenn ich das auf das Jahr 2027 hochrechne, komme ich auf die 7 Milliarden. Deswegen sage ich, dass wir das Geld, das uns der Bund gegeben hat, bilanziell voll an die Kommunen weitergeleitet haben. Somit bleibt es dabei: Der Freistaat Bayern, also wir, legen einen Haushalt ohne Neuverschuldung vor in einer Zeit, in der der Bund Rekordverschuldungen auf sich nimmt, und zwar ohne das Sondervermögen im regulären Haushalt. Bayern zeigt, wie es geht, und ist Vorbild für andere.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

"Leistung statt Umverteilung": Ja, Frau Kollegin Schulze ist leider nicht mehr da. Sie hat eine Rede gehalten unter dem Motto "Umverteilung statt Leistung". Kollege Zellmeier hat den Strauß-Vergleich mit dem Hund und dem Wurstvorrat gebracht – diesen Vergleich brauche ich nicht mehr zu zitieren. Ich werde ihn aber erläutern: Ihre Politik führt dazu, dass immer weniger Wurst produziert wird, dass der Hund immer weniger zu fressen bekommt. Natürlich gibt es dann auch weniger zum Verteilen. Es hilft wenig, wenn Sie an die Menschen statt 100 nur noch 80 verteilen können. Es mag zwar sein, dass Sie so nivellieren, dass Sie jedem, der Leistung erbringen will, die Motivation nehmen, indem Sie alles gleichmachen, was eigentlich ungleich ist. Aber Sie haben insgesamt weniger Masse, und damit tragen Sie noch mehr zur Unzufriedenheit in der Gesellschaft bei. Ich freue mich sehr, dass SPD und GRÜNE nicht mehr gemeinsam in Deutschland regieren können. Alles andere wäre fatal für dieses Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir sagen: Vorrang für Leistung. Ein Beispiel hierfür – der Ministerpräsident hat es angesprochen – ist die Hightech Agenda. Sie ist tatsächlich ein Herzstück und ein Symbol dieser Regierung. Wir investieren in die Zukunft. Wir versuchen nicht, aussichtslose Duelle zu führen, indem wir Industrien oder Betriebe retten, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Nein, wir schauen, dass die Wirtschaft in der Zukunft den Schritt voraus ist, der dazu führt, dass wir Weltmarktführer sind und dass wir uns die hohen Arbeitskosten und den hohen Lebensstandard auch leisten können. Wir wollen nicht auf das Niveau von Rumänien und Bulgarien herunterfallen, wo wir aber landen würden, wenn Sie die Verantwortung in diesem Land hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dazu gehören die drei Zukunftsministerien: Das ist das Kultusministerium, Bildung. Das ist Markus Blume für die Ausbildung und Weiterbildung. Das ist Hubert Aiwanger für die Wirtschaft. Ich beginne mit dem Ersten, der Bildung: Anna Stolz ist eine unglaublich engagierte, aber auch zusammenführende und vereinende Ministerin. Sie hat es tatsächlich geschafft, mit durchaus heraufordernden Verbänden einen guten Konsens zu finden; denn eines muss man sagen: Leistung kann man nicht verordnen, Leistung kann man nicht befehlen. Man kann Vorgaben machen; aber die Menschen müssen mitmachen. Wir haben 120.000 plus 40.000 Lehrer in den Privatschulen. Ja, wir können und müssen bei der Teilzeit das ein oder andere etwas zurückschrauben. Wir müssen das aber gemeinsam mit den Betroffenen machen; denn wenn die nicht mitmachen, dann haben wir zwar wunderbare Ideen kreiert, aber wer in die geistige Emigration geht und nur noch Dienst nach Vorschrift macht, der hilft uns nicht weiter. Deswegen herzlichen Dank an unsere Kultusministerin. Du bist der Coach für die Lehrer und für die Schüler. Du hältst die Schulfamilie zusammen und bist die Garantin dafür, dass der erste Schritt Bildung in Bayern perfekt funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Was für eine Liebeserklärung!)

Jetzt machen wir mit der Liebeserklärung an Markus Blume weiter. Er ist der Nächste. Sein Haushalt ist in den letzten Jahren deutlich aufgewachsen.

(Michael Hofmann (CSU): Zu Recht!)

– Zu Recht. Selbstverständlich hilft es nichts, wenn wir die besten Schüler ins Leben entlassen, aber sie dann nicht weiterbilden.

Dann kommt natürlich das Wirtschaftsministerium. Wir brauchen gute Arbeitsplätze. Ich selber habe das erlebt. Ich kann das als Vergleich durchaus heranziehen. Ich habe elf Jahre lang das Vergnügen gehabt, einen Eishockey-Verein zu führen. Die Juniorenmannschaft ist in elf Jahren viermal deutscher Meister geworden. Leider hatten wir nicht die finanziellen Möglichkeiten, um ganz oben in der DEL zu spielen. Das heißt, die besten Spieler haben uns verlassen. Die besten Spieler sind zu anderen Vereinen gewechselt. Deswegen konnten wir die Früchte einer exzellenten Jugendarbeit nicht ernten. Das darf uns in Bayern nicht passieren. Die bestausgebildeten Schüler und die bestausgebildeten Studenten dürfen später nicht ins Ausland abwandern, und wir kriegen dann diejenigen, die von Transferleistungen leben. Diese Regel kann nicht aufgehen. Deswegen müssen wir für Wirtschaft und Arbeitsplätze attraktiv sein. Daher ist es sicher richtig, dass wir uns um die Leistungsträger kümmern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das fängt nicht bei der Steuerreform an. Es geht damit los, dass wir über Leistungsträger nicht schlecht reden. Früher hatte man noch Respekt vor denjenigen, die gut verdient haben. Heute ist das Wort "die Reichen" in manchen Kreisen ein Schimpfwort geworden.

Wenn ich in Richtung SPD und GRÜNE schaue, dann sehe ich bei euch den Reflex, wenn einer etwas hat, einer Vermögen gebildet hat, das kann man mit gutem Einkommen auch – –

(Widerspruch bei der SPD)

Der Kollege Halbleib winkt schon ab, bevor ich zu Ende geredet habe. Herr Kollege Halbleib, ich verstehe Sie, ich hätte auch Angst vor diesen Argumenten, weil sie zutreffen und Ihnen den Spiegel vorhalten.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist nämlich der Grund, warum Ihre Politik immer erfolglos ist und wir erfolgreich sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Halbleib, haben Sie sich eigentlich schon einmal darüber Gedanken gemacht: Kaum war Scholz aus dem Amt geschieden, steigt die wenige Monate später veröffentlichte Steuerschätzung plötzlich wieder.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nicht die alten Kamellen!)

Da haben noch gar nicht so viele Gesetze gewirkt. Allein der Umstand, dass der sozialdemokratische Kanzler das Kanzleramt verlassen hat, hat für eine Befreiung in der Wirtschaft gesorgt und hat die Stimmung verbessert, hat die Investitionsbereitschaft gestärkt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Lieber Kollege Halbleib, das würde mir zu denken geben und nicht Anlass zu höhnischen Kommentaren sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Investitionen in die Zukunft, Hightech Agenda: Heißt aber auch, dass wir – und das ist jetzt die unbequeme Wahrheit – den Euro nicht zweimal ausgeben können und dass wir uns bei den Ausgaben beschränken müssen. Das betrifft einmal die Standards im Bau, aber auch andere Bereiche und die Behörden. Das betrifft auch die Bürokratie.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann macht halt!)

Ihr seid diejenigen, die im Wesentlichen für die Bürokratie verantwortlich sind.

(Lachen bei der SPD)

Ich kann es euch auch begründen. Ihr seid diejenigen – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bringe jetzt einmal ein schönes Beispiel, lieber Herr Kollege Halbleib. –Der Kollege Pargent schreibt gerade. Ich hoffe, dass er multitaskingfähig ist und mir zuhört. Bei jeder Haushaltsdebatte kommt der Kollege Pargent daher und sagt: Wir brauchen mehr Betriebsprüfer und mehr Steuerprüfer, weil die Menschen so steuerunehrlich sind, weil man den letzten Cent, der vielleicht strittig sein kann – das will ich gar nicht bestreiten – noch dem Staatshaushalt zuführen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nur, die Rechnung, lieber Kollege Pargent, geht doppelt nicht auf, weil es einen Grenznutzen gibt. Wenn Sie immer mehr Vorschriften machen, wenn Sie immer mehr Steuerprüfer einstellen, dann mögen Sie zwar auf der Einnahmenseite ein paar Euro mehr haben; aber auf der Ausgabenseite haben Sie eben auch mehr Verwaltung und mehr Bürokratie.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Gesetze umsetzen! – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Sie verjagen auch diejenigen, und jetzt nicht die Bösen, nein,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

– das war typisch Frau Köhler, die bescheißen wollen, haben Sie gesagt –, es gibt auch Unternehmer, die rechnen müssen. Sie müssen rechnen. Sie rechnen damit.

Deswegen sind sie in Bayern, damit sie eine konsequente, gerechte, aber auch eine faire Steuerverwaltung haben und nicht jemanden, der ihnen wochenlang mit Betriebsprüfungen den Laden auf den Kopf stellt und dann irgendwelche Abrechnungen wegen Spesen oder sonst was infrage stellt. Das ist der Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo, Bernhard! Bravo! – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Arif Taşdelen (SPD): Es geht nicht gerecht zu!)

Jetzt komme ich noch zum dritten Punkt, zur Resilienz nach innen und außen. Resilienz nach innen, zwei Dinge dazu: Es geht nicht gerecht zu. Das ist das Gefühl in diesem Land. Aber es ist nicht so, wie Sie es denken, weil Sie alles gleichmachen wollen, was nicht gleich ist, sondern es geht nicht gerecht zu, weil immer weniger Leistungsträger immer mehr Menschen finanzieren müssen, die von Hilfsleistungen leben. Sie können mir nicht erzählen, dass all diejenigen, denen Leistungen zukommen, wirklich bedürftig sind. Sozialpolitik muss sich an den wirklich Bedürftigen orientieren und darf nicht zur Umverteilung in dieser Gesellschaft führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und Arif Taşdelen (SPD))

Wir brauchen auch Resilienz nach außen. Putin testet uns. Wenn Frau Ebner-Steiner – ich sage es jetzt mal höflich, in einer gewissen Naivität, ich will es ihr mal zugutehalten – sagt: "Das ist nicht unser Krieg", dann erwidere ich: "Vielleicht hätte man mal in der Geschichte aufpassen können." Wenn die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg gesagt hätten: "Das ist nicht unser Krieg. Das ist ein anderer Kontinent", dann wäre das Sterben im Zweiten Weltkrieg noch weitergegangen, und möglicherweise hätte Hitler diesen Krieg politisch sogar überlebt. Amerika hat uns von Hitler befreit.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Wir haben die Aufgabe, einen europäischen Nachbarn, die Ukraine, vor der Bedrohung durch Putin zu befreien. Wenn wir zulassen, dass Putin auch nur einen einzigen Punktsieg erringt, was glauben Sie eigentlich, was dann weltweit los ist?! – Das ist eine Blaupause für jeden, der sich für stärker hält als ein anderer. Das wäre die Rückkehr zum Recht des Stärkeren. Wir dagegen wollen die Stärke des Rechts verteidigen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist bittererst. Das, was Sie von der AfD hier aufführen – ich weiß nicht, ob jeder von Ihnen so denkt und fühlt –, ist unpatriotisch, das ist ein Verrat an diesem Land.

(Zurufe von der AfD)

Und wenn Sie noch ein einziges Mal hier über Flüchtlinge klagen, dann sage ich Ihnen: Die Flüchtlinge haben wir hier, weil euer Freund Putin Krieg führt und der Freund eures Freundes, Assad, Syrien verwüstet hat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Ich komme zum Schluss. Ich danke der Staatsregierung und den sie tragenden Fraktionen für diesen Haushalt. Wir werden ihn in Kürze einbringen. Ich hoffe auf konstruktive Beratungen. Bayern ist mit dieser Regierung auf einem guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Bravo! Eine sehr gute Rede!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn vor.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Kollege Pohl, ich habe mich etwas über Ihre Bemerkungen gewundert, warum es jetzt zu besseren Ergebnissen bei der Steuerschätzung gekommen ist. Viele Ökonomen sagen, es liegt daran, dass der Staat jetzt mit dem Sondervermögen, das Sie als FREIE WÄHLER bekämpft und abgelehnt haben, Investitionen tätigt. Manche denken: Es ist gut, dass die FREIEN WÄHLER nicht in den Bundestag eingezogen sind und damit die Gefahr gebannt ist, dass Hubert Aiwanger ein Regierungsamt in Berlin bekommt. Das hat im Land für gute Stimmung gesorgt.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist es! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): So ein Quatsch!)

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Lieber Kollege von Brunn, was wäre eine Rede ohne eine Zwischenbemerkung von Ihnen? Aber Sie wiederholen sich. Ich weiß nicht, was die sozialistischen Ökonomen in Ihrem Umfeld alles so für Theorien verbreiten; aber ich kann mir jetzt nicht wirklich vorstellen, dass wesentliche Teile des Sondervermögens in wenigen Wochen bereits ausgegeben sind. Vielleicht informieren Sie sich mal, wie unglaublich schnell die Uhren in Berlin gehen und die Mühlen mahlen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ihr Kanzler hat 100 Milliarden Sondervermögen für die Rüstung angekündigt.

(Martin Böhm (AfD): Sonderschulden!)

Das war im Februar 2022. Wir hatten einen Parlamentarischen Abend mit der Rüstungsindustrie im Juni.

(Martin Böhm (AfD): Sonderschulden!)

Da war noch keine einzige Bestellung getätigt. So viel zu sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Claudia Köhler das Wort.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Das ist schon etwas ganz Neues. Sie, Herr Söder, der Ministerpräsident, halten eine Regierungserklärung zu einem Haushalt, ohne den Haushalt vorzulegen. Das ist eigentlich eine Herabstufung des Parlaments, eigentlich auch des Finanzministers, der Opposition und der Regierungsfraktionen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Seitdem Sie Ministerpräsident sind, werden uns die Regierungserklärungen vorher, damit man sich auf die Debatte zur Sache vorbereiten kann, nicht mehr zur Verfügung gestellt.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ich kenne Ihre Reden ja auch nicht!)

Aber jetzt geht es auch noch um eine Sache, die noch gar nicht eingebracht ist. Das Parlament auszubremsen, das Parlament zu missachten, sowohl ihm als auch den Familien keinen Respekt zu zeigen, und auch nicht der eigenen Fraktion, ist kein guter Stil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind gewählt, um sachorientiert zu beraten. Das verhindern Sie damit wissentlich, und das ist nicht gut für unsere parlamentarische Demokratie.

(Michael Hofmann (CSU): Dagegen kann man nichts sagen, weil Sie gleich ins oberste Regalfach greifen!)

Aber es ist auch nichts Konkretes gekommen. Ich habe die üblichen Plättitüden gehört. Ich habe Durchhalteparolen gehört: Fast überall ist Bayern "vorn", "toll" oder "super". Vieles wurde an den Bund adressiert. Ich habe aber auch Desinformation und erratisches Hin und Her gehört. Die Nehmerländer wären reicher als Bayern

– das stimmt definitiv nicht. Wir würden keine alten Techniken subventionieren. Dreißig Sekunden vorher hieß es: Wir halten am Verbrennungsmotor fest. Dann ist man ganz stolz auf das Schuldenpaket im Bund. Sie haben gesagt, Sie haben das im Bund mitverhandelt. Übrigens haben Sie es ein Jahr vorher – es war nämlich das Schuldenpaket für Investitionen, das Robert Habeck vorgeschlagen hat – vehement bekämpft. Heute waren Sie stolz, dass Sie es mitverhandelt haben. Dreißig Sekunden später halten Sie die Schuldenfreiheit in Bayern ganz hoch.

Um es ganz klar zu sagen: Für diesen Haushalt in Bayern müssen wir keine Schulden aufnehmen. Es waren 10 Milliarden Euro in der Rücklage.

(Michael Hofmann (CSU): Wo haben Sie denn die 10 Milliarden Euro her?)

Dieses Gerede von: "Gut, dass wir jetzt keine neuen Schulden aufgenommen haben", ist völlig unangebracht. Und ich sage Ihnen noch etwas: Dieses Dogma der schwarzen Null und diese Investitionsfeindlichkeit der CDU und CSU haben Deutschland in den wirtschaftlichen Abstieg geführt.

(Widerspruch bei der CSU – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Inkompetent! – Unruhe)

Symbolhaft dafür ist der Zustand unserer Deutschen Bahn. Das kann jeder sehen, der mit dem Zug fahren will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine international spektakuläre Blamage, ein schlimmer Schaden für Deutschland, für Bayern und für unsere Volkswirtschaft. Damit wurden unzählige Milliardenbeträge an Volksvermögen zerstört. Und das ist die Wirtschaftspolitik der Union!

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Martin Wagle (CSU): Abenteuerlich!)

Heute haben Sie es ja wieder gesagt: Das Schuldenmachen überlassen Sie lieber dem Bund. Auf Nachfrage haben Sie ja zugegeben, dass das natürlich nötig war, damit der Haushalt wirklich ausgeglichen ist. Den Kommunen überlassen Sie schon lange das Schuldenmachen. Inzwischen stehen dort alle freiwilligen Leistungen zur Disposition: Turnhallen werden nicht saniert, es gibt zum Teil keine VHS-Kurse mehr, es gibt keine Kulturveranstaltungen mehr wie üblich, Sanierungen der Feuerwehrhäuser werden hintangestellt, der Kindergarten wird nicht erweitert, Geothermie-Anschlüsse werden nicht vollzogen, weil das Netz nicht ausgebaut werden kann. Sogar Vereine und Ehrenamtliche bekommen weniger Zuschüsse, und Bustakte werden ausgedünnt.

Das ist ganz übel; denn dadurch verliert man Vertrauen in die öffentliche Hand. Wenn man schon rumjammt, dass die Zeiten so knapp und schwierig sind, dann muss man alles tun, um den Kommunen zu helfen. Sie sind seit Jahren am Ruder. Sie hätten seit Jahren helfen müssen und hätten nicht zuschauen sollen, wie es unseren Gemeinden, Bezirken und Landkreisen immer schlechter geht. Ich sage Ihnen: Unter Ihrer Ägide ist diese Fraktion so stark geworden, und das ist schlecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was braucht es also jetzt? – Wir müssen die Kommunen stärken. Sie sind das Herzstück unserer Demokratie. Die aktuellen Probleme werden größtenteils auf kommunaler Ebene gelöst. Diese Ebene muss wieder handlungsfähig werden, damit die Menschen vor Ort erkennen, dass die öffentliche Hand gut arbeitet. Sie haben jetzt etwas dazu angekündigt. Sie erinnern sich, wir haben jetzt zwei Jahre eine Kommunalmilliarde gefordert. Sie haben jetzt 846 Millionen angekündigt. Ich würde sagen, das lassen wir fürs Erste gelten; aber damit kann es natürlich nicht erledigt sein.

Dann müssen Sie sich um die Kinder kümmern. Schauen Sie auf die Kinder, sie sind unsere Zukunft. In diesem Zusammenhang ist nicht nur das Theater, das es mit dem wieder abgesagten Kinderstartgeld gegeben hat, schlimm, sondern es muss endlich auch massiv in das Bildungssystem investiert werden. Wir brauchen moderne Schu-

len, wir brauchen verlässliche Kinderbetreuung, wir brauchen ein Recht auf Vorschule, wir brauchen das Essen für alle, damit wir sicher sind, dass kein Kind hungrig in der Schule ist oder hungrig seine Hausaufgaben machen muss. Wir brauchen das Deutschlandticket für die Schülerinnen und Schüler. Das würde uns übrigens sehr viel Bürokratie ersparen. Dieses Thema hängen Sie ja immer sehr hoch auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Investitionen in unsere Sport- und Freizeitstätten. Sie, Herr Söder, haben heute Olympia beschworen. Sie können gleich mit der Sanierung unserer Schwimmbäder in Bayern anfangen, damit keines mehr schließen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Politik für Kinder und die junge Generation gehört natürlich auch die Forschung. Dazu habe ich relativ wenig gehört. Der Verweis auf die Kernfusion, die in einer weiten Zukunft liegt, reicht einfach nicht; denn wir brauchen kurz- und mittelfristig eine Lösung für die Energiewende. Dafür müssen Sie richtig anpacken. Ich sage Ihnen etwas: Wir werden den Wettbewerb mit China nicht mit alter Technik gewinnen, den werden wir auch nicht über Produktpreise gewinnen. Wir müssen uns nichts vormachen. Diesen Wettbewerb gewinnen wir nur mit Innovationen, mit Unabhängigkeit und mit Transformation, die gelingt und den Unternehmen signalisiert: Wir stehen hinter euch.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Deswegen brauchen wir die Hightech Agenda!)

– Genau; aber die Hightech Agenda darf sich nicht nur um Kernfusion kümmern.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Tut sie auch nicht!)

– Ganz ruhig, ganz ruhig! Die Hightech Agenda darf nicht erst einsetzen, wenn man aus der Hochschule, in die es reinregnet, rauskommt

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Hochschulen sind Teil der Hightech Agenda!)

oder wenn man für sein Kind keine Kinderbetreuung findet oder wenn die Schule nicht saniert werden kann. Dieser ganze Unterbau gehört dazu, damit sich später gute Arbeitskräfte für Bayern einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Blick auf die nächste Generation muss man viel mehr in Naturschutz und in Umweltschutz investieren. Es ist sehr wichtig, dass man nicht länger wartet. Dabei geht es nicht nur, aber natürlich auch um Schwammstädte. Dabei geht es um Hochwasserschutz, um Hitzevorsorge, um Trinkwasserversorgung, und dabei geht es auch um Energieversorgung. Das muss angepackt werden, das ist mit Sicherheit nicht günstig; aber auf dieser Basis können die nächsten Generationen arbeiten, und sie wird ihnen weiterhelfen. Diese Investitionen darf man nicht länger verschieben.

Ich würde uns allen hier zugestehen, dass wir für eine gute Heimat arbeiten und uns dafür ins Zeug legen, jeder auf seine Weise. Zu einer schönen Heimat gehört aber, dass die Gemeinden, die Städte, die Bezirke und die Landkreise weiterhin Kultur fördern können, Jugendhilfe leisten können, Kinderbetreuung organisieren können und ohne Streitigkeiten im Gemeinderat oder im Kreistag Haushalte aufstellen können. Das ist momentan nicht so. Die Menschen vor Ort brauchen stabile Wärmenetze, Busse, intakte Schulen, sie brauchen Musikprobenräume, Treffpunkte, Schwimmbäder und erschwingliche Wohnungen. Heute haben wir darüber von keinem Redner der Regierungsfraktionen etwas gehört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinderbetreuung, Schulen, Wohnungsbau, Vorsorge für Energie – es gibt viel zu tun. Alle demokratischen Kräfte müssen endlich zusammenarbeiten, um diese Dinge miteinander zu lösen. Wir tun das. Wir GRÜNE legen konkrete Haushaltsanträge vor. Liebe CSU, liebe FREIE WÄHLER, wir stimmen Ihren Anträgen zu, wenn wir sie vernünftig finden. Darüber kann sich keiner beschweren.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn aber der Ministerpräsident stattdessen Informationen vorenthält und dadurch versucht, das Parlament auszubremsen, wenn die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER wortreich, aber doch pauschal alle unsere Anträge ablehnen, dann kann nichts Gutes dabei herauskommen. Legen Sie einen Haushaltsplan vor. Bald ist Dezember. Arbeiten Sie mit den demokratischen Fraktionen endlich vernünftig zusammen. Das geht im Gemeinderat, und das geht im Kreistag. Warum sollte es im Landtag nicht funktionieren?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Geld ausgeben kann jeder. Damit anhaltende Verbesserungen anzustoßen, ist schon ein bisschen schwieriger. Weniger Eigenlob und mehr Tatkräft Ihr Regierung wären dringend geboten. Diese Staatsregierung muss Vertrauen zurückgewinnen. Sie muss den Menschen zeigen: Der Staat kann handeln. Er kann Lösungen finden, er kann investieren, und er kann Sicherheit und Perspektiven schaffen. Das Geld muss sinnvoll eingesetzt werden. Darauf werden wir GRÜNE bei den anstehenden Haushaltsberatungen achten. Kinder, Kommunen, Umwelt- und Naturschutz müssen die Priorität im nächsten Haushalt sein. Alles andere würde nur die Probleme auf die nächste Generation, auf unsere Kinder und Kindeskinder verschieben, und das wäre nicht fair.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Volkmar Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat heute die Idee gehabt, zwei Wochen vor der eigentlichen Einbringung des Haushalts hier eine Haushaltsdebatte mit politischen Grundsatzklärungen zu verbinden. Das ist seine Entscheidung, die Verfassung ist da großzügig mit den Worten des Ministerpräsidenten. Das nehmen wir als Landtag auch hin.

Die Frage ist, ob es sinnvoll und erhelltend war. Ich konnte jetzt in vielen Ausführungen Ihrer Regierungserklärung keinen Punkt entdecken, der neu gewesen wäre, der bei Maischberger, in den Pressekonferenzen, in den vielen Statements am Morgen, am Mittag und am Abend nicht irgendwie schon einmal genannt worden wäre. Sie rühren das hier alles zusammen und machen eine Regierungserklärung daraus. Daraus kann jeder seine eigenen Schlüsse ziehen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Gutes kann nicht gut genug sein!)

Ich glaube, es gibt genug erklärungsbedürftiges Verhalten, insbesondere bei Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik. Deshalb kann ich es vielleicht sogar nachvollziehen, dass man das Parlament nutzt, um diesem Erklärungsbedürfnis nachzukommen.

Ich nutze die Zeit dafür – und danke dafür, dass das möglich ist –, die entscheidenden Punkte, die Eckpunkte, die wunden Punkte dieses Haushalts einmal zu thematisieren. Im Kern ist das ein Haushalt der milliardenschweren bundespolitischen Unterstützung. Sonst käme dieser Haushaltsentwurf nicht zustande. Die Unterstützung vom Bund beläuft sich auf 7 Milliarden Euro, ohne die dieser Haushaltsentwurf nicht hätte vorgelegt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Haushalt der Widersprüche,

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Wer hat das in Berlin ausverhandelt?)

und es ist ein Haushalt der Falschbezeichnungen, der falschen Etiketten.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Wer hat das ausverhandelt?)

– Herr Ministerpräsident, auch Sie können in diesem Landtag noch lernen. Wenn Sie öfter da wären, könnten Sie öfter lernen; aber ich finde es gut, dass Sie zumindest heute da sind.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ich höre Ihnen schon so lange zu, Herr Kollege!)

– Ja, das ist schon in Ordnung, alles gut. Das erste Etikett ist der wunderbare Satz –

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

ich weiß, dass Sie es nicht gerne hören –, aber der Satz, Bayern komme "ohne neue Schulden" aus, ist schlichtweg falsch.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sie waren früher echt besser!)

In diesem Doppelhaushalt, Herr Ministerpräsident, gibt es 7 Milliarden Euro neue Schulden, und zwar Schulden, die der Bund aufnimmt, um die Länder und die Kommunen zu stabilisieren. Das ist die Wahrheit an diesem Haushalt, und wir bekennen uns auch dazu. Nur so zu tun, als ob hier die Haushaltspolitik der Vorjahre fortgesetzt würde, wäre falsch. Nein, in diesem Haushalt stecken 7 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme, die auch als solche bezeichnet werden müssen.

Sie versuchen, weiterhin den Eindruck der alten schwarzen Null aufrechtzuerhalten. Damit bauen Sie einen Popanz auf. Nein, es gibt 7 Milliarden Euro aus kreditfinanziertem Sondervermögen des Bundes, und es ist doch ein Etikettenschwindel zu sagen, Bayern komme "ohne neue Schulden" aus. Das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der SPD)

Dann muss ich sagen: Man klopft sich dafür auf die Schulter, dass 17 % Investitionsquote mit diesen 7 Milliarden Euro Bundesmitteln erreicht werden. Sonst wären wir deutlich darunter, von den Realwerten dann am Ende der Abrechnung einmal ganz abgesehen.

Zum kommunalen Finanzausgleich: 5 Milliarden Euro aus Bundesmitteln fließen in die Kommunen. Natürlich kann ich dann gestalten, und natürlich kann ich dann auch einen Haushaltsentwurf vorlegen, der zumindest die Mindestanforderungen erfüllt.

Dieser Haushaltsentwurf – und das ist auch ein Wort an den Kollegen Pohl, der leider gerade den Saal verlassen hat – wäre auch ohne die SPD nicht möglich gewesen. Wir sind da gemeinsam in Verantwortung, Herr Ministerpräsident. Aber wenn die FREIEN WÄHLER darüber entschieden hätten, dann wären diese 7 Milliarden Euro nicht in diesem Haushalt, dann wären 5 Milliarden Euro nicht bei den Kommunen, und dann wären 2 Milliarden Euro nicht bei den Investitionen des Freistaats Bayern, und dann wäre dieser Haushalt nicht so gedeckt worden, wie er jetzt wohl gedeckt werden kann. Das ist die Wahrheit, und das ist politische Analyse.

(Beifall bei der SPD – Arif Taşdelen (SPD): Endlich spricht mal jemand zum Haushalt! – Doris Rauscher (SPD): Wohl wahr!)

Natürlich – der Ministerpräsident hat das lange Zeit gemacht – wäre es gut gewesen, darüber nachzudenken, ob der Freistaat Bayern selber eine Nettokreditaufnahme – für Investitionen, selbstverständlich – erwägt, weil das, was jetzt stattfindet, ein weiterer Schritt in die versteckte Verschuldung ist. Das wissen wir. Wenn wir in die Sanierung von Gebäuden nicht genug Geld stecken, dann sind die Verschuldungszahlen natürlich auf dem Konto gering, aber die Verschuldungszahlen bezüglich der Gebäude steigen doch an. Das ist doch eine Binsenweisheit.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Man muss einmal sagen: Ihr Vorhaben ist ein Verschiebebahnhof für die Zukunft, was Investitionen anbetrifft. Maßgebliche Investitionen insbesondere im Bereich der Hochschulen, der Universitäten und der Universitätsklinika sollen aus dem Haushalt herausgenommen werden, sollen nicht mehr auftauchen und sollen in eine Baugesellschaft ausgegliedert werden, um den Haushalt überhaupt noch darstellbar zu machen. Ich fände es ehrlicher zu sagen: Das ist ein Investitionsbedarf, und den decken wir auch. – Das ist ein Verschiebebahnhof. Es kann länger dauern, und es kann teurer werden, weil die Investition von privaten Dritten finanziert werden muss. Da muss

Rendite erzielt werden. Das, was Sie uns da vorlegen, ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

(Beifall bei der SPD)

Ich benenne hier die innere Sicherheit und stelle fest, dass ein Drittel der Polizeiinspektionen im Freistaat Bayern ein Sanierungsfall sind, wo dringend etwas gemacht werden muss. Da passen doch die unterschiedlichen Realitäten nicht zusammen. Wir hätten als Freistaat Bayern schon auch gute Gründe gehabt, die Investition zu tätigen.

Ich nenne einen weiteren Punkt, den Wohnungsbau in Bayern. Natürlich unterstützen wir jeden Cent, jeden Euro. Zumindest ist es jetzt auch per Pressemitteilung ausgewiesen, dass die kommunale Wohnbauförderung ausgebaut wird. Da sind wir sehr zufrieden. Da schauen wir uns den Haushaltsplan auch einmal genau an. Aber was passiert denn mit der privaten Wohnbauförderung? – Es gibt immer noch keine Klarheit. Wir diskutieren in wenigen Tagen über den Haushalt 2026/2027; aber wir wissen nicht einmal, wie das Herbstpaket der Staatsregierung aussieht, das angekündigt worden ist, um die schlimmsten Lücken bei der Finanzierung des Wohnungsbaus zu schließen. Bisher liegt keine Antwort seitens des Ministeriums vor. Das Gleiche gilt bei der Frage: Wann wird der Bewilligungsstopp aufgehoben? – Es gibt keinen Plan für die Abfinanzierung. Das sind doch die entscheidenden Fragen, die darauf hindeuten, dass wir mehr in den Wohnungsbau in Bayern investieren müssen.

Herr Ministerpräsident, Sie persönlich hätten auch Grund dazu, mehr zu investieren, weil Sie durch den Verkauf der Wohnungen der Bayerischen Landesbank dafür gesorgt haben, dass wir das Problem in Bayern steigern und nicht abbauen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt bin ich bei dem entscheidenden Punkt: Wer muss für Ihr Haushaltskonzept zahlen? Sie haben zwei Alternativen vorgeschlagen, nämlich dass entweder ordentliche

Kitafinanzierungen unterbleiben oder den Familien ihre Leistungen gestrichen würden, und haben gefragt: Was ist euch lieber?

Warum – das ist die politische Frage, auf die Sie eine falsche Antwort gegeben haben – müssen die Familien mit diesen Streichungen allein für Ihre Versäumnisse geradestehen, die Sie bei der Kitafinanzierung seit Jahr und Tag machen?

(Beifall bei der SPD)

Warum müssen die Familien die Zeche für die schwarze Null zahlen? – Das passt doch nicht zusammen. Ich erinnere auch an die Art und Weise: Die "schnelle Entscheidung" ist hier genannt worden. Zwei Tage vor der Zweiten Lesung haben es alle hier miterlebt: Den Familien ist der Boden unter den Füßen weggezogen worden, ganz kurzfristig und ohne irgendeine Übergangsregelung. So geht man nicht mit Familien um, und das wissen Sie.

Der nächste Punkt wird das Landespfegegeld sein. Sie, Herr Ministerpräsident, haben es ein Zeichen der Wertschätzung genannt. Es wird verschoben und gekürzt. Das soll ein Zeichen der Wertschätzung sein? Heute haben wir vom Kollegen Holetschek erfahren, dass auch das bayerische Gehörlosengeld wohl in dieser Legislaturperiode nicht mehr kommt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat er nicht gesagt! Das hat er nicht gesagt, definitiv nicht, tut mir leid!)

Das heißt: Dieser Haushalt hat eine ganz klare soziale Schieflage. Das hat mit Respekt vor den Lebensleistungen der Familien und vor den Lebensleistungen der zu Pflegenden nichts zu tun. Das ist eine Schieflage in diesem Haushalt, gegen die wir ankämpfen werden und die wir immer wieder benennen werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist der Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, bitte schön.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Ministerpräsident hat heute vor dem Hohen Haus eine Regierungserklärung gehalten, und ich halte es für absolut zutreffend und richtig, dass es nach den letzten Wochen, in denen wir einen kommunalen Finanzausgleich in Rekordhöhe verhandelt und verabschiedet haben, in dem Zusammenhang auch andere Entscheidungen gegeben hat, die selbstverständlich zur Diskussion berechtigen. Der Ministerpräsident hat diese hier im Hohen Haus begründet und nicht in einer allgemeinen Haushaltsdiskussion untergehen lassen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank, dass wir diese Möglichkeit heute hatten und dass auch alle die Möglichkeit zur Aussprache nutzen konnten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde es geradezu aberwitzig, dass ausgerechnet diejenigen, die die ganze Zeit daran herumgemäkelt haben, wie oft und wie lange der Ministerpräsident hier im Plenarsaal ist, das kritisieren und die Aussprachemöglichkeit am Ende des Tages dann auch noch über den Tisch wischen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Diejenigen, die es kritisieren, dass der Ministerpräsident anderes zu tun hat, als sich manche, sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, heiße Luft anzuhören, erkennen, dass er beispielsweise in Berlin für Bayern verhandelt, und zwar erfolgreich verhandelt. Einige von denen, die nicht müde werden, das zu kritisieren, sind heute nicht einmal bis zum Ende der Debatte da. Das ist peinlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist auch eine Heuchelei sondergleichen. Ich sehe ganz genau, wer da ist. Von denen soll keiner mehr sagen, der Ministerpräsident wäre nicht da. Die hat das Thema heute nicht einmal bis zum Ende interessiert.

An dieser Stelle sage ich auch – das wundert mich ein bisschen –, dass die Diskussionsbeiträge schon richtig knallig gewesen sind. Was war das an Inhalt? Frau Kollegin Schulze stellt sich hierhin und führt das AfD-Ergebnis als Beispiel an für die Zeit, in der der Ministerpräsident regiert hat. Dann schaue ich einmal kurz nach Baden-Württemberg. Als Kretschmann im Jahr 2011 Ministerpräsident geworden ist, lag die AfD bei 0 %, in der Zwischenzeit steht sie bei über 20 %. Soll das tatsächlich jetzt ein Maßstab dafür sein, wie erfolgreich oder nicht erfolgreich ein Ministerpräsident ist? – Schämen Sie sich für eine solche Platte, die Sie da aufgelegt haben. Das ist lächerlich und ohne Aussagekraft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ansonsten hat Kollegin Schulze auch nicht allzu viel gesagt, außer dass sie eine Politik der ungedeckten Schecks haben will. Jedes Kind, das im Jahr 2025, 2024 und früher geboren worden ist, kann froh sein, hier in Bayern geboren worden zu sein. Ich verstehe die Familien, die daran zu knabbern haben, dass das Kinderstartgeld jetzt gekürzt und eingestampft wird. Aber ich sage Ihnen Folgendes: Jedem Kind, das hier geboren worden ist, geht es besser als Kindern in allen anderen Bundesländern; denn wir sorgen für einen sicheren Haushalt. Wir sorgen für niedrige Schulden im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben in den letzten zehn Jahren über 6 Milliarden Euro Schulden abgebaut. Nennen Sie mir ein Bundesland, das das gemacht hat. Hätten wir das Kinderstartgeld in dieser Höhe beibehalten, hätten wir 686 Millionen Euro für den Doppelhaushalt 2026/2027 gebraucht.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Hören Sie zu, das ist nämlich spannend. Das ist doch Ihre Klientel. Ich verstehe nicht, wieso Sie sich lustig darüber machen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Sie hören auch nicht zu!)

Wir hätten beim Wissenschaftsetat keine Steigerung gehabt. Man hätte mit dem gleichen Geld, das man im Jahr 2025 hatte, auskommen müssen. Auch der Etat für Wohnen, Bau und Verkehr, öffentlicher Personenverkehr, Schienenverkehr und Wohnungsbau, hätte mit 0 % Steigerung zureckkommen müssen, wenn wir das gemacht hätten. Ich sage Ihnen: Es ist unehrlich, auf eine Unterstützung zu pochen, die Sie von Anfang an abgelehnt haben, um danach einen billigen Punkt bei den Familien zu machen. Sie erklären noch nicht einmal, wie wir das hätten finanzieren sollen. Deswegen sage ich Ihnen: Es ist peinlich, was Sie abgeliefert haben. Das ist eine Politik der ungedeckten Schecks. Kindern, die in diesem Land geboren worden sind, geht es weitaus besser, wenn wir regieren und nicht Sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie stehen auch in grandioser Tradition Ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger, die auch nur kritisiert haben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Machen Sie so weiter. Im Grunde genommen ist das für uns der beste Kompass. Solange Sie kritisieren, genau wie Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger, sind wir auf dem richtigen Weg. Die Debatte heute hat gezeigt, dass Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger in der Vergangenheit schon falsch lagen, und Sie liegen auch heute falsch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Jürgen Mistol (GRÜNE): Das glauben Sie doch selber nicht! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Hätte sich Frau Kollegin Schulze hingestellt und "Six Seven" gesagt und sich wieder hingesetzt, wäre es wahrscheinlich inhaltsreicher gewesen. Das muss man wirklich einmal sagen. Das ist tragisch bis dorthin aus.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege Halbleib, ich erkläre es nachher noch mal, was es bedeutet. Ich kann mir vorstellen, dass Sie es noch nicht wissen. Das macht aber nichts. Wenn Sie schon versuchen, hier im Haus eine ordentliche Debatte zu führen, sollten Sie auch so ehrlich sein und erklären, wie ein Haushalt aufgestellt wird. Ich verstehe, dass diejenigen, die persönlich betroffen sind, traurig sind und nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen. Sie machen sich als gewählte Abgeordnete jedoch keine Gedanken darüber, wie ein Gesamthaushalt aufgestellt werden kann. Sie sind nicht allein dafür da, eine einzelne Klientel zu berücksichtigen. Stattdessen haben Sie die Aufgabe, den gesamten Freistaat Bayern zu sehen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Sie haben doch gar nichts vorgelegt!)

Dass Sie keinerlei Deckungsvorschläge gemacht haben, schlägt dem Fass den Boden aus.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie liefern finanzpolitisch eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind stolz auf diesen ausgeglichenen Haushalt. Als Abgeordneter des Freistaates Bayern sage ich: Selbstverständlich ist es ein Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. Lieber Herr Finanzminister, wir zahlen aufgrund dieses Haushaltes keinen Cent Zins mehr. Diese Verantwortung haben dieser Freistaat und dieses Parlament zu tragen. Ich sage Ihnen noch etwas. Sie sprechen ständig das Infrastrukturpaket an. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zum Glück waren Sie zu diesem Zeitpunkt in Berlin und haben die Milliarden für den Freistaat Bayern gesichert. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE):  
Meine Güte!)

Ich sage Ihnen noch etwas. Als Abgeordneter des Freistaates Bayern im Bayerischen Landtag habe ich überhaupt kein schlechtes Gewissen, die 7 Milliarden Euro, die wir für diesen Doppelhaushalt brauchen, zu nehmen. Angesichts eines Länderfinanzausgleichs, der voraussichtlich 11 Milliarden Euro übersteigen wird, haben wir uns das wahrlich verdient und hart erarbeitet. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Wir können gerne darüber reden, den Länderfinanzausgleich auf null zu stellen. Dann brauchen wir diese Milliarden aus dem Konjunkturpaket erst recht nicht. Wir lassen uns von Ihnen nicht vorwerfen, dass wir nicht wüssten, wie man für den Freistaat Bayern in Berlin verhandelt, um mit diesen Milliarden den Haushalt ordentlich aufzustellen und Investitionen zu tätigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich nenne noch einen letzten Punkt, der mich wirklich umtreibt. Vorhin hat sich Kollegin Ebner-Steiner hierhergestellt und gesagt, dass die AfD zur westeuropäischen Sicherheitsarchitektur stehe. Eine solche Aussage ist übel. Wissen Sie, warum? – Vor nicht allzu langer Zeit hat diese AfD-Fraktion einen Kandidaten vorgeschlagen, der hier im Parlament erklärt hat, dass jeder amerikanische Soldat auf deutschem Boden eine Besatzungsmacht für ihn darstelle. Das ist die westeuropäische Sicherheitsarchitektur, hinter der Sie angeblich stehen. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Kollege Maier, hat neulich bei einer Diskussion im Zusammenhang mit der EU davon gesprochen, dass es sich um eine Fremdherrschaft handeln würde. Schämen Sie sich dafür.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Der AfD-Bundesvorsitzende Chrupalla hat in einem Interview erklärt, er wüsste nicht, was das Problem an Russland sei, Putin hätte ihm nichts getan. – Das sagt der

Mann allen Ernstes angesichts täglicher Übertretungen der Grenzen von NATO und Europäischer Union.

(Andreas Winhart (AfD): Welches NATO-Land?)

Wenn das der Patriotismus sein soll, von dem Sie sprechen, dann gnade uns Gott. Dabei wird uns angst und bange.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Freistaat Bayern können wir mutig und selbstbewusst in die kommenden Jahre gehen. Sie werden nicht einfach, und sie werden von uns die eine oder andere harte Entscheidung verlangen. Das habe ich mutig angesprochen.

Die Hightech Agenda, die wir aufgelegt haben, sucht ihresgleichen. Wer nicht verstanden hat, dass in der Zwischenzeit der Wohlstand in der Welt angesichts der neuen Herausforderungen, die beispielsweise die Künstliche Intelligenz für uns bereithält, neu verteilt wird, der hat es nicht verstanden – es tut mir herzlich leid. Wenn wir nicht dabei sind, werden wir abgehängt. Deshalb ist der Staatsregierung zu danken, dass sie den Mut aufgebracht hat, diese Milliarden in eine KI-innovative Politik hineinzugießen. In diesem Haushalt findet sich auch einiges zur KI. Ich nenne beispielsweise die Gigafactory und das KI-Basismodell. Mit den Technologietransferzentren sorgen wir dafür, dass Investitionen in Universitäten, Forschung und Entwicklung direkt bei den Menschen vor Ort ankommen, bei den Unternehmerinnen und Unternehmern.

Wir sorgen auch dafür, dass durch eine kostenlose Meisterprüfung kein akademischer Grad benötigt wird, um sich selbstbestimmt sein Leben zu verwirklichen. Als Freistaat Bayern liegen wir an dieser Stelle genau richtig. Wir werden noch mutige Entscheidungen zu treffen haben. Wenn Sie sich vor diesen mutigen Entscheidungen wie heute wegducken wollen, können Sie das machen.

(Zuruf von der SPD)

Verantwortungsvoll ist es in dem Zusammenhang nicht. Deswegen hoffe ich, dass wir uns weiterhin auf starke Regierungsfraktionen stützen können. Dieser Freistaat Bayern kämpft für die Zukunft und für die Menschen in diesem Land.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir die Weichenstellungen richtig vornehmen. Mit diesem Doppelhaushalt werden wir auch beweisen, dass wir für die kommenden Jahre die richtigen Weichenstellungen getroffen haben. – Herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. Frau Kollegin Köhler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Hofmann, das eine ist: Zur kostenlosen Meisterausbildung, dem Meisterbonus, möchte ich hinzufügen, dass das ein langjähriger Antrag von GRÜNEN und SPD war, den Sie dann endlich umgesetzt haben.

(Widerspruch bei der CSU – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Robert Habeck hat das abgelehnt in Berlin!)

Zum anderen hätte ich eine Frage. Sie haben jetzt am Schluss Eckpunkte aus dem Haushalt genannt, Gigafactory und noch ein paar andere Punkte. – Liegt Ihnen der Haushaltsentwurf vor? Uns nämlich nicht.

**Michael Hofmann (CSU):** Liebe Frau Kollegin Köhler, auch wenn Sie es sich vielleicht nicht vorstellen können: Wir sind in einem engen Austausch mit der Staatsregierung.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr spannend!)

Wenn mich etwas interessiert, dann frage ich jemanden. Selbstverständlich, Sie könnten sich auch von Ihrem Sitz hochbewegen und mit einem der Minister darüber reden, was der Haushalt möglicherweise vorsieht. So habe ich es jedenfalls gemacht. Das ist zur Nachahmung empfohlen.

Was die kostenlose Meisterprüfung angeht: Da haben Sie sich jetzt ein Eigentor geschossen; denn bei der kostenlosen Meisterprüfung wäre es für die Bundesrepublik Deutschland eigentlich wichtig gewesen, dass man das bundesweit einführt. Ihr Wirtschaftsminister Habeck hat darauf gepfiffen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Nur weil Sie ständig irgendwelche Anträge stellen, wo keine Deckung dabei ist – –

(Claudia Köhler (GRÜNE): Quatsch! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Das ist eine Lüge!)

– Wenn Sie eine Frage stellen und mir zuhören wollen, dann können Sie das.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja, aber bitte ernsthaft beantworten!)

– Selbstverständlich ist das ernsthaft. – Hat der Kollege Habeck von Ihrer Partei jetzt die kostenlose Meisterprüfung bundesweit eingeführt oder nicht? Frage.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Da war sie hier doch schon längst eingeführt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber nicht bundesweit! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist unwahr, Frau Köhler! Das stimmt nicht!)

In den anderen 15 Bundesländern war es doch nicht eingeführt. Wenn Sie, Frau Kollegin Köhler, sich als GRÜNE hinstellen und in dem Zusammenhang –

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege Hofmann, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

**Michael Hofmann (CSU):** – für eine kostenlose Meisterprüfung sprechen, dann muss ich sagen: Sie hätten es auf Bundesebene schon längst machen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): In Bayern gibt es das!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als weitere Rednerin der CSU-Fraktion: Frau Kollegin Barbara Becker.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Jetzt kommt's! – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

**Barbara Becker (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungserklärung und die Debatte waren jetzt wie ein sehr interessantes mehrgängiges Menü. Die Vorspeisen haben wir ausgelassen; denn da hat es oft nur leere Kohlenhydrate. Wir sind gleich zum Hauptgang übergegangen. Die Regierungserklärung war wie ein gutes Stück Fleisch oder Fisch. Das Rückgrat war die Hightech Agenda. Die sättigt auch in Zukunft und gibt der bayerischen Wirtschaft Kraft und Arbeitsplätze.

(Volkmar Halbleib (SPD): "Söder isst"!)

Da ist frisches Gemüse dabei, Investitionen in Bildung und Kinderbildung. Ich freue mich sehr und bin super gespannt, wie Sie meine Sätze vervollständigen. Aber es wäre doch so super höflich zuzuhören. Ich hätte so viel Zeit mitgebracht, dass wir einander ausreden lassen können.

(Beifall bei der CSU)

Die Sättigungsbeilage, alles, was halt auch so dazugehört, war ein Muss, die Investitionen in Infrastruktur. Dann gab es noch einen frischen zitronigen Salat: Die Reform, die mehr Effizienz und Effektivität verspricht. Das hat gut geschmeckt und macht Lust auf mehr.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

– Ihr seid echt hungrig, oder? Gibt es das?

(Anna Rasehorn (SPD): Ja!)

Das hat jetzt voll etwas ausgelöst. Schön!

(Volkmar Halbleib (SPD): Beim Ministerpräsidenten!)

– Ich freue mich, wenn ihr bei der Fantasie so mitgeht. – Die Hightech Agenda löst großartige Investitionen in Bayern aus, von Großunternehmen, aber auch von Start-ups. Das sind Arbeitsplätze der Zukunft, weil wir neben Handwerk, Industrie und Dienstleistungen auch Supercomputer haben werden und brauchen, die besagten Gigafactories, Raumfahrt, Satelliten. Es ist keine technische Spielerei, Leute. Es geht darum, die Möglichkeit zu schaffen für einen besseren Hochwasserschutz, als wir ihn bisher haben, für besseres Wassermanagement oder für bessere Behandlung und Prävention von Krankheiten wie Krebs oder ME/CFS, die heute nur schwer behandelbar sind. Genau für diese Dinge schaffen wir Gigafactories und Supercomputer an. Das ist kein Selbstzweck, sondern es soll den Menschen helfen. Das ist visionär, dass wir in diese Technologien investieren, in diese Köpfe, in die Bürger:innen, für die es da sein soll. Wer Visionen hat, soll ins Krankenhaus gehen, hieß es mal. Ich würde es heute umschreiben: Wer diese Visionen, wer diese Ziele nicht teilt, der soll ins Krankenhaus gehen.

Bei der AfD – das war der nächste Gang – war das irgendwie nicht so richtig gelungen. Das war, wie wenn man etwas sehr Verkohltes, Verbranntes aus dem Ofen holt. Den Gang vom Menü lassen wir zurückgehen. Man muss nicht alles essen, was einem vorgesetzt wird.

(Beifall bei der CSU)

Von den GRÜNEN oder von der SPD hätte es echt einen interessanten Zwischengang geben können, irgendetwas Stylishes, Fusion-Food, frisch-säuerlich. Stattdessen gab

es aus den Resten der Woche zusammengeschüttet einen Eintopf: Alles wird kritisiert, was man immer schon kritisieren wollte und immer kritisiert hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt nicht!)

Frau Schulze hat anscheinend eine vorgefertigte Rede vorgetragen, von der sie jetzt nicht mehr abweichen konnte. Schade – sie hat Ziele vermisst –,

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wenn neue Arbeitsplätze, gute Kinderbetreuung und Bildung und gelingender Klimaschutz im Einklang mit Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen nicht als Ziele verstanden werden. Wir können es ihr sagen, aber hören muss sie es schon selber. Wir können es ihr erklären. Aber das Verstehen kann ich ihr nicht abnehmen. Ich gebe ihr noch ein Zitat mit von meiner damals vierjährigen Tochter. Die hat zu ihrer Freundin gesagt: Wer schreit, hat nie recht!

(Beifall bei der CSU)

Zum Kinderstartgeld ist alles gesagt. Nur so viel: Sie waren gegen die Einführung des Familiengeldes und des Kinderstartgeldes. Jetzt sind Sie gegen die Umschichtung der Gelder in eine gute Kinderbetreuung und -bildung. Das ist wieder der Beweis dafür: Wer immer Nein sagt, der trifft im Lauf seines Lebens einen akzeptablen Prozentsatz an richtigen Entscheidungen, aber er bringt dieses Land nicht voran. Mit unseren Entscheidungen bringen wir dieses Land voran. Das ist das Entscheidende.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Gerade hat gar niemand etwas gesagt, glaube ich. – Mir gefällt besonders, dass in dieser Regierungserklärung so viel mehr drin war als der Haushaltsentwurf. Um Gottes willen, den werden wir noch zu Genüge besprechen. Es ging vielmehr auch um Konsolidieren und Reformieren. Ich freue mich auf den Ehrgeiz und über den Ehrgeiz, eine Staatsreform anzugehen. Der Straßenverkehr könnte vielleicht Vorbild sein. Nicht

neben jedem Fahrer sitzt ein Beamter, der kontrolliert, ob er richtig fährt. Nicht jeder Beamte, der neben einem Autofahrer oder einer Autofahrerin sitzt, wird noch mal vom QM oder von sonst irgendetwas kontrolliert oder von einer Regierung von Oberbayern, Mittelfranken oder sonst was. Es könnte Vorbild sein zu sagen: Lasst uns den Leuten mehr Eigenverantwortung geben. Wenn man sich daneben benimmt, gibt es natürlich empfindliche Strafen. Wir können unbürokratisch sein, und jetzt können wir es auch beweisen.

Der Nachtisch von einem Menü soll ja ein guter Abschluss sein. Charakter ist das, was vom Menschen übrig bleibt, wenn es mal unbequem wird. Danke für diese großartige Diskussion. Sie hat den Charakter jeder Partei sehr gut gezeigt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Finde ich auch!)

Wir sind in herausfordernden Zeiten. Wir müssen den Bürger:innen sagen, was geht, was im Moment nicht geht und wo wir Prioritäten setzen wollen oder auch müssen, ohne neue Schulden – was für ein Versprechen in dieser Zeit! Und trotzdem ein Zukunftsversprechen für die junge Generation mit Forschung, Bildung, Infrastruktur, damit man hier in Bayern gut leben kann. Beste Köpfe ausbilden, Arbeitsplätze der Zukunft anbahnen, Sicherheit und Freiheit als Grundlage – das ist nicht lapidar.

Ich möchte, dass in unserem Plan auch enthalten ist, dass Frauen – alle – sich wieder sicher fühlen können im öffentlichen Raum. Wir investieren, konsolidieren und reformieren. Danke, dass wir heute nicht nur über Zahlen geredet haben, sondern auch über Zukunft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Anna Rasehorn (SPD): Jetzt schon? – Arif Taşdelen (SPD): Was ist jetzt mit dem Eintopf?)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich noch bekannt:

(Steffen Vogel (CSU): Kollege Schuberl! Wo ist der Schuberl? – Claudia Köhler (GRÜNE): Der kommt schon wieder!)

– Im Moment hätte überwiegend ich das Wort, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe Zeit. Ich habe ab 0 Uhr noch einmal die Sitzungsleitung; darauf freue ich mich schon.

(Heiterkeit)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich noch bekannt, dass Tagesordnungspunkt 14 – Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Freiheit statt Zensur: Auflösung der sogenannten Bayern-Allianz", Drucksache 19/7216 – auf Antrag der Initiatoren von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird.

(Zurufe von der CSU und den GRÜNEN: Oh!)